

Die Schweiz im 3. Weltkrieg

Peter Schweizer

**Möglichkeiten trotz den weltweiten
Auseinandersetzungen Unabhängig-
keit und Freiheit zu bewahren**

**Ein Diskussionsbeitrag
zur aktuellen Situation**

Version 10.11.2024

Gute Entscheide basieren auf guten Situationskenntnissen und klaren Zielen. Jeder Krieg hat seine Vorgeschichte. Diese sowie die An- und Absichten der Beteiligten zu kennen ist unabdingbar. Das ist im Nebel der Propaganda nicht immer leicht, und man riskiert dabei den Vorwurf mit der Gegenseite zu sympathisieren. Ein guter Analytiker identifiziert sich jedoch nie – er stellt vorerst nur fest was ist, und nicht wie es sein sollte. Er moralisiert nicht. Erst unter Berücksichtigung der eigenen Ziele wird man dann entscheiden und Massnahmen auslösen.

Wenn etwas nicht mit unseren Erwartungen und Vorstellungen übereinstimmt, erzeugt das Angst, und unser Gehirn reagiert mit psychologischem Abwehrverhalten. Es versucht unser Weltbild aufrecht zu erhalten. Wir konsumieren dann nur noch jene Medien, die unser Weltbild bestätigen, und unsere Emotionen verunmöglichen eine sachliche Analyse. Ein guter Analytiker hingegen reagiert in solchen Fällen mit Neugier: Das ist interessant! Das entspricht nicht meinen bisherigen Vorstellungen. Das muss ich unbedingt genauer ansehen. Im Gegensatz dazu fühlt sich der bequeme Bürger in der Masse wohl. Deren Weltbild wird von den Mainstream-Medien aufrecht erhalten. Das vorliegende Dokument versucht die aktuelle Welt unter verschiedenen Gesichtspunkten darzustellen, vieles in Frage zu stellen, ohne aber für sich in Anspruch zu nehmen „die Wahrheit“ zu besitzen.

"Der grösstmögliche Fehler bei einer Lagebeurteilung liegt darin zu meinen, weil etwas im eigenen Hirn und der eigenen Vorstellungskraft nicht Platz hat, fände es nicht statt."

Martin W. Dreher

Management Summary

Wir sind gegenwärtig Zeugen starker Veränderungen in der Weltpolitik. In den ersten Kapiteln wird versucht diese laufenden Veränderungen bewusst zu machen. In weiteren Kapiteln werden Überlegungen präsentiert, wie sich die Schweiz in diesem Umfeld am besten behaupten und ihre Unabhängigkeit bewahren kann.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem offensichtlichen Scheitern der kommunistischen Ideologie, begann Europa abzurüsten und wollte die „Friedensdividende“ einfahren. Anders die USA. Sie sahen die Gelegenheit gekommen, die absolute Weltherrschaft zu übernehmen und dazu bauten sie ihre Militärmacht weiter aus. Brzenzinski publizierte diese Herrschaftsansprüche in seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, und in Washington bauten die Neokonservativen ihren Einfluss aus. Thinktanks entwarfen Strategien zur Erreichung und Absicherung der amerikanischen Vorherrschaft. Langfristig betrachten sie China als den grössten Rivalen. Vorerst müsse aber Russland zurückgedrängt und klein gehalten werden. George Friedman betrachtet es als extrem wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland verhindert werde. Denn diese zwei Länder könnten andernfalls zusammen zur wirtschaftlich stärksten Weltmacht aufrücken. Da die USA selbst zu wenige Soldaten hätte, müsse sie versuchen die stärksten Volkswirtschaften der Welt gegeneinander in Kriege zu verwickeln, damit sich diese gegenseitig zerstören.

Im Rahmen der Umsetzung dieser Strategie marschierten die USA unter den Präsidenten Bush, Clinton und Obama innerhalb von 23 Jahren in 9 Länder ein und hinterliessen neben grossen materiellen Schäden ca. 11 Mio. tote Zivilisten. Diese Kriege sind in den Anhängen A1 – A10 kurz beschrieben. Ausführlicher wird auf den aktuellen Ukrainekrieg eingegangen, dessen Vorgeschichte sowie die Auswirkungen auf Europa. Sehr aktuell ist zudem die Auseinandersetzung von Israel mit der islamischen Welt aufgeflammt mit dem Potential zu einem Flächenbrand. Für die USA kommt dieser Krieg zur Unzeit. Israel fordert von den USA Ressourcen, die nun gegen Russland und China fehlen.

Neben den heissen Kriegen begann die USA auch schleichend einen Weltwirtschaftskrieg, den sie ab 2022 intensivierten, und der sich auch gegen die Verbündeten richtet. Als Gegenreaktion sind neue Wirtschaftsböcke entstanden und diese erstarken zusehends. Insbesondere die BRICS-Staaten möchten den US\$ als Leitwährung ablösen.

Im Rahmen der „hybriden Kriegsführung“ spielt neben den militärischen und wirtschaftlichen Massnahmen auch die psychologische Kriegsführung eine wichtige Rolle. Kunst, Kultur und die Massenmedien sind wichtig, um die „kulturelle Hegemonie“ zu erreichen. Im Kapitel 15 werden weitere Einflüsse behandelt, die bewusst oder unbewusst die US Strategie unterstützen. Die bisherigen Reaktionen der Schweizer Regierung auf die laufenden Veränderungen – speziell die Aufgabe der Neutralität – wirken hilflos, nicht zu Ende gedacht und überzeugen nicht. Sie nutzen weder die Stärken des

Landes, noch stehen sie in Übereinstimmung mit den in der Bundesverfassung formulierten Zielen für die Aussenpolitik. Eine erfolgreiche Strategie muss auf den eigenen Stärken aufbauen. Diese sind im Kap. 19.3 aufgelistet. Alsdann werden für die Schweiz einige Möglichkeiten skizziert, wie sie sich in der weltweiten Auseinandersetzung verhalten könnte. Es gibt immer mehrere Möglichkeiten. Wichtig ist, dass diese Alternativen vorausgeplant werden, um je nach Situation geschickt reagieren zu können. Egal, für welchen Weg sich die Schweiz entscheidet, müssen deren Stärken weiter gefördert werden. Möglichkeiten dazu sind unter Kap. 19.6 aufgelistet. Letztlich muss sich aber auch jeder Einzelne fragen, was er in seinem Umfeld tun und beeinflussen kann, damit unser Land unabhängig bleibt und seinen Einwohnern auch zukünftig ein sicheres Leben in Freiheit ermöglichen kann.

Zum Autor

Peter Schweizer (1949) diplomierte an der ETH Zürich als Elektroingenieur. Später studierte er zusätzlich am Institut für Betriebswissenschaften der ETH Zürich und erlangte ein weiteres Masterdiplom als Betriebsingenieur. Im Rahmen seiner beruflichen Laufbahn war er unter anderem in der Industrie als Entwicklungsleiter tätig, bei IBM als Verkäufer der ersten CAD Systeme und als Ausbildungsleiter bei Schindler Aufzüge AG. Als Professor an der Fachhochschule beider Basel leitete er ein Nachdiplomstudium und auch an verschiedenen anderen Ingenieurschulen unterrichtete er Produktentwicklungs- und Projektmanagementmethoden. Dabei befasste er sich gezwungenermassen eingehend mit Fragen der Akzeptanz neuer Lösungen, und dem Umgang mit den daraus entstehenden Konflikten. Während vielen Jahren war er europaweit als Berater für Innovationsprojekte im Einsatz und während über 30 Jahren engagierte er sich als Fachgruppenleiter Mathematik/Informatik für Schweizer Jugend Forscht. Peter Schweizer publizierte im vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich mehrere Bücher über Problemlösungs- und Projektmanagementmethoden, Selbstmanagement und Führungsfragen sowie zum Umgang mit Macht. Seinen Militärdienst leistete er bei den Fliegerabwehrtruppen. Die Gelegenheit während dem Studium an der ETH auch Vorlesungen über Strategie und Kriegführung bei Divisionär Gustav Däniker zu besuchen, kam seinem Interesse für militärische Fragen entgegen. Die Heirat mit einer Kernphysikerin in Rumänien in den 70er Jahren – noch während dem Kalten Krieg – war für ihn eine hautnahe Erfahrung für das Leben in einem autoritären Regime und den Umgang mit den damals dort real existierenden Behörden. Grund genug sich weiter mit Geschichte und Politik zu befassen.

Inhaltsverzeichnis

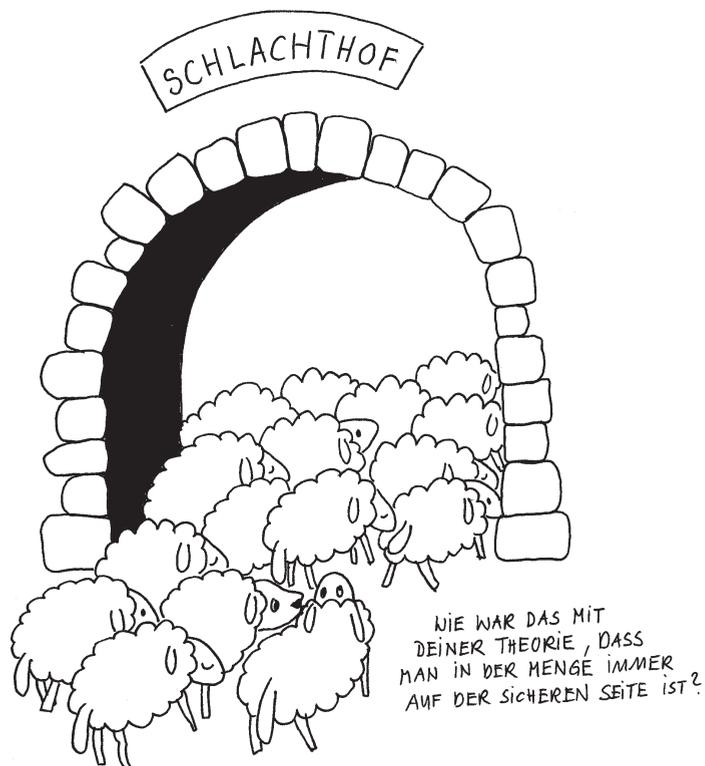
| | |
|--|----|
| Management Summary | 3 |
| Inhaltsverzeichnis | 5 |
| Vorwort | 10 |
| 1. Die USA als dominierende Macht | 12 |
| 1.1. Am Ende des Kalten Krieges | 12 |
| 1.2. Das „Ende der Geschichte“ fand nicht statt | 13 |
| 1.3. Die USA nutzen das Machtvakuum | 14 |
| 1.4. Europa reduziert seine Armeen | 15 |
| 1.5. Rüstungsausgaben | 15 |
| 2. Die US-Interessen/Vorstellungen/Ziele | 17 |
| 2.1. Die Wolfowitz-Doktrin | 17 |
| 2.2. Eine Kriegserklärung an die Welt | 17 |
| 2.3. Ein weltweites Netzwerk von Stützpunkten | 19 |
| 3. Wirtschaftliche Verflechtungen sowie religiöse und ethnische Gruppen die die Politik beeinflussen | |
| 3.1. Der militärisch-Industrielle Komplex | 21 |
| 3.2. Evangelikale | 22 |
| 3.3. Neokonservative | 22 |
| 3.4. Die Erez-Israel-Ideologie | 23 |
| 3.5. Islam | 24 |
| 3.6. The „Deep State“ | 24 |
| 3.7. Probleme mit „auserwählten Völkern“ | 24 |
| 3.8. Der Kampf der Kulturen | 25 |
| 3.9. Der Einfluss des Grosskapitals | 26 |
| 4. Wege und Massnahmen zur Absicherung der US Weltherrschaft | 27 |
| 4.1. George Friedmans Ideen | 27 |
| 4.2. Die Weltmachtstrategie des Thinktanks Atlantic Counsel | 28 |
| 4.3. Die Ideen der RAND-Corporation | 29 |
| 4.3.1. Russland überdehnen | 29 |
| 4.3.2. The Bigger „Bigger Game“? | 30 |
| 4.4. China als Hauptgegner | 32 |
| 4.4.1. China als grösste Gefahr für die US-Dominanz | 32 |
| 4.4.2. Wirtschaftskrieg gegen China | 32 |
| 4.4.3. Brennpunkt Taiwan | 33 |
| 4.4.4. Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit China | 34 |
| 4.5. Weltweite Überwachung | 34 |
| 4.5.1. Von der Überwachung über die Propaganda zur Zensur | 35 |

| | | |
|-------|--|----|
| 5. | Heisse Kriege nach dem kalten Krieg | 38 |
| 5.1 | Vom Weltpolizisten zum Aggressor | 38 |
| 5.2 | Regime-Change Aktionen | 39 |
| 6. | Völkerrecht und Menschenrechte | 40 |
| 6.1 | „Gerechte Kriege“ | 40 |
| 6.2 | UNO-Charta Art. 51 | 41 |
| 6.3 | Humanitäres Völkerrecht | 42 |
| 6.4 | Menschenrechte | 43 |
| 6.5 | Macht und Recht | 44 |
| 6.5.1 | Ethik und Moral als Waffe | 45 |
| 7. | Der aktuelle Ukrainekrieg | 46 |
| 7.1 | Die Vorgeschichte | 46 |
| 7.2 | Das Minsker Abkommen | 46 |
| 7.3 | North Stream | 47 |
| 7.4 | Wolodimir Selensky | 48 |
| 7.5 | Schrittweise Eskalation | 49 |
| 7.6 | „Sonderoperationen“ | 49 |
| 7.7 | Ukrainische Korruption und Russophobie | 51 |
| 7.8 | Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die USA und Europa | 51 |
| 7.8.1 | Deindustrialisierung Deutschlands | 52 |
| 7.9 | Friedensbemühungen im Ukrainekrieg | 52 |
| 7.10 | Die aktuelle Entwicklungen auf dem Schlachtfeld | 53 |
| 8. | Der Gaza-Libanon-Krieg | 55 |
| 8.1 | Eine kurze Geschichte Israels | 55 |
| 8.2 | Die Gegner Israels | 59 |
| 8.3 | Das bisherige Kriegsgeschehen in Gaza | 60 |
| 8.3.1 | Versagen der Geheimdienste? | 60 |
| 8.3.2 | Die israelische Armee im Gazastreifen | 61 |
| 8.3.3 | Die Zerstörung von Gaza und Vorwurf des Völkermords | 61 |
| 8.3.4 | Verhandlungen zum Austausch der Geiseln | 62 |
| 8.3.5 | Auswirkungen auf Israel | 62 |
| 8.3.6 | Ausweitung des Krieges auf den ganzen Nahen Osten | 62 |
| 9. | Weltwirtschaftskrieg | 65 |
| 9.1 | USA gegen die europäischen Rüstungsindustrie | 65 |
| 9.2 | Boycottpolitik und Erpressung | 66 |
| 9.2.1 | Ausnützen von Notlagen | 66 |
| 9.2.2 | Der UN Menschenrechtsrat gegen Sanktionspolitik | 66 |
| 9.2.3 | Die Wirkung von Sanktionen | 66 |
| 10. | Die Finanzierung der US Kriegsführung | 68 |
| 10.1 | Inflation | 68 |
| 10.2 | Gerichtsverfahren | 68 |
| 10.3 | Beschlagnehmung von Gütern und Devisen | 69 |

| | | |
|--------|---|----|
| 10.4 | Andere zahlen lassen | 70 |
| 11 | Der Informationskrieg | 71 |
| 11.1 | Der Propagandakrieg | 71 |
| 11.2 | Aufklärung, Spionage, Desinformation und Zensur | 72 |
| 12. | Mahnende Stimmen | 73 |
| 12.1 | Die Thukydides-Falle | 73 |
| 12.2 | Kritik aus den USA | 73 |
| 12.3 | Weitere Stimmen | 75 |
| 13. | Gegenreaktionen anderer Mächte | 76 |
| 13.1 | Russlands Gegenstrategie | 76 |
| 13.2 | Chinas Weg | 76 |
| 13.3 | Europa | 76 |
| 14. | Weltwirtschaftliche Veränderungen | 77 |
| 14.1 | Ende der Globalisierung | 77 |
| 14.2 | Mehr Distanz zu den USA | 77 |
| 14.3 | Ausstieg aus dem Petrodollar-Vertrag | 78 |
| 14.4 | Zusammenarbeit zwischen Russland und China – und Nordkorea! | 78 |
| 14.5 | Neue starke Wirtschaftsblöcke sind entstanden | 78 |
| 14.5.1 | Wirtschafts-Abkommen im Asiatischen Raum | 78 |
| 14.5.2 | Das Eastern Economic Forum EEF | 80 |
| 14.6 | BRICS | 80 |
| 15. | Was in Europa die US-Strategie unterstützt, bewusst oder unbewusst, geplant oder ungeplant | 81 |
| 15.1 | Die Schwächung der europäischen Wirtschaft | 81 |
| 15.1.1 | Expansion, Bürokratisierung und Zentralisierung der EU | 81 |
| 15.1.2 | Einführung des Euro | 81 |
| 15.1.3 | Korruption und Kriminalität | 82 |
| 15.2 | Politische Bewegungen | 82 |
| 15.2.1 | Die Klimabewegung | 82 |
| 15.2.2 | Die Anti-Atomkraft-Bewegung | 83 |
| 15.3 | Die schrankenlose Zuwanderung | 84 |
| 15.4 | Kultureller Niedergang und Zerfall | 84 |
| 15.4.1 | Rückgang der Bildungsqualität | 84 |
| 15.4.2 | Zerstörung der kulturellen Identität | 85 |
| 15.4.3 | Umgang / Instrumentalisierung von Pandemien | 85 |
| 15.4.4 | Geistige Orientierungskrise | 85 |
| 15.4.5 | Unfähige Politiker | 86 |
| 15.4.6 | Verpolitisierung der Justiz | 86 |
| 15.5 | Desinteresse der Stimmbürger – und Unternehmer! | 87 |
| 15.6 | Umgehung der Stimmbürger | 87 |
| 15.7 | Auswirkungen der Veränderungen | 88 |

| | | |
|--------|---|-----|
| 16. | Weitere Gefahren | 89 |
| 16.1 | Faschistische Tendenzen | 89 |
| 16.2 | Sponsoren | 90 |
| 16.3 | Die Asylantenwaffe | 90 |
| 16.4 | Der Einfluss grosser Konzerne | 90 |
| 16.5 | Wachsender Staatsanteil | 91 |
| 17. | Innenpolitische Probleme der USA | 92 |
| 18. | Tendenzen und Prognosen am Vorabend eines grossen Krieges | 94 |
| 18.1 | Beachtenwerte Aktivitäten | 94 |
| 18.2 | Waffenentwicklung | 94 |
| 18.3 | Nachkriegspläne der RAND-Corporation | 95 |
| 18.4 | Horror-Szenarien | 95 |
| 19. | Die Schweiz im Strudel der Weltpolitik | 98 |
| 19.1 | Bisherige Reaktionen auf die Veränderungen | 98 |
| 19.2 | Erste Auswirkungen | 100 |
| 19.3 | Stärken der Schweiz | 101 |
| 19.4 | Zielsetzung | 104 |
| 19.4.1 | Übergeordnete Ziele | 104 |
| 19.4.2 | Vermeidungsziele | 104 |
| 19.4.3 | Verdeckte Ziele und verdeckte Agenden | 105 |
| 19.5 | Möglichkeiten für die Schweiz | 106 |
| 19.5.1 | Es gibt immer Alternativen! | 106 |
| 19.5.2 | Beitritt zur EU | 106 |
| 19.5.3 | Beitritt zur NATO | 107 |
| 19.5.4 | Alleingang und bewaffnete strikte Neutralität | 107 |
| 19.5.5 | Ausbau der weltweiten Vernetzung | 108 |
| 19.5.6 | „Flexible Response“ | 108 |
| 19.6 | Massnahmen zur Stärkung der Schweiz | 109 |
| 19.7 | Geistige Landesverteidigung – den eigenen Weg verteidigen | 110 |
| 19.8 | Was kann ich als Einzelner tun? | 111 |
| 19.8.1 | Global denken – lokal handeln | 111 |
| 19.8.2 | Emotionale Distanz wahren | 112 |
| 20. | Nachwort | 113 |
| A1 | Iran / erster Golfkrieg | 114 |
| A2 | Irak / zweiter Golfkrieg | 114 |
| A2.1 | Öl für Lebensmittel | 115 |
| A3 | 9/11 und der „Krieg gegen den Terror“ | 115 |
| A4 | Afghanistan | 116 |

| | | |
|-------|-------------------------------------|-----|
| A5 | Guantánamo | 117 |
| A6 | Irak / dritter Golfkrieg | 117 |
| A7 | Arabischer Frühling | 118 |
| A8 | Jemen ab 2015 | |
| A9 | Die Jugoslawienkriege ab 1991 | 119 |
| A 9.1 | Bosnien | 119 |
| A 9.2 | Serbien / Kosovo | 119 |
| A10 | Kriege im Nahen Osten | 120 |
| A11 | Brandherde in Afrika | 122 |
| A11.1 | Sahelzone | 122 |
| A11.2 | Sudan | 123 |
| | Referenzen/Literatur | 124 |



Vorwort

Vor gut einem Jahr verfasste ich ein Dokument mit dem Titel: „Die Schweiz zwischen den Grossmächten – Möglichkeiten in der sich verändernden Welt Unabhängigkeit und Freiheit zu erhalten“. Darin beschrieb ich, wie sich die Welt seit dem Zerfall der Sowjetunion veränderte, und wie es zum heissen Krieg in der Ukraine kam. Inzwischen ist zusätzlich der Gaza-Krieg ausgebrochen, die Situation um Taiwan hat sich verschärft und auch in Afrika ist Bewegung entstanden.

Das jetzt vorliegende Dokument baut auf dem früheren auf, wurde aber überarbeitet und ergänzt. Trotz der zunehmenden Zensurmassnahmen und der einseitigen Berichterstattung der hiesigen Medien kommt man inzwischen leichter an Informationen, weil mehr alternative Informationskanäle entstanden sind, über die unabhängige Journalisten und Experten ihre Informationen sowie ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus erster Hand zugänglich machen. Wenn Sie dieses Dokument lesen, hat sich die aktuelle Situation wahrscheinlich bereits wieder verändert, bzw. sind weitere Brände ausgebrochen. Die Situation verschlechtert sich zusehends und gegenwärtig überschlagen sich die Ereignisse.

Inzwischen redet man heute in den Medien offen über einen kommenden grossen Krieg. Der am 30.8.2024 vorgestellte Sicherheitsbericht des Bundes spricht davon, dass sich die Sicherheitspolitische Lage verschlechtert hat, und wir uns in einer „Vorkriegsphase“ befinden. Der deutsche Verteidigungsminister Pistorius will die deutsche Armee bis in spätestens in 8 Jahren kriegstüchtig machen und die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen. Der serbische Ministerpräsident erwartet eine grossen Krieg bereits in den nächsten Monaten. Der ungarische Ministerpräsident Orbán gibt bekannt, dass er sich an einem Krieg der NATO gegen Russland nicht beteiligen werde. In Litaun führt die NATO mit starker US-Beteiligung grosse Manöver durch. Finnland und Schweden sind der NATO beigetreten und stellen der US-Armee ihre militärischen Stützpunkte zur Verfügung. In Litaun finden grosse Manöver mit US-Beteiligung statt. Die USA wollen die NATO nach Osten ausweiten und die Deutsche Marine schickt ein Kriegsschiff durch die Taiwanstrasse.

Auch die Gegenseite rückt zusammen und bereitet sich vor. Russland ist näher an China gerückt. Beide verbündeten sich mit dem Iran. Russland verbündet sich zusätzlich mit Nordkorea. Es sendet auch ein Atom-U-Boot nach Kuba – vor „die Haustüre der USA“. China beteiligt sich an Militärmanövern in Weissrussland. Indien macht gute Geschäfte mit Russland und Saudiarabien und geht zu den USA auf Distanz. Die BRICS-Gemeinschaft erweitert sich stark und drängt den US-Dollar als Weltwährung zurück. Inzwischen will sogar der NATO-Staat Türkei der BRICS-Gemeinschaft beitreten. Viele Staaten holen ihre Goldreserven wieder ins eigene Land zurück. Der Gaza-Krieg droht gegenwärtig auf den ganzen Nahen Osten zu eskalieren. Taiwan wird von den USA weiter gegen China stark aufgerüstet.

Gleichzeitig wird versucht die Halbleiterindustrie aus diesem Land nach Amerika zu locken/verlagern. In Afrika haben Niger und Mali die Franzosen und Amerikaner hinauskomplementiert, und haben inzwischen Wagner-Söldner eingeladen. Sie wollen ihre Bodenschätze (speziell Uran) jetzt selber ausbeuten.

Das nur ein kleiner Abklatsch von Bewegungen, die im Verlaufe des letzten Jahres stattfanden. Die amerikanische Sanktionspolitik gegen Russland – und jetzt verstärkt auch gegen China – schadet dem Westen – und vor allem Europa mehr als Russland. Europa ist durch die amerikanische Politik und eigene unfähige Regierungen in die völlige Bedeutungslosigkeit abgesunken und benimmt sich wie ein Vasall der USA. Aber auch die Dominanz der USA ist angeschlagen. Und weil das immer offensichtlicher ist, beginnen sich auch Länder – vor allem „der Süden“ – die bisher unter dieser Dominanz gelitten haben, neue Beziehungen einzugehen.

Kriege und politische Veränderungen kann man nur verstehen, wenn man deren Vorgeschichten kennt – und wenn man versucht die verschiedenen Parteien zu verstehen. In der gegenwärtigen Kampagnensituation wird man, wenn man heute versucht einen neutralen Blick auf die Situation zu werfen und auch die Argumente der Gegenseite zu berücksichtigen, rasch als „Putinverstehler“ oder als „Verschwörungstheoretiker“ abdeklariert. Ich betrachte inzwischen diese Bezeichnungen als Kompliment. Ich versuche wirklich Putin und seine Beweggründe zu verstehen – aber auch jene von Biden, Xi, Selenski, Erdogan, Macron, Scholz, Baerbock und Habeck, Cassis und Amherd. Leute verhalten sich im Allgemeinen sehr logisch, wenn man deren Logik versteht. Deren Beweggründe zu ergründen gehört zu einer seriösen Lageanalyse. Denn nur wenn man die Lage realistisch einschätzt, kann man wirksame Strategien für das weitere Vorgehen und Handeln entwickeln. Einseitige Betrachtungen, Moralisieren und Wunschenken, führen zu falschen Lagebeurteilungen und anschliessend gezwungenermassen zu unglücklichen Entscheiden. Mit diesem Dokument möchte ich zu realistischeren Betrachtungsweisen beitragen. Eine Problematik bleibt dabei: Eine sehr detaillierte und fundierte Analyse schreckt ungeduldige Leser ab, die sich nur rasch einen Überblick schaffen wollen. Bei einer nur oberflächlichen Dokumentation hingegen drohen Zusammenhänge verloren zu gehen, und Schlussfolgerungen sind nicht mehr nachvollziehbar. Ich hoffe, es sei mir ein brauchbarer Kompromiss gelungen. Für Kritik, Hinweise auf Fehler und Verbesserungsvorschläge im Voraus vielen Dank.

Neuhausen, 8. November 2024

Peter Schweizer
peter.schweizer@methosys.ch

Dank

Mein besonderer Dank geht an Herrn Dr. H. van der Waerden. Er hat mit vielen redaktionellen und inhaltlichen Verbesserungsvorschlägen sehr zur Qualität dieses Dokumentes beigetragen.

1. Die USA als dominierende Macht

1.1. Am Ende des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg war geprägt durch die Auseinandersetzung zwischen dem im kommunistischen Jargon so genannten «real existierenden Sozialismus» und der freien Marktwirtschaft in ihren verschiedenen Spielarten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das sowjetisch besetzte Osteuropa immer stärker ins kommunistische System eingegliedert. Eine Zäsur stellte am 10. März 1948 die – höchst wahrscheinliche – Ermordung des nichtkommunistischen tschechoslowakischen Aussenministers Jan Masaryk in Prag (Vierter Prager Fenstersturz) dar. Fast gleichzeitig wurde am 4. April 1949 in Washington die NATO als Verteidigungspakt gegründet. Lord Ismay der erste Generalsekretär der NATO spottete 1953: Das Ziel der NATO sei „die Amerikaner in Europa drin, die Russen draussen und die Deutschen klein zu halten.“ Im Gegenzug wurde in Warschau am 14. Mai 1955 der 1991 wieder aufgelöste Warschauer Vertrag unterzeichnet. Die in Osteuropa, ab 1949 dann auch in China und Nordkorea, ab 1954 in Nordvietnam und ab 1959 in Kuba herrschenden kommunistischen Parteien verfolgten das Ziel einer Diktatur des Proletariats und konnten sich in ausnahmslos allen Ländern, in denen sie die Macht erlangten, nur mit repressiven Methoden halten. Trotzdem blieb auch im Westen für viele der Sozialismus bzw. der Kommunismus erstrebenswert. Die kommunistischen Bemühungen zum Ideologieexport stiessen im Westen in linken Kreisen auf fruchtbaren Boden. Terrororganisationen wie z.B. die RAF in Deutschland wurden aus dem Osten ideologisch, finanziell und logistisch unterstützt. Andererseits war man auch im Westen nicht zimperlich, mit Gewalt gegen mehr oder weniger sozialistische Regierungen vorzugehen, selbst wenn diese in einem Land in freien Wahlen an die Macht gelangten (Beispiele: Iran 1953, Guatemala 1954, Chile 1973).

In Russland hatte die Revolution 10% des Volkes gekostet und in China gehen die Schätzungen für Maos Diktatur von 40 – 70 Mio. Toten aus. Diese Regimes scheiterten immer auch an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie mit ihrer Planwirtschaft schufen. Im Wettrüsten konnten sie nicht mehr mithalten.

Nach Maos Tod (1976) verfolgte Deng Xiaoping eine Politik der Öffnung entsprechend dem Sprichwort aus Sichuan „Es ist egal ob die Katze Schwarz oder weiss ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse“. Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) mauserte sich langsam zur Kapitalistischen Partei Chinas, und der wirtschaftliche Aufstieg begann in einem unglaublichen Tempo. Die KPC konnte so weiter als alleinige Partei an der Macht bleiben. Nachdem in Südafrika das Apartheidregime zu Fall und Nelson Mandela an die Macht kam, bat er am WEF in Davos um Unterstützung für sein Land bei der Einführung des Sozialismus. Insbesondere die Chinesen und Vietnamesen rieten ihm dringend ab. Sie hätten damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht und würden jetzt private Unternehmen einladen. Dank

diesem Rat blieb Südafrika ein solches Experiment erspart [1], [20]. Unglücklicher verlief der Transformationsprozess weg vom Kommunismus in der Sowjetunion: Gorbatschows Reformbestrebungen in Richtung mehr Freiheit und Marktwirtschaft gerieten ausser Kontrolle. Er wurde gestürzt. Das Regime zerbrach, und 1991 zerfiel die Sowjetunion. Der Warschauer Pakt war damals bereits abgeschafft. Die institutionellen Schwächen des neu entstandenen russischen Staates, der Russischen Föderation, ermöglichten das Aufkommen von bald „Oligarchen“ genannten Neureichen. Diese und weitere negative Entwicklungen werden immer noch amerikanischen Beratern und dem Internationalen Währungsfonds angelastet. Mag etwas daran sein, so ist doch auch der so genannte «Aktien gegen Kredite»-Skandal von 1995 nicht zu vergessen, eine Privatisierungsaktion von Jelzin, der Staatseigentum viel zu billig abgab.

Als Belohnung erhielt Jelzin dann Spenden für seinen Wahlkampf von 1996. Diesem Treiben setzte Putin, nachdem er an die Macht kam, ein Ende. Seine Reformen führten zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und stellten die staatliche Ordnung wieder her. Viele der Oligarchen setzten sich dann, nachdem sie den politischen Entscheidungsträgern gefährlich und von diesen bekämpft wurden, in den Westen ab. Oder sie arrangierten sich vollständig mit dem Regime. (Beispiele für einflussreiche Oligarchen: Michail Chodorkowski, Viktor Vekselberg, Roman Abramovitsch, Andrei Melnitschenko, Michail Fridman, Alischer Usmanow,) [14]. Unter der Führung von Putin ging es nun wirtschaftlich rasant aufwärts, was erklärt, dass er in Russland bis heute sehr hohe Zustimmungswerte genießt. Anders in der Ukraine. Dort gab es keinen Putin, der die Oligarchen in Schranken wies. Sie blieben im Land und das Land entwickelte sich zum korruptesten Staat in Europa.

1.2 Das „Ende der Geschichte“ fand nicht statt

Der Kalte Krieg war zwar, wie allein schon ein Blick nach Jugoslawien und seine Nachfolgekriege 1991 und 1992 zeigt, keineswegs ganz ohne Blutvergiessen vorbeigegangen, man hoffte aber doch eine „Friedensdividende“ genießen zu können. Der Ideologie-Export aus dem Osten kam zum Erliegen. Der Geldfluss an revolutionäre Organisationen – z.B. an die POCH in der Schweiz – versiegte. Die Angst vor den Warschauer Packt Armeen verschwand, und das Abrüstungszeitalter begann. Der Warschauer Pakt löste sich auf, und Westeuropa rüstete massiv ab. Viele meinten, nun sei der „ewige Friede“ bzw. «das Ende der Geschichte» ausgebrochen, von welchem, freilich differenziert, Francis Fukuyama schon 1989 geschrieben hatte [3]. Die NATO aber löste sich nicht auf. Im Gegenteil – die USA rüsteten weiter und begannen während der Amtszeit von Präsident Jelzin in die inneren Verhältnisse Russlands hineinzuregieren. 1990 hatte Staatssekretär James Baker der Sowjetführung zugesichert, die NATO werde ihre Jurisdiktion keinen Zoll breit weiter nach Osten ausdehnen [2]. Dieses

Versprechen wurde 1999 mit dem Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn ein erstes Mal, 2004 mit dem Beitritt von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien ein zweites Mal und von 2009 bis 2023 mit dem Beitritt von Albanien und Kroatien, von Montenegro, von Nordmazedonien und von Finnland noch mehrmals klar und massiv gebrochen. Dass das bei den neuen Mitgliedern auf Interesse stiess, ist nach den früheren schlechten Erfahrungen mit der Sowjetunion verständlich. Die schlechten Erfahrungen aus der Sowjetzeit waren nicht vergessen. Das Misstrauen blieb, obwohl Russland kein kommunistisches Land mehr ist und keinen Ideologieexport mehr betreibt.

Putin bemühte sich sehr um eine gute Zusammenarbeit mit Westeuropa. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2001, die er teilweise in Deutsch hielt, machte er weitreichende Angebote für die Zusammenarbeit, die von Lissabon bis Wladiwostok reichen sollte. Das passte aber den USA nicht. Putin wurde in der Folge ignoriert oder gar brüskiert. Die Handelsbeziehungen entwickelten sich dennoch zum beiderseitigen Vorteil. Insbesondere der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder erkannte die Vorteile günstiger russischer Energielieferungen und entwickelte ein gutes Einvernehmen mit Russland.

1.3 Die USA nutzen das Machtvakuum

Da man nach 1991 nicht mehr mit Interventionen des Warschauer Paktes rechnen musste, nutzten die USA die Gelegenheit ihre Einflussphäre mit militärischen Interventionen und Kriegen auszuweiten. Irakkrieg, Libyen, Afghanistan, Jugoslawien, Syrien, etc. (Siehe dazu die Anhänge A1 - A10) 2018 rechnete der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses vor, dass seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bis dann die USA ihre Streitkräfte 152 Mal im Ausland eingesetzt hatten. Zum Thema Regimechange Aktionen siehe auch das Kapitel 5.2. Die NATO wurde schrittweise bis an die Russische Grenze erweitert: Polen, Estland, Lettland, Litauen. George Bush kündigte auch den ABM-Vertrag und baute in Rumänien eine grosse US-Basis mit einem Raketenabwehrsystem. Dieses Raketenabwehrsystem sei nicht gegen Russland gerichtet, sondern gegen den Iran, argumentierten die USA. Geglaubt hat das aber niemand. Auch im Kosovo entstand eine grosse US Basis. Weltweit können die USA seit 2004 auf mehr als 1000 militärische Stützpunkte zurückgreifen 800 davon ausserhalb der USA (viele Details darüber sind auf Wikipedia dokumentiert, und wurden auch von Hillary Clinton bestätigt [4]). Die grösste US-Basis in Europa bleibt Ramstein (D). Aus Ramstein werden jeweils auch die Killer-Drohnen gesteuert, die im Nahen Osten und in Afghanistan zum Einsatz kommen. Der Luftkrieg, vielfach geführt mit Drohnen, nahm ab 2014 unter Präsident Obama richtig an Fahrt auf. Allein in den folgenden fünf Jahren flogen die USA mehr als 50'000 Luftangriffe. Auch, wenn es aus dem Verteidigungsministerium hiess, man versuche alles um zivile Opfer zu vermeiden, werfen

die Recherchen der New York Times ein neues Licht auf den vermeintlich „präzisen“ Luftkrieg der USA. Die New York Times berichtete, dass auch Tausende Zivilisten bei US-Luftschlägen in Irak, Afghanistan und Syrien ums Leben kamen – darunter viele Kinder. Die Opferzahl liege signifikant höher als die rund 1600 toten Zivilisten, die das US-Militär angibt. [10]

1.4 Europa reduziert seine Armeen

Im Gegensatz zu den USA reduzierten die europäischen Länder ihre Verteidigungsausgaben so stark, dass sich heute die Armeegeneräle einig sind, dass ihre Armeen nicht mehr kriegstauglich sind. Man verlässt sich auf die USA, bzw. auf ihren „Atomschirm“. Der NATO-Forderung, dass 2% des Budgets für die Verteidigung auszugeben sind, kommen die meisten Länder der EU nicht nach. Frankreichs Präsident Emanuel Macron klagte gar die NATO sei „Hirntot“ und das European Council on Foreign Relations konstatierte, Europa drohe die „Vasallisierung“ durch Amerika. Die USA hingegen fürchtet, dass die EU zu schwach werde, um ihnen im Kampf gegen China den Rücken frei zu halten und fordert jetzt von den Europäern auch wieder höhere Investitionen in die Rüstung.

In der Schweiz wird – obwohl sich das Volk 1989 in einer Abstimmung sich mit 65% gegen eine Halbierung der Armee ausgesprochen hat – die Verteidigungsfähigkeit schlicht gesagt weggespart. Man begann das Bedrohungs-Szenario den finanziellen Mitteln anzupassen.

Ganz anders die USA: Sie beschleunigte die Rüstung mit dem Ziel die ganze Welt zu beherrschen entsprechend der Logik der „Wolfowitz-Doktrin“ (siehe Kapitel 2.1).

1.5 Rüstungsausgaben

Bei den Rüstungsausgaben sind die USA führend. Zu deren Rechtfertigung verweisen sie seit Jahren immer wieder auf die „beunruhigende“ Aufrüstung Chinas. Inzwischen hat China realisiert, dass es wirklich Nachholbedarf hat, und versucht aufzuholen. Mit dem Beginn der russischen „Sonderoperationen“ 2022, wurden sich auch die Europäer bewusst, dass ihre Armeen nichts mehr taugen und entschieden überstürzt wieder aufzurüsten.

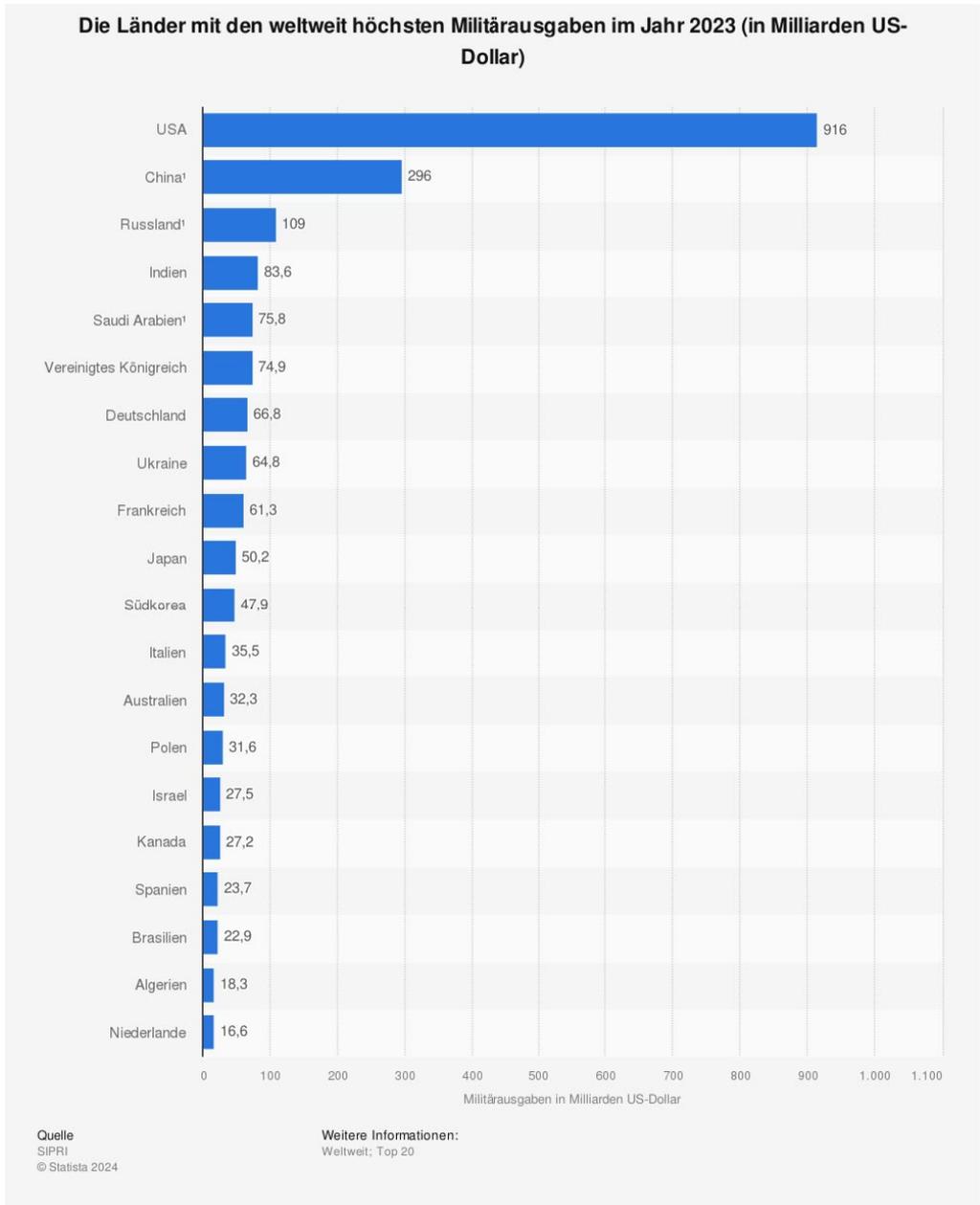


Abb. 1 Rüstungsausgaben 2023 (Daten von SIPRI) Zum Vergleich: Im Jahr 2022 betragen die Rüstungsausgaben der Schweiz 5.2 Mia. Franken.

2. Die US-Interessen/Vorstellungen/Ziele

2.1 Die Wolfowitz-Doktrin

Dem Ganzen liegt das Konzept einer unilateralen Beherrschung der Welt mittels absoluter militärischer Überlegenheit zugrunde – ein imperiales Hegemoniekonzept, das neben den „Falken“ auch von den sogenannten „Tauben“ in der US-Administration bis heute vertreten wird. Es wurde auch als „**Wolfowitz Doktrin**“ bezeichnet nach dem damaligen Unterstaatssekretär Paul D. Wolfowitz. Daran hatte auch Aussenminister Powell schon 1992 keinen Zweifel gelassen: „Die USA benötigen militärische Machtmittel, um jede konkurrierende Macht abzuschrecken, jemals davon zu träumen, dass man uns auf der globalen Ebene herausfordern könnte.“

2.2 Eine Kriegserklärung an die Welt

Präsident Bush II wiederholte diesen Suprematie-Anspruch in seiner Westpoint-Rede vom Juni des gleichen Jahres: „Oberstes Ziel der US-Strategie nach dem Ende des Kalten Krieges muss es sein, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt irgendeine Macht zum ebenbürtigen Konkurrenten wird.“ Er liess diesen Anspruch dann in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom 20. September 2002 noch einmal betonen: „Es ist die Zeit gekommen, wieder die wesentliche Rolle amerikanischer Militärmacht zu betonen ... Wir werden Streitkräfte unterhalten, die zur Erfüllung unserer Verpflichtung fähig sind, und die Freiheit verteidigen. Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, potentielle Gegner von ihren Aufrüstungsvorhaben abzubringen, die sie in der Hoffnung auf Überlegenheit oder Gleichstellung im Hinblick auf die Macht der Vereinigten Staaten betreiben.“

Die Erhaltung und der Ausbau der US Hegemonie wurde weiter von verschiedenen Autoren beschrieben und gefordert. Dieses Ziel prägt daher die US Politik bis heute nachhaltig. Es sind vor allem sog. „Neo-Liberale“ und „Neo-Konservative“ Kreise, die heute die Politik der USA bestimmen. So beschrieb **Zbigniew Brzezinski** 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ [5] die Vereinigten Staaten als erste, einzige, wirkliche letzte Weltmacht. Dabei soll die amerikanische Politik von der Vision einer besseren Welt getragen sein. Letztes Ziel sei eine „Weltgemeinschaft“. Für eine kurze Zusammenfassung seiner Ideen siehe den separaten Kasten auf der nächsten Seite.

D. Kagan, G. Schmitt und T. Donelly publizierten im September 2000 die Schrift: „Rebuilding America's Defences“ [38] in der sie auch auf die Möglichkeiten von rassenspezifischen biologischen Waffen hinwiesen.

John Bolton vertritt die Ansicht, dass die grössten Bedrohungen für die Welt von China und Russland ausgehen. Nur die USA garantieren globale

Ordnung und Sicherheit. (Siehe auch seinen Beitrag in der Weltwoche 04.23 [6])

Ebenfalls Beachtung fand ein Buch von **George Friedman** [7], der verkündete, dass die USA mittels der Taktik „Teile und Herrsche“ die vorherrschende Macht bleiben kann. Man müsse versuchen die potentiell stärksten Gegner gegeneinander in Kriege zu verwickeln.

Die herrschenden Kreise in den USA verstehen sich also als Weltbeherrscher und Weltpolizisten. Und das soll mit militärischen Mitteln erreicht und aufrechterhalten werden. Zyniker sprechen heute von „Heiligen Römischen Reich der Vereinigten Staaten“.

«Gods own country»: Auch **Hillary Clinton & Condoleezza Rice** sind sich einig, dass es die Aufgabe der USA ist weltweit gegen autoritäre Regimes vorzugehen und der Demokratie zum Durchbruch zu verschaffen. (Sieh dazu das Video [4])

Zbigniew Brzezinski: Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Brzezinski beschreibt frühere Weltmächte wie das römische Reich, das Mongolenreich und das Britische Weltreich. Im Gegensatz zu diesen sieht er die USA erstmals als wirklich weltbeherrschend. Die Einflussnahme auf ausländische Eliten sieht er vor allem auf kulturellem Gebiet. Der Einfluss verstärkt sich durch Kommunikationssysteme, Unterhaltungsindustrie (Hollywood) und Massenkultur. Dazu kommen PR-Techniken. Ohne die Vormachtstellung der USA gäbe es laut Brzezinski Anarchie.

Die „Imperative imperialer Geostrategie“ erläutert Brzezinski anhand politischer Verhältnisse der Vergangenheit: „Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutale Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei grossen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten, zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Barbarenvölker sich nicht zusammenschliessen.“ [5]

2.3 Ein weltweites Netzwerk von Stützpunkten

Zur Absicherung ihrer Dominanzansprüche unterhalten die USA ein weltweites Netzwerk von ca. 800 militärischen Stützpunkten in mehr als 50 Ländern. Als in den USA wieder einmal über die Gefahr aus dem Iran diskutiert wurde, meinte Elon Musk sarkastisch: „Schaut mal wie eng sie ihr Land an unsere Stützpunkte gelegt haben.“ [44]



Abb. 2 Die USA unterhalten mehr als 800 militärische Stützpunkte in über 50 Ländern



Abb. 3 Auch in Deutschland ist die US-Armee an 10 Standorten mit total 39'440 Soldaten vertreten. Deutschland ist weiterhin ein besetztes Land.

3. **Wirtschaftliche Verflechtungen sowie religiöse und ethnische Gruppen die die Politik beeinflussen**

Die Politik der USA kann man nur verstehen, wenn man den Einfluss der wichtigsten wirtschaftlichen, religiösen und ideologischen Strömungen berücksichtigt. Einen besonders grossen Einfluss haben heute neben der Rüstungsindustrie die sog. Neokonservativen und die Evangelikalen. Natürlich spielen auch weitere Ideologien und andere wirtschaftliche Interessengruppen wichtige Rollen. Auf diese wird hier aus Platzgründen nicht weiter detailliert eingegangen.

3.1 **Der militärisch-Industrielle Komplex**

Popularität erlangte der Begriff durch den US-Präsidenten **Dwight D. Eisenhower**, der in seiner Abschiedsrede vom 17. Januar 1961 ausdrücklich vor den Verflechtungen und Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes in den USA warnte. Eisenhower, der selbst einst Generalstabschef der Armee gewesen war, betrachtete den militärisch-industriellen Komplex als eine Gefahr für die demokratischen Institutionen und die Demokratie. Durch die Einwirkung dieses Komplexes auf Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft könne die politische Führung veranlasst werden, Konflikte eher militärisch als politisch lösen zu wollen und damit als verlängerter Arm der Lobby der Rüstungsindustrie agieren: *„Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potential für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können.“*

Auch Präsident Trump äusserte sich zu diesem Thema: «Macht euch nichts vor», erklärte der US-Präsident in einem Interview mit «FoxNews» am 19. Mai 2019: *„Der militärisch-industrielle Komplex liebt Kriege. Er will überall Truppen hinschicken und nie welche zurückziehen“*. In Syrien würde der Komplex am liebsten Tausende US-Soldaten lassen, während er jetzt angeordnet habe, dass nur einige Hundert bleiben. Er selber bevorzuge Wirtschaftskriege.

3.2 Evangelikale

Heute gehören 30% der US Bevölkerung Kirchgemeinden an, die der „National Association of Evangelism“ angeschlossen sind. Sehr grossen Einfluss bekamen diese unter der Präsidentschaft von George W. Bush, der sich zu den wiedergeborenen Christen bekannte. Die extremen unter den Evangelikalen glauben, dass jegliches Handeln auf der Basis ihres Glaubens Irrtümer ausschliesst. Sie bekämpfen die Evolutionslehre und setzen sich für den Bibelunterricht an den Schulen ein. Sie glauben, dass Jesus als Messias nicht wiederkehren wird, als bis das ganze Land Israel unter jüdischer Herrschaft steht. Das erklärt den gewaltigen Einsatz, den sie für Israel leisten. Mit grossen Summen unterstützen sie daher jüdische Siedler in den besetzten Gebieten und setzen alles daran einen Palästinenserstaat zu verhindern. Sie sind aber letztlich nicht am Überleben des Staates Israel interessiert. Sie interessieren sich für den „jüngsten Tag“. Ihre Vision ist, dass dann die Juden zum Christentum konvertieren oder zur Hölle fahren.

3.3 Neokonservative

Der Neokonservatismus ist eine Strömung, die seit George W. Bush einen grossen Einfluss auf die gesamte Innen- und Aussenpolitik der USA hat. Ihre Exponenten stammen aus liberal-jüdischen und katholischen Kreisen. Einer ihrer Gedankenväter ist Leo Strauss (1899 – 1973). Er vertritt unter anderem die Ansicht, dass es eine natürliche Hierarchie der Menschen gibt, und die verstehende Elite die essentielle Wahrheit der menschlichen Gesellschaft und Geschichte innehaben soll. Die Gesellschaft braucht Lügen vor allem über die Natur der politischen Realität.

In der Regierung von George W. Bush hatten neokonservative Politiker einen grossen Einfluss: z.B.: Eliot A. Cohen, Richard Perle, Paul Wolfowitz, Douglas Feith, John Bolton. Der führende Think Tank der Neokonservativen ist das American Enterprise Institut (AEI). Richard Cohen beschrieb in der Washington Post, dass die Demokratische Partei zu 60% und die Republikanische zu 35% von jüdischen Pro-Israel-Fundraising-Organisationen finanziert wird. Heute ist das Judentum die zweithäufigste Religion in den Vereinigten Staaten und die Juden sind in der Politik und in der Wirtschaft prominent vertreten z.B.: Aktuelle Regierungsmitglieder: Antony Blinken (Aussenminister), Janet Jellen (Finanzen), Merrick B. Garland (Justizminister), Isabel Guzman (Direktorin Mittelstandsbehörde), Ron Klain (Stabschef); Weitere Einflüsse im Regierungsumfeld: Victoria Nuland (ehemalige Staatssekretärin für politische Angelegenheiten), Robert Kagan (verheiratet mit V. Nuland und einflussreicher Politikberater). Die Tochter des früheren Präsidenten Trump konvertierte zum Judentum und heiratete Jared Corey Kushner.

Die wichtigste Organisation, die sich in den USA für Israel einsetzt, ist die AIPAC (American Israel Political Action Committee). Sie wurde 1954 als Nachfolgeorganisation früherer zionistischer Gruppen gegründet. Deren Ziel ist es, durch gezielte Lobbyarbeit die wirtschaftliche und militärische

Unterstützung Israels durch die Vereinigten Staaten zu sichern und auszubauen. Die USA unterstützen Israel jährlich mit 3.8 Mia. US\$. Detailliert beschrieben hat diese Zusammenhänge James Petras in seinem bereits 2006 erschienen Buch „The Power of Israel in the United States“ [54]. Spötter bezeichnen heute Israel als den „51. Staat“ der Vereinigten Staaten. In der ukrainischen Regierung, sind ebenfalls einige Juden vertreten: Selensky (Präsident), Denys Schmyhal (Ministerpräsident), Vital Klitschko (Parteigründer, Bürgermeister von Kiew). Wie weit das in der gegenwärtigen Situation eine Rolle spielt, ist offen. Trotz deren Einfluss wird heute in der Ukraine Stepan Bandera als Nationalheld gefeiert. Bandera war während dem Zweiten Weltkrieg ein überzeugter Nazi und aktiv an der Judenvernichtung beteiligt. Israel hält Distanz zur Ukraine. Israels Premier Netanjahu weigert sich trotz Druck aus den USA an Kiew Offensivwaffen zu liefern. Er will nicht riskieren, dass diese in iranische Hände geraten. Die Ukraine sei ihm zu korrupt. [37]

3.4 Die Erez-Israel-Ideologie

Grossisrael reicht vom Euphrat bis ans Mittelmeer („from the river to the sea“). Auch evangelikale Christen glauben an ein Wiederkommen des Messias, wenn dieses ganze Gebiet unter jüdischer Herrschaft steht. Das Ziel eines Grossisraels ist jedoch vor allem das Ziel vieler Zionisten. Ben Gurion (Staatsgründer) schrieb dazu in seinem Tagebuch:

„Die Achillesferse der arabischen Koalition ist der Libanon. Die moslemische Vorherrschaft in diesem Land ist künstlich und kann leicht gestürzt werden. Ein christlicher Staat sollte dort errichtet werden, mit seiner südlichen Grenze am Fluss Litani. Wir werden einen Bündnisvertrag mit diesem Staat unterzeichnen. Dann wenn wir die Stärke der Arabischen Liga gebrochen und Amman bombardiert haben, könnten wir Transjordanien auslösen; danach würde Syrien fallen. Und wenn Ägypten es immer noch wagen sollte, gegen uns Krieg zu führen, würden wir Port Said, Alexandria und Kairo bombardieren. Damit würden wir den Krieg beenden und die Rechnung mit Ägypten, Assyrien und Chaldäa im Namen unserer Vorfahren begleichen.“

In einem weiteren Eintrag formulierte er: *„Wir müssen alles tun, um sicher zu gehen, dass sie (die Palästinenser) niemals zurückkommen. ... Die Alten sterben, die Jungen werden vergessen.“*

Diese Vorstellungen werden heute vor allem von der jüdischen Siedlerbewegung vertreten, aber auch von Mitgliedern der aktuellen israelischen Regierung (z.B. Bezalel Smotrich; Finanzminister und Itamar Ben-Gvir; Minister für innere Sicherheit). In den USA gibt es dafür ebenfalls viele Unterstützer – aber auch Gegner. Laut einer Umfrage des Jewish Electoral Institute im Jahr 2021 gaben 40% der jungen amerikanischen Juden an, dass sie Israel für einen Apartheitsstaat halten [90]. Zionistische Organisationen werfen ihnen dafür eine „selbsthassende“ Haltung vor.

Am 25. Sept. 2024 publizierte The Jerusalem Post einen Artikel von Mark Fish [84]. Darin behandelt er die Frage wo Hashem (jüdisches Synonym für

Gott) die Grenzen Israels definiert hat, und ob man heute verpflichtet sei diese Gebiete zu erobern. Er stellt fest, dass das von Hashem versprochene Land den Libanon beinhaltet. Das Konzept des „befohlenen Krieges“ beinhaltet die Eroberung von Gebieten, die in der Torah versprochen wurden. Falls neues Land als Teil der biblischen Grenzen identifiziert wird, braucht es eine halachische Diskussion über die Pflicht es zu erobern und zu besiedeln. Am Ende seines Beitrages kommt Mark Fish zum folgenden Schluss: Wenn man auf die Landkarte schaut, wird man erstaunt sein, wie weit nördlich sich der Fluss (Euphrat) ausdehnt, und wie weit das Land Israel in Wirklichkeit ist. Auch wenn wir in unserer Zeit nicht in der Lage sind alles zu beanspruchen, Hashem wird sicher bald zu uns zurückkehren.

3.5 Islam

Im Vergleich mit den Evangelikalen und dem Judentum haben islamische Kreise in den USA heute wenig Einfluss. Der Bevölkerungsanteil der Muslime ist jedoch stark im Steigen begriffen. Sie wird Prognosen entsprechend bis 2040 in den USA zur zweithäufigsten Religion werden. Dem Islam gegenüber begegnet man heute in den USA eher mit Misstrauen. In der islamische Welt sind die Schiiten und Sunniten stark zerstritten. Das erschwert die Zusammenarbeit unter den arabischen Ländern. Zum Teil gelten die Trennlinien auch innerhalb von Ländern. Der gemeinsame Feind – der Westen – hat aber die Gegensätze z.B. zwischen dem Iran und Saudi-arabien wieder entschärft.

3.6 The „Deep State“

Auf Deutsch: „Der Staat im Staat“ hat heute oft einen grösseren Einfluss auf das Geschehen als die Regierung. Es handelt sich dabei um mit der Politik und NGOs verknüpfte Seilschaften, die in staatlichen Organisationen und in der Verwaltung dafür sorgen, dass etwas geschieht – oder eben nicht geschieht. In Europa haben die 68er Revolutionäre, nachdem sie mit den von ihnen organisierten Unruhen keinen Erfolg hatten, den „Marsch durch die Institutionen“ proklamiert. Dazu nahmen sie Einsitz in politische Parteien und in staatliche Organe, um das „System von innen umzubauen“. Heute kann ein Bundesrat in der Schweiz nichts mehr realisieren, wenn sich die Verwaltung dagegen sperrt. In den USA spielen Lobbygruppen eine wichtige Rolle. Das beginnt bereits mit der Finanzierung der Präsidentschaftskandidaten.

3.7 Probleme mit „auserwählten Völkern“

Sich auserwählt wähnende Völker nehmen für sich seit jeher Sonderrechte in Anspruch, um über andere zu herrschen und sie auszubeuten. Älteste Berichte über derartige Ansprüche und daraus abgeleitete Rechtfertigungen für Gewalttaten kann man in der Bibel („altes Testament“) nachlesen. In

„Jeder Ort, auf den eure Fusssohle treten wird, wird euch gehören: von der Wüste und dem Libanon und vom Strom, dem Strom Euphrat an, bis an das westliche Meer wird euer Gebiet sein. Kein Mensch wird gegen euch bestehen.“

Das fünfte Buch Mose, 11

Israel sind in der Siedlerbewegung und in der gegenwärtigen Regierung einflussreiche Zionisten, denen ein reinrassiges Israel vorschwebt. So möchten z.B. Bezalel Smotrich (Finanzminister) und Itamar Ben-Gvir (Minister für innere Sicherheit) alle Palästinenser aus Israel vertreiben. Während der Kolonialzeit wähten sich europäische Staaten auf Grund ihrer „Überlegenheit“ im Recht andere Kontinente Völker zu unterjochen, zu versklaven und auszubeuten. In Fernost war das Britische Empire besonders erfolgreich (speziell in Indien und China). Der Opiumkrieg ist in China bis heute nicht vergessen. Im zweiten Weltkrieg glaubten die deutschen Nationalsozialisten an ihre „Herrenrasse“, der sie mehr Lebensraum verschaffen wollten. Japanische Nationalisten nahmen sich das Recht in China riesige Menschenmassen zu ermorden. Heute sehen sich in den USA die Neocons dazu berufen in der ganzen Welt die dominierende Rolle zu spielen.

3.8 Der Kampf der Kulturen

1996 publizierte Samuel P. Huntington sein Buch „The Clash of Civilizations“ [22]. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes – so Huntington – sei die Weltpolitik multipolar und multikulturell geworden; nicht mehr Ideologien, sondern Kulturen bestimmten die Weltordnung. Der Westen müsse, um neue weltweite Konflikte zu vermeiden, auch andere kulturelle Wertvorstellungen berücksichtigen. Es sei ein Irrtum Modernisierung mit westlicher Kultur oder Verwestlichung gleichzusetzen. Die Werte des Westens würden in anderen Kulturkreisen nicht als universelle Werte anerkannt. Im Buch heisst es dazu: „Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen und Werte oder seiner Religion (zu der sich nur wenige Angehörige anderer Kulturen bekehren liessen), sondern vielmehr durch seine Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt. Oftmals vergessen Westler diese Tatsache; Nichtwestler vergessen sie niemals.“ Huntington prognostizierte, die Macht des Westens werde „verblassen“ und nichtwestliche Kulturen würden im Rahmen einer Indigenisierung wieder aufleben. Der Westen werde bis in die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts hinein der mächtigste Kulturkreis bleiben und danach auf einzelnen Gebieten wie Wissenschaft und Forschung sowie technologischer Entwicklung eine führende Rolle spielen. Die Kontrolle über andere Macht-Ressourcen werde jedoch zunehmend auf die Kernstaaten nichtwestlicher Kulturkreise übergehen. Huntingtons Ideen sind stark umstritten. Gegenwärtig werden wir aber Zeugen dafür, dass Huntington Recht haben könnte.

3.9 Der Einfluss des Grosskapitals

Seit jeher interessieren sich Vermögende für Politik. Investoren sind natürlich interessiert, dass ihre Investitionen rentieren. Allen voran sind das heute Investmentfirmen, Vermögensverwalter aber auch multinationale Konzerne und selbstverständlich die Rüstungsindustrie. Auf welchen Wegen und mit welchen Methoden sich kurzfristig Gewinne erwirtschaftet lassen, steht nicht im Vordergrund. „Geld stinkt nicht!“ Typische Beispiele: Goldman-Sachs, Blackrock, J.P. Morgan, Boeing, United Technologies, Martin Marietta, Rheinmetall, Shell, ... Die Politik soll die existierenden Geschäftsmöglichkeiten sichern und neue schaffen. Deshalb muss man sie unterstützen: Politiker und den „Deep State“. Natürlich investieren diese Firmen auch in sehr nützliche Projekte. Man ist auf sie angewiesen. Das Problem ist geprägt durch deren oberste Führungspersonen und den wirkenden Anreizsystemen.

Oft geht es um die Kontrolle der Märkte und die Ausbeutung von Ressourcen. So haben westliche Investoren die Gelegenheit des Ukrainekrieges genutzt, um in der Ukraine grosse Landwirtschaftsgebiete (sehr fruchtbare Schwarzerde) zusammenzukaufen. Die Bodenschätze im Donbass möchte man natürlich auch nicht den Russen überlassen. Die Ukrainer sollten sie unbedingt zurückerobern.

Im Meer vor dem Gazastreifen existiert ein grosses Erdgasfeld. Natürlich möchten das die Israelis allein ausbeuten. Leider stören die Palästinenser dort sehr.

Bisher schürften die Franzosen in Afrika Uran. Nachdem sie aus Mali und Niger wegkomplementiert wurden, sehen sie ihre Uranversorgung gefährdet. Selbstverständlich wird man versuchen wieder einzugreifen, auch wenn es nur darum geht, dass Russen und Chinesen dort keine Geschäfte machen können.

Neben anonym auftretenden Investoren gibt es auch reiche Persönlichkeiten, die sich neben rein pekuniären Interessen von Überzeugungen und Ideologien leiten lassen. Sie sind bereit Verluste in Kauf zu nehmen und/oder koste es was es wolle, ihren Ideen zum Durchbruch zu verhelfen.

Typische Beispiele dazu: George Soros, Bill Gates, Elon Musk, ... Grossen Einfluss hatte im letzten Jahrhundert z.B. Henry Ford, der behauptete: „Was Ford nützt, ist gut für die USA.“ Er machte mit Nazideutschland sehr gute Geschäfte bis Hitler 1942 den USA den Krieg erklärte, und Ford nicht mehr liefern durfte. Er hatte dann aber Glück. Seine Betriebe in Deutschland wurden nicht bombardiert.

Die Verflechtungen sind selten klar durchschaubar. Die Frage nach „Wem nützt und wem schadet es?“ kann einem auf die Spur bringen.

4. Wege und Massnahmen zur Absicherung der US Weltherrschaft

4.1 George Friedmans Ideen

Konkret dazu äusserte sich George Friedman in seinem Vortrag [8] vor dem Thinktank Atlantic Council 2015, den er ursprünglich gegründet hatte. Darin erklärt er, dass die USA selber zu wenige Soldaten haben, um die Welt zu beherrschen. Daher müssten sie stets versuchen ihre Gegner gegeneinander aufzuhetzen, damit diese sich selber gegenseitig bekämpfen – so wie das z.B. die Engländer früher in Indien getan hätten. Oder auch wie die USA den Krieg zwischen dem Irak und Iran durch Waffenlieferungen an beide Seiten förderten. Die USA sollten die Länder destabilisieren und nur ganz gezielt intervenieren. Deshalb rüsteten die USA die „Frontstaaten“ zu Russland auf. Das erfolge nicht über die NATO, sondern verdeckt indirekt. Denn über die NATO wäre die Zustimmung aller Beteiligten notwendig gewesen [18].



Abb.2 Der Riegel zwischen Deutschland und Russland sei für die USA extrem wichtig, schreibt George Friedman [8] (Ein Deutsch-Russisches Bündnis muss nach der US-Denkfabrik STRATFOR unbedingt vermieden werden)

George Friedman betrachtet es als sehr wichtig Russland zu schaden, um es auf die Stufe einer lokalen Macht zurückzudrängen. Alsdann müsse man sich gegen China durchsetzen.

Als sehr wichtig erachtet Friedman, dass eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland zu unterbinden sei: **Deutsches Kapital und Technologie zusammen mit Russlands Rohstoffen und Arbeitskräften wäre die einzige Macht, die den USA die Stirne bieten könnte.** Die gute Zusammenarbeit, die Schröder mit Putin aufgebaut habe, sei für die USA ein Problem. Deshalb versuchen die USA zwischen Deutschland und Russland eine Barriere zu installieren. Deutschland allein, so beurteilt Friedman, sei hingegen geopolitisch schwach und weiss nicht was es will. Friedmans Ideen werden auch von US-Generalleutnant a.D. Keith Kellogg geteilt. Er beurteilt die Beseitigung eines Gegners ohne Einsatz eigener Truppen als „Gipfel der Professionalität“ [11]. Die Ukraine könne gegenwärtig dazu benutzt werden, um Russland ohne Verluste für die USA zu besiegen: "So können wir uns auf das konzentrieren, was wir gegen unseren Hauptgegner tun sollten, der im Moment China ist."

Diese Methoden sind den USA geläufig. Am 24. Juni 1941 (noch vor dem Kriegseintritt der USA) zitierte die New York Times Harry S. Truman: „Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Wenn jedoch Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Lasst sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten.“ Stalins Forderung an die USA in Europa früher in den Krieg einzugreifen, stiess deshalb verständlicherweise auf taube Ohren.

4.2 Die Weltmachtstrategie des Thinktanks Atlantic Counsel

Im Februar 2022 (kurz vor der russischen Intervention in der Ukraine) publizierte dieser Thinktank eine Studie, in der erklärt wird, dass die Biden Administration China als grösste Bedrohung betrachte, dass man sich aber kurzfristig vor allem gegen Russland engagieren sollte [9]. Das resultiert in den folgenden Empfehlungen:

1. Zusammenarbeit mit Alliierten und Partnern, damit diese die von Moskau ausgehende Gefahr erkennen.
Dazu muss die NATO gestärkt werden: konventionell und nuklear
 - An der Nordostflanke
 - Im Schwarzen Meer
 - In Zusammenarbeit mit Georgien und der Ukraine
 - in Zusammenarbeit mit der EU
2. Folgende militärische, wirtschaftliche und politische Massnahmen werden vorgeschlagen:

- Die ukrainische Armee sollte mit der NATO interoperabel werden
 - Finanzielle Unterstützung der Ukrainischen Armee mit 1 Billion US\$ pro Jahr.
 - Belieferung der ukrainischen Armee mit: Anti-Schiffs-Raketen, Schiffs-Drohnen und Flugabwehrsystemen
 - Finanzielle und persönliche Sanktionen gegen Kremel-Oligarchen
 - Propaganda gegen die Besetzung der Krim, des Donbass und Georgien
 - Unterstützung der Demokratiebewegungen in Weissrussland, und Venezuela
 - Starke Unterstützung der Reformer in Moldawien
 - Publikationen über die Korruption im russischen Regime
 - Verstärkte Finanzierung von Voice of America und Radio Free Europe/Radio Liberty,
 - Förderung der Friktionen zwischen China und Russland
 - Unterstützung für Russische Aktivisten und Influencer gegen Repressionen
 - Propaganda gegen die Behauptung, dass die USA versuchten Russland einzukreisen.
3. Zusammenarbeit mit Russland wo möglich, mit dem Ziel, das militärische Konfrontationsrisiko zu reduzieren – aber nicht auf Kosten eines starken Zurückdrängens des Kremls.

4.3 Die Ideen der RAND-Corporation

4.3.1 Russland überdehnen

In ihrem Dokument „Extending Russia“ beschreibt der Think Tank Rand Corporation wie man Russland durch Überdehnen schwächen und zerstören könnte [52] sowie [53]. In einem weiteren Dokument werden dann – nachdem sich der Ukrainekrieg doch nicht nach den amerikanischen Vorstellungen entwickelte – Überlegungen angestellt, wie ein langer Krieg zu vermeiden wäre [30]. Das Problem, das sich den USA heute stellt: Wenn der Ukrainekrieg zuviele Ressourcen kostet, bleiben zu wenige für die Auseinandersetzung mit China. Die USA versuchen daher ihr Engagement für die Ukraine zu reduzieren, mit der Idee, dass die Europäer in die Bresche springen würden. Der inzwischen ausgebrochene Gazakrieg stört diese Situation natürlich gewaltig, denn auch Israel benötigt dringend Unterstützung von den USA. Für die USA kommt dieser Krieg daher zur Unzeit. Gegenwärtig laufen die USA Gefahr sich zu verzetteln.

„Der Krieg liebt den Sieg und nicht die Dauer.“

Sunzi, (544 - 496 v.Chr.)

4.3.2 The Bigger „Bigger Game“?

Pläne für die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und der EU sind in einem auf den 25. Januar 2022 datierten Geheimdokument der RAND Corporation aufgezeigt, das offenbar verraten wurde [81]. Für eine Übersetzung und Diskussion siehe [82] und [83]. Dieses Dokument beschreibt Möglichkeiten wie man die deutsche Wirtschaft – und die EU zerstören kann. Dabei spielen die Grünen eine wichtige Rolle. Die Echtheit des Dokuments kann nicht überprüft werden. Der Inhalt beschreibt aber ziemlich genau das, was inzwischen abgelaufen ist – und weiterhin abläuft.

Die wichtigsten Aussagen:

- Die gegenwärtige US-Wirtschaft kann nicht funktionieren ohne finanzielle und materielle Unterstützung von aussen. Nur europäische Länder – eingebunden in die EU und NATO – sind in der Lage das zu liefern ohne signifikante militärische und politische Kosten für uns.
- Falls Deutschland und Frankreich gut zusammenarbeiten, könnten sie zu einem politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten der USA werden.
- Die deutsche Wirtschaft basiert auf zwei Säulen: billiges russisches Gas und billige französische Elektrizität aus Atomkraftwerken.
- Das Stoppen der russischen Gas-Lieferungen kann in Deutschland eine Wirtschaftskrise auslösen. Die Fertigstellung von Nord Stream 2 muss blockiert werden.
- Das Ausbleiben russischer Uranlieferungen kombiniert mit einer unstabilen Situation in der Sahelregion wird Frankreich von Australischen und Kanadischen Lieferung anhängig machen. (Anmerkung Frankreich bezog sein Uran zum grössten Teil aus seiner ehemaligen Kolonie Niger)
- Die einzige Möglichkeit, dass Deutschland von Russland Gaslieferungen verweigert, besteht darin, beide in einen militärischen Konflikt in der Ukraine zu verwickeln.
- Massiver Druck auf die abtrünnigen Donbass Republiken kann Russland nicht unbeantwortet lassen. Dann können wir Russland zum Aggressor erklären und das ganze vorbereitete Sanktionspaket auslösen.
- Die Sanktionen werden der ganzen EU schaden – aber vor allem Deutschland.
- Die Voraussetzungen, dass Deutschland in die Falle tappt ist die führende Rolle der grünen Parteien und die grüne Ideologie in Europa. Die Grünen sind eine stark dogmatische Bewegung die ökonomische Zusammenhän-

ge ignoriert. Dazu kommt die fehlende Professionalität deren Führer – insbesondere Annalena Baerbock und Robert Habeck. Sie sind auch nicht in der Lage ihre Fehler rasch zu erkennen.

- Es genügt, dass die Medien rasch des Bild von Putins aggressivem Angriffskrieg aufbauen, damit die Sanktionen akzeptiert werden.
- Deutschlands umfangreiche Lieferungen von Waffen und Munition an die Ukraine wird ein lang anhaltendes Misstrauen auf russischer Seite auslösen, und Verhandlungen erschweren.

Zu erwartende Konsequenzen:

- katastrophale Auswirkungen auf die deutsche Industrie
- Nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern die gesamte europäische Wirtschaft wird kollabieren.
- Der Euro wird eine toxische Währung. Die Lücke wird der USD und der Yuan füllen.
- Steigende Arbeitslosigkeit in Europa und ein Exodus von gut ausgebildeten Berufsleuten und jungen Leuten – vorzugsweise in die USA.
- Die amerikanische Wirtschaft wird davon profitieren. Dazu kommt die Kapitalflucht in die USA.
- Leider wird auch China profitieren. Dank der starken politische Abhängigkeit Europas von den USA wird es möglich sein Ansätze einer Annäherung an China von individuellen europäischen Staaten zu neutralisieren.

Die Schweiz wird in diesem Dokument nicht erwähnt. Trotzdem finde ich, wäre es Pflichtlektüre für alle unsere Politiker, Journalisten, Unternehmer – für alle Stimmbürger!

4.4 China als Hauptgegner

4.4.1 China als grösste Gefahr für die US-Dominanz

Chinas Aufstieg zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt macht die USA nervös. Daneben erstarkt auch Indien immer mehr, während dem Europa zurückfällt. Die Belt and Road Initiative (auch „neue Seidenstrasse“ genannt) von China zum Ausbau der Handelsströme erzeugt in den USA Kopfschmerzen. Dabei handelt es sich um ein Infrastrukturprojekt, das den weltweiten Handel von China mit Europa, Afrika und Asien erleichtern soll. Davon sollen rund 60% der Weltbevölkerung profitieren. Das erzeugt natürlich in den USA Ängste, dass viele Länder von China abhängig würden. Daneben verstärkt China auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Ländern und erreichte inzwischen auf verschiedensten Gebieten die Technologieführerschaft.

Im Gegensatz zur amerikanischen Weltmachtstrategie „**Machtausübung durch Konfrontation**“ macht sich China mit seiner Strategie „**Gemeinsamer Erfolg durch Kooperation**“ sehr viel beliebter. Die WTO-Chefin Ngozi Okonjo-Iweala sagte dazu: „Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen; sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag.“ Mittlerweile umfasst die neue Seidenstrasse-Initiative 150 Partnerländer. Die USA warnen vor der chinesischen Abhängigkeit und drängen Länder aus dem Belt and Road Programm wieder auszusteigen. Einige sind diesem Wunsch der USA inzwischen nachgekommen – oder liessen sich dazu erpressen; z.B. Italien.

4.4.2 Wirtschaftskrieg gegen China

Dieser Krieg wurde bereits von US-Präsident Trump gestartet. Im Herbst 2021 begann eine Kampagne gegen China, anhand der Tennisspielerin Peng Shuai, die es sich mit der politischen Führung verdorben hatte und deshalb in China drangsaliert wurde. Noch mehr Aufsehen erregten dann wirtschaftliche Sanktionen gegen die Firma HUAWEI mit dem Vorwand, sie würde für China Spionage betreiben. Deren Mobil Phones aber auch deren Ausrüstungen für die 5G Infrastruktur wurden in den USA verboten, und andere Länder werden bedrängt sich diesem Boykott anzuschliessen. HUAWEI scheint bezüglich 5G wirklich technologisch führend zu sein. Inzwischen wurden immer weitere Handelsbeschränkungen gegen chinesische Firmen ausgesprochen sowie Technologieverbote. So dürfen z.B. bestimmte Computerchips nicht mehr weder an China noch an Russland geliefert werden. Nicht nur US-Firmen – auch Firmen in anderen Ländern werden erpresst nicht mehr an China zu liefern. So verboten die USA zum Beispiel einer niederländischen Firma Produktionsanlagen für die Halbleiterindustrie nach China zu verkaufen. China ist jetzt gezwungen auf diesen

Gebieten selber Kapazitäten aufzubauen. Derartige Boykottmassnahmen haben für die USA Tradition (Kuba, Iran, Venezuela ...). Die USA haben die Macht auch andere Länder zu zwingen ihre Boykott-Regeln anzuwenden und nutzen diese Macht auch aus. Neuerdings wollen sie auch den Kauf von Elektroautos und Komponenten für solche aus China boykotieren. Deutschland soll dabei mitmachen – egal wie das der eigenen Autoindustrie schadet.

4.4.3 Brennpunkt Taiwan

Am Ende des chinesischen Bürgerkrieges konnten 1949 die Kommunisten unter der Leitung von Mao die Macht übernehmen. Die unterlegenen Nationalisten unter CHIANG KAI-SHEK zogen sich auf Taiwan zurück. Seither hat sich die Insel wirtschaftlich sehr erfolgreich entwickelt – mit Unterstützung der USA. (Die Insel wurde früher von den ersten dort eintreffenden portugiesischen Seefahrern „Formosa“ – die Wunderschöne genannt.) Nach der Annäherung der USA mit China verlor Taiwan 1971, nachdem es zum Handschlag zwischen Nixon und Mao gekommen war, die UNO-Mitgliedschaft an die Volksrepublik. Seitdem wird Taiwan, die „Republik China“, nur noch von wenigen Staaten anerkannt. Viele Taiwanesen wünschen sich eine stabile, internationale Stellung. Die Regierung der Volksrepublik China jedoch betrachtet Taiwan als eine „abtrünnige Provinz“ und droht mit einer militärischen „Rückgewinnung“ der Insel, falls Taiwan sich für unabhängig erklären sollte – obwohl Taiwan noch nie unter der Herrschaft der Volksrepublik China stand. Der wirtschaftliche Austausch zwischen Taiwan und China entwickelte sich jedoch sehr positiv. 2023 arbeiten und studieren 1.5 Mio. Taiwanesen in der Volksrepublik. 50% der Exporte von Taiwan gehen ebenfalls in die Volksrepublik. Taiwan ist heute der weltweit grösste Produzent von Halbleiterchips. Um sich von diese Abhängigkeit zu befreien, haben inzwischen die USA innerhalb kürzester Zeit die Chipfabrik TSMC mit samt den Arbeitnehmern, ihren Familien und Hunden nach Arizona geholt. Im Rahmen der Hegemoniebestrebungen der USA, rüsten die USA Taiwan heute militärisch auf und unterstützen die taiwanesischen Regierung bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen. Inzwischen wird die Opposition, die sich für ein gutes Verhältnis mit Peking einsetzt, von der Regierungspartei unterdrückt. Die Demokratie – für die sich die USA behauptet einzusetzen – leidet Schaden. Die Parteipräsidentin der Kuomintang, Joanna Lei, die heute in der Opposition ist, weist darauf hin, dass die Regierung ein Gesetz aktiviert hat, das es jetzt ermöglicht das Eigentum der Opposition zu konfiszieren [12]. Taiwan wird von den USA auf einen Stellvertreterkrieg gegen Peking vorbereitet. Inzwischen wird auch die NATO zur Unterstützung beigezogen. Von der Leyen erklärte [59], dass die NATO Taiwan militärisch unterstützen werde. Die deutsche Marine liess inzwischen auch ein Kriegsschiff durch die Taiwanstrasse fahren.

4.4.4 Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit China

Im Januar 2023 hat der Luftwaffe-General Mike Minihan in einem Schreiben seine Kommandanten angewiesen, sich auf einen kommenden militärischen Konflikt mit China in den nächsten Jahren vorzubereiten. Er erwartet ab 2025 einen Konflikt um Taiwan [13]. Das wurde in vielen Medien verbreitet, und dürfte kaum ohne Zustimmung „von Oben“ erfolgt sein. Inzwischen erfolgt eine intensivierete Aufrüstung von Taiwan, Japan und Australien. Auf den Philippinen errichten die USA neue militärische Stützpunkte.

„Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Carl von Clausewitz

4.5 Weltweite Überwachung

Dass die USA weltweit die Kommunikation überwachen, wurde schon lange vermutet. Das bestätigte dann Bradley Manning, der die von der US-Army begangene Untaten verriet. Diese Informationen verbreitete alsdann Julian Assange 2010 über seine Enthüllungsplattform WikiLeaks. Damit geriet Assange in den Fokus der US Justiz. Die verratenen Dokumente machten klar, dass den USA jedes Mittel zur Verfolgung ihrer Ziele recht ist – selbst gegen „Freunde“. Auch „befreundete“ Regierungen werden abgehört – z.B. Merkels Telefon. Auch der Präsident der UNO Guterres wird abgehört. Gegenreaktionen von den Betroffenen gab es keine – man ist zu stark abhängig vom Big Brother. Auch die Schweiz macht mehr oder weniger aktiv mit. So baute z.B. die Firma Krypto AG in Baar in ihren Codiergeräten Mechanismen ein, die es den Spionagediensten ermöglichte verschlüsselte Nachrichten mitzuhören. Die Firma Krypto AG war im Besitz einer Tarnorganisation des BND (Deutscher Bundes Nachrichtendienst), der eng mit dem NSA zusammenarbeitet.

Heute müssen wir davon ausgehen, dass die USA und ihre Verbündeten in der **Fünf-Augen-Allianz** (USA, Grossbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland) weltweit sämtliche Telefone und Internetverbindungen überwachen. Viele Regierungen auch in demokratischen Staaten machen mit, weil sie dabei selber von den gesammelten Informationen profitieren. Elon Musk bestätigte am 16.4.2023, dass die US-Nachrichtendienste vor seiner Übernahme von Twitter «vollen Zugriff» auf Direktnachrichten von Privatpersonen hatten.

Wenn Leute wegen von ihnen geäußerten Meinungen ins Visier von Terroristen geraten, können sie heute möglicherweise dank dieser Überwachung gewarnt und geschützt werden. Das Missbrauchspotential das der „gläserne Bürger“ bietet, darf jedoch nicht unterschätzt werden.

4.5.1 Von der Überwachung über die Propaganda zur Zensur

In einem hybriden Krieg gilt es die kulturelle Hegemonie zu erlangen. Der Begriff stammt von Antonio Gramsci und bedeutet, dass sich die Leute nicht einfach einer Macht unterwerfen, sondern überzeugt sind in der besten aller Welten zu leben. Das heisst, es geht darum die intellektuelle und moralische Führung zu übernehmen. Dazu werden Propagandamethoden und Zensurmassnahmen eingesetzt.

Propagandamethoden:

Siehe dazu auch das Kapitel 11.1. Wir können heute beobachten, dass auch „seriöse“ und staatliche Medien sehr einseitig berichten und der Meinungsjournalismus dominiert. Es wird aus der Perspektive der eigenen Seite verurteilt und moralisiert. Die Argumente und Bedürfnisse der Gegenseite bleiben unberücksichtigt. Die Vorgeschichte des Konfliktes wird ausgeblendet. Der böse Feind hat zuerst geschossen. Wir haben das Recht uns zu verteidigen.

Die nächste Eskalationsstufe besteht dann in eigentlichen Desinformationskampagnen. Gezielt werden Falschinformationen und falsche Behauptungen verbreitet, die den Gegner diskreditieren. Eine weitere Eskalationsstufe stellen False-Flag-Operationen dar. Man täuscht z.B. ein Kriegsverbrechen vor, und schiebt das dem Gegner in die Schuhe. All das funktioniert natürlich nur, wenn der Gegner keine Möglichkeiten zur Klarstellung hat. Dazu benötigt man Zensurmassnahmen.

Zensurmassnahmen:

Zensurmassnahmen zielen darauf ab dem Gegner zu verunmöglichen seine Sicht der Dinge zu verbreiten und/oder Falschinformationen zu korrigieren. Es beginnt damit, dass kritische Beiträge nicht mehr in den Medien erscheinen. Dann werden Informationskanäle blockiert, Publikationen verboten, und anschliessend Bussen für „Falschinformationen“ verhängt. Die Zensur beginnt aber bereits in den Köpfen. Ein Journalist wird sich zweimal überlegen, ob er eine kritische Meinung formuliert und damit seinen Job riskiert, oder lieber wunschkonform schreibt. Denn dann wird er zu Veranstaltungen und Informationsreisen eingeladen und mit Auszeichnung für professionellen Journalismus geehrt. Wer nicht mitmacht riskiert seine Stelle, wird diskreditiert und gegebenenfalls als Verschwörungstheoretiker abgestempelt. Siehe dazu Ulfkotte [77] und/oder Daniele Ganser [40]. Schlimmstenfalls werden die Verbreiter unerwünschter Wahrheiten getötet.

Professionelles Campaigning setzt gezielt alle geeigneten Methoden im Verbund ein, um den Gegner zu diskreditieren, und die eigene Position ins beste Licht zu rücken. Der Gegner wird zum verabscheuungswürdigen „Feind“ gemacht. Peter Metzinger, der lange Jahre für Green Peace gearbeitet hat, schreibt dazu: *„Der Zweck heiligt die Mittel nicht – er bestimmt sie!“* [78]

Aktuelle Beispiele:

In der Schweiz hat die Meinungsvielfalt in den Mainstreammedien in den letzten Jahren gelitten. Zensur gibt es offiziell nicht – in den Köpfen aber schon. Neu ist, dass heute selbst kulturelle Veranstaltungen wegen massiven Gewaltandrohungen abgesagt werden müssen. So wurde kürzlich am Filmfestival in Zürich ein russischer Film über das Leben von einfachen Soldaten im Ukrainekrieg wegen Drohungen gegen Mitarbeiter des Festivals und deren Familien nicht gezeigt. Auch die Ukrainische Botschafterin in Bern protestierte gegen diesen Film. Wegen der grossen Anzahl von ukrainischen Flüchtlingen, die gegenwärtig mit dem Status S in der Schweiz leben, wurde die Gefahr als zu gross eingeschätzt. Beim Opernhaus Zürich sagte man zu Beginn des Ukrainekrieges in vorsehendem Gehorsam aus Angst vor Kritik den Auftritt der österreichisch-russischen Sängerin Anna Netrebko ab. Man reihte sich dabei ein in die Reihe anderer Opernhäuser, die deren Engagements ebenfalls stornierten.

Im Gegensatz zur Schweiz wird in der EU die Homepage des russischen Informationskanals RT blockiert. Die USA haben kürzlich Indien unter Druck gesetzt, diesen Kanal ebenfalls zu blockieren. Indien hat abgelehnt.

Israel hat die Niederlassungen des Senders Al Jazeera geschlossen. Deren Informationen über den Gaza- bzw. Libanonkrieg sind unerwünscht.

Die deutsche Innenministerin Nancy Faser verbietet das Magazin Compact und lässt deren Büros räumen. Sie wurde dann aber vom Bundes-Verfassungs-Gericht zurückgepfiffen. Compact erscheint weiter, bekam aber das Problem, eine Bank zu finden, die bereit ist, für sie ein Konto zu eröffnen.

Elon Musk übernahm 2022 die Plattform Twitter, weil er sich ärgerte, dass dieser Dienst Trump das Konto blockiert hatte. Musk setzt sich für Meinungsfreiheit ein, schafft die Zensur ab, entlässt viele Mitarbeiter und nennt den Dienst jetzt „X“. Inzwischen gerät er in Konflikt mit Ländern, die X kontrollieren wollen. X wird jetzt vorgeworfen es verbreite Verschwörungstheorien und Falschnachrichten.

In Frankreich wird der Telegram Gründer Pavel Durov verhaftet. Er will die Verschlüsselung der Plattform den Geheimdiensten gegenüber nicht offen legen. Offiziell wird ihm mangelnde Kooperation mit den Behörden im Zusammenhang mit Drogenhandel und Geldwäsche vorgeworfen.

Hillary Clinton sagte in einem Interview mit CNN: „Wenn die Plattformen Facebook oder Twitter/X oder Instagram, oder Tiktok, wer immer auch sie sind, die Inhalte nicht moderieren, verlieren wir die totale Kontrolle. Die Amerikanische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris gab bekannt, dass sie, falls sie gewählt werde, alle Messengerdienste kontrollieren wolle (X, Whatsapp, Telegram, ...).

„Wir haben keine Angst davor, das amerikanische Volk mit unangenehmen Tatsachen, ausländischem Gedankengut, fremden Philosophien und kompetitiven Werten zu konfrontieren; denn eine Nation, die Angst davor hat, von ihren Bürgern Wahrheiten und Unwahrheiten in einem offenen Markt beurteilen zu lassen, ist eine Nation, die Angst vor ihren Bürgern hat.“

J.F. Kennedy (wurde 1963 ermordet)

Im „Wertewesten“ werden die Menschenrechte gegenwärtig laufend weiter eingeschränkt. Die Angst vor den Bürgern muss wohl grenzenlos sein. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heisst es aber im Artikel 19:

„Jeder Mensch hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung: diese Recht schliesst die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

5. Heisse Kriege nach dem kalten Krieg

Nach dem Ende des kalten Krieges gelang es den USA im Rahmen mehrerer Kriegen ihre Macht auszubauen. Die Gelegenheit war günstig für Regime Change Aktionen (siehe Kap. 5.2) . Die Sowjetunion hatte sich als Weltmacht verabschiedet, Russland war an einer Konfrontation mit den USA weder interessiert noch dazu fähig, und China war noch zu schwach. Die wichtigsten Kriege sind aus Gründen der Übersichtlichkeit in den **Anhängen A1 - A10** zusammengestellt. Unter den Präsidenten Bush, Clinton und Obama sind die USA innerhalb von 23 Jahren in 9 Länder einmarschiert und haben neben grossen materiellen Schäden auch ca. 11 Mio. tote Zivilisten hinterlassen. Einen guten Überblick zu diesem Thema bietet das Buch von Naomi Klein [15] „Schockstrategie“.

5.1 Vom Weltpolizisten zum Aggressor

Es wäre zu schön gewesen. Nach dem kalten Krieg, bzw. dem Bankrott des Kommunismus, glaubte man, die dominierende Macht könnte jetzt eine ordnende Rolle spielen und weltweit für Frieden und Sicherheit sorgen. Europa wiegte sich in Sicherheit und begann abzurüsten. Jetzt wollte man die „Friedensdividende“ einfahren, und die zunehmende Globalisierung der Märkte versprach weltweiten „Wohlstand für Alle“. Leider hatte man die Rechnung ohne die Neokonservativen und den industriell–militärischen Komplex in den USA gemacht (siehe die Kapitel 3.1 und 3.3). Diese Kreise wollten die Kontrolle über die weltweiten Ressourcen gewinnen, und die Rüstungsindustrie benötigte für mehr Umsatz mehr Kriege. Nach dem Wegfall der Unterdrückung durch den Kommunismus keimten in Osteuropa alte Rivalitäten zwischen Volksgruppen wieder auf und boten gute Gelegenheiten für die Rüstungsindustrie (siehe Jugoslawienkriege). Die Globalisierung ermöglichte vielen Ländern neben den USA wirtschaftlichen Aufschwung. Die US-Industrie sah sich dadurch mit der Zeit vermehrt stärkerer Konkurrenz gegenüber. Vor allem China ist daran die USA als Wirtschaftsmacht Nr. 1 abzulösen – dicht gedrängt von Indien. Statt sich für einen friedlichen Übergang zu einer multipolaren Welt zu engagieren, setzen die USA auf militärische Eindämmung und Abschreckung. Insbesondere Präsident Trump stellte fest, dass die Globalisierung den Chinesen mehr gebracht habe, als den USA. Er begann daher mit Wirtschaftssanktionen und versuchte die Industrien wieder in die USA zurückzuholen. So wollte er die Auslandabhängigkeit reduzieren. Europa stellt verwundert fest: Die vermeintlichen Sicherheitsgarantien durch die USA erweisen sich als trügerisch. Europa wurde zum Vasallen der USA. Es wurde in einen Weltwirtschaftskrieg und in militärischen Auseinandersetzung hineingezogen, mit der Gefahr einer weltweiten Eskalation.

5.2 Regime-Change Aktionen

Die Einmischung in fremde Länder zum Sturz von Regierungen und die Installation US-genehmer Herrscher hat eine lange Tradition. In der Ukraine wurde das als „Orange Revolution“ bekannt. Victoria Nuland ist stolz darauf, dass es ihr 2014 gelungen ist mit 5 Milliarden USD die Regierung zu stürzen und neue, russlandfeindliche Leute an die Macht zu bringen. Der Schweizer PR-Berater Klaus Stöhlker berichtete, dass er dort als Berater mitgewirkt hat. Er habe sich immer gefragt, von wem er wohl finanziert werde. Er habe dann später herausgefunden, dass ihn Soros bezahlt habe. Einer Studie zufolge haben die USA zwischen 1946 und 2000 mindestens 81 offene und verdeckte Eingriffe in ausländische Wahlen vorgenommen [62] und [64]. Einer anderen Studie zufolge haben die USA während des kalten Krieges 64 verdeckte und sechs offene Versuche eines Regimewechsels unternommen [63]. Nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 haben die Vereinigten Staaten die folgenden Kriege geführt oder unterstützt, um die Regierungen in einer Reihe von Ländern auszutauschen:

1991: Haiti
1992–1996: Irak
1994–1995: Haiti
1996–1997: Zaire
2000: Bundesrepublik Jugoslawien
2001–2021: Afghanistan
2003–2021: Irak
2005: Kirgisistan
2006–2007: Palästinensische Autonomiegebiete
2005–2009: Syrien
2011: Libyen
2013: Ukraine
2012–2017: Syrien

Am 10. April 2024 kommt es in Pakistan zum Sturz von Premierminister Kahn, als das Parlament Drohungen der USA nachgab. In Bangladesch löste der Präsident der Republik am 6. August das Parlament auf und ernannte Muhammad Yunis zum leitenden Berater (Premierminister) von Bangladesch, der nach Gesprächen die Regierung führen soll [65]. Auch hier wirkte die USA im Hintergrund. Jeffrey Sachs (Professor an der Columbia Universität) fordert, dass sich die UNO gegen die verdeckten Regimewechsel-Operationen nach internationalem Recht einsetzen solle [66].

6. Völkerrecht und Menschenrechte

6.1 „Gerechte Kriege“

Seit alters her wurde immer wieder versucht Kriege zu rechtfertigen. Es scheint so, dass wir Menschen doch noch ein wenig ein schlechtes Gewissen haben, wenn wir Gewalt anwenden. Deshalb suchen wir nach Rechtfertigungen, um unser Verhalten zu legitimieren. Wenn es uns zudem gelingt, den Widersacher zu einem absolut bösen, verabscheuungswürdigen Menschen zu machen, also aus dem Gegner einen bösen Feind zu machen, schwindet jede Hemmung ihn mit allen Mitteln zu vernichten. Es bietet sich dann für uns eine Gelegenheit alle unsere Aggressionen mit gutem Gewissen auszuleben.

„Niemals begeht man das Böse so gründlich und um so freudiger, als wenn man es mit gutem Gewissen tut.“

Blaise Pascal

Wer einen Krieg anzetteln will, tut also gut daran diesen in einem höheren Interesse zu führen, z.B. um die Menschheit von einer bösen Macht zu bewahren. Das gelingt dann am besten, wenn der Gegner den ersten Schuss abgibt. Also wird man ihn solange provozieren, bis er sich zur Wehr setzt, weil er nicht weiter zuschauen will, wie er langsam in eine immer schlechtere Position gedrängt wird. Als Alternative dazu bietet sich eine „False-Flag-Aktion“ an – also ein Angriff auf das eigene Territorium in Uniformen des Gegners. Das praktizierte z.B. Hitler 1939 durch einen Angriff auf den Sender Gleiwitz durch eigene Soldaten in polnischen Uniformen.

„Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“

A. Hitler am 01.09.1939

Auch präventiv kann man einen Krieg starten, indem man z.B. dem Gegner unterstellt Massenvernichtungswaffen bereitzustellen. So geschehen 2002 im Irak. Die Vorwürfe erwiesen sich hinterher alle als konstruiert und nicht zutreffend.

6.2 UNO-Charta Art. 51

Als oberstes Ziel setzt sich die UNO den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Das formuliert sie in ihrer Charta in Artikel 1:

„Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen“

Die vollständige Charta kann man im Internet herunterladen.

Grundsätzlich sollen Konflikte gewaltlos geregelt werden. Selbstverteidigung ist aber in Art. 51 vorgesehen:

„Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat. Massnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Massnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“

Ein Recht auf präventive Selbstverteidigung sieht die UNO Charta nicht vor. Sie befasst sich auch nur mit **zwischenstaatlichen Konflikten**. Wieweit die Entsendung bewaffneter Banden und irreguläre Söldner, die von einem anderen Staat entsandt werden, einen Kriegsgrund darstellen, ist in der UNO Charta nicht geregelt, bzw. umstritten. Ebenfalls umstritten ist das Recht auf Intervention von aussen, wenn in einem Staat die Menschenrechte nicht gewährleistet sind, bei innerstaatlichen Konflikten, sowie bei einer Sezession. Als im Frühjahr 1994 in Ruanda innerhalb von 90 Tagen ein Siebtel der Bevölkerung von extremistischen Hutu-Milizen umgebracht wurde (1'074'017 Opfer; 90% davon Tutsi), schaute die Welt zu und begann erst zu reagieren, als das Töten vorüber war.

Die UNO in der Zwickmühle:

Die UNO Charta will Kriege zwischen Staaten verhindern. Wenn sich die UNO allerdings gewaltsam in innerstaatliche Konflikte einmischte, müsste jeweils eine Drittmacht eingreifen und dann herrschte Krieg zwischen Staaten, was man ja vermeiden möchte. Zusätzlich stellte sich dann auch

die Frage, auf wessen Seite man von aussen eingreifen würde, welche Interessen von aussen unterstützt würden. Wer soll dann „Weltpolizist“ spielen?

6.3 Humanitäres Völkerrecht

Das humanitäre Völkerrecht kommt dann zur Anwendung, wenn ein bewaffneter Konflikt vorliegt. Unruhen und einzelne Gewaltakte genügen nicht. Das humanitäre Völkerrecht baut auf dem Unterscheidungsprinzip auf: Die Konfliktparteien müssen immer zwischen Zivilbevölkerung und zivilen Objekten einerseits sowie Militär und militärischen Einrichtungen andererseits unterscheiden. Weder die Zivilbevölkerung als Ganzes noch einzelne Zivilisten dürfen direkt angegriffen werden. Angriffe sind nur erlaubt, wenn sie auf militärische Ziele oder Personen, die an den Kampfhandlungen teilnehmen, gerichtet sind. Umgekehrt ist die angegriffene Partei verpflichtet, ihre Zivilbevölkerung so gut wie möglich zu schützen, insbesondere indem sie diese von militärischen Objekten entfernt. Dies schliesst allerdings einen sogenannten «Kollateralschaden», also zivile Tote und Verwundete sowie Zerstörung ziviler Objekte, nicht aus. Jener muss aber im Verhältnis zum militärischen Vorteil stehen (sog. Notwendigkeitsprinzip) und so klein wie möglich gehalten werden (sog. Verhältnismässigkeitsprinzip).

Die Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismässigkeit schützen nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern gebieten ganz grundsätzlich, dass Kampfmethoden und -mittel so gewählt werden, dass für die Erreichung des militärischen Zieles unnötiges Leid und unnötige Verluste verhindert werden. Mittel und Methoden, die nicht zwischen an der Kampfhandlung beteiligten und unbeteiligten Personen unterscheiden, wie z.B. Grossflächenbombardements, sind verboten. Ebenfalls verboten sind Waffen, die überflüssiges Leid verursachen oder der Umwelt schwere (Langzeit-)Schäden zufügen.

Seit 2002 gibt es einen permanenten **internationalen Strafgerichtshof (IStGH)**. Beigetreten und ratifiziert haben bisher 123 Länder. 27 Länder haben ihn unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert. Der Gerichtshof kann über internationale Verbrechen richten; dazu gehören auch schwere Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht (sogenannte **Kriegsverbrechen**). Dazu zählen unter anderem die folgenden Handlungen, sofern sie in Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt stehen: willkürliche vorsätzliche Tötung, Folter und unmenschliche Behandlung, vorsätzliche Verursachung grosser Leiden, vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Verschleppung oder rechtswidrige Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, die Verwendung von verbotenen Waffen oder Methoden der Kriegsführung, oder die Plünderung von öffentlichem oder privatem Eigentum.

Bekämpfung des IStGH durch die USA:

Nicht akzeptiert wird der IStGH von Israel, Russland, Sudan und insbeson-

dere von den USA. Am 3. August 2002 unterzeichnete Präsident Bush den "American Servicemembers' Protection Act – ASPA", der amerikanische Militärangehörige vor der Verfolgung durch den internationalen Strafgerichtshof IStGH schützt. Die IStGH-feindlichsten Bestimmungen des ASPA sind:

- Verbot der amerikanischen Zusammenarbeit mit dem IStGH;
- Bestimmung zur "Invasion von Den Haag", die es dem Präsidenten erlaubt, "alle notwendigen und angemessenen Mittel einzusetzen", um durch den IStGH inhaftiertes US-Personal (und bestimmtes verbündetes Personal) zu befreien;
- Bestrafung von Staaten, die dem IStGH beitreten: Ablehnung militärischer Hilfe an IStGH-Vertragsstaaten (ausser bei wichtigen US-Verbündeten);
- Verbot einer US-Beteiligung an Friedenssicherungseinsätzen, wenn der IStGH dem US-Personal keine Immunität gewährt.

6.4 Menschenrechte

Die Menschenrechte gehen auf die Ideen der Französischen Revolution zurück. Am 26. August 1789 erfolgte die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die Französische Nationalversammlung. Am 10. Dezember 1948 proklamierten die Vereinten Nationen (UNO) die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Menschenrechte sind Rechte, die jedem einzelnen Menschen zustehen. Ihr Ziel ist es, die Würde des Menschen gegenüber der Willkür des Staates zu schützen. Jede Person, die sich in einem Unterzeichnerstaat aufhält, kann eine Individualbeschwerde beim **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)** einreichen. Der EGMR hat seinen Sitz in Strassburg.

Einige besonders wichtige Menschenrechte gelten absolut und dürfen unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Typische Beispiele sind das Genozidverbot, das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe, das Sklavereiverbot und der Grundsatz «keine Strafe ohne Gesetz». Zur Absolutheit einer Garantie gehört, dass sie auch in Zeiten von Krieg und staatlichem Notstand nicht ausser Kraft gesetzt werden darf. Die meisten Menschenrechte gelten jedoch nicht absolut. Für jedes einzelne Recht gibt es klare Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Ausmass dieses eingeschränkt werden darf. So ist es beispielsweise erlaubt, dass der Staat zur Wahrung des öffentlichen Interesses oder in Notstandssituationen die Meinungsfreiheit einschränken darf. Spezifischen Schutz in Kriegssituationen bietet dann aber das humanitäre Völkerrecht. Die Urteile sind für die Vertragsparteien bindend.

Der **UNO-Menschenrechtsrat** wurde im März 2006 als Ersatz für die UNO-Menschenrechtskommission geschaffen. Der Rat mit Sitz in Genf besteht

aus 47 Mitgliedstaaten und ist der UNO-Generalversammlung direkt unterstellt. Der Rat kann, wie zuvor die Menschenrechtskommission, mit absoluter Mehrheit die Entsendung von Beobachtern zur Überwachung der Menschenrechtssituation in einem Mitgliedstaat beschliessen. Weitere Befugnisse hat der Rat nicht.

6.5 Macht und Recht

**„Gerechtigkeit ohne Gewalt ist ohnmächtig.
Gewalt ohne Gerechtigkeit ist tyrannisch“**

Blaise Pascal

„Macht geht vor Recht!“ sagt eine alte Volksweisheit. Es nützt nichts wenn man im Recht ist und nicht Recht bekommt. So hat sich z.B der UNO-Menschenrechtsrat mit überwältigender Mehrheit gegen Sanktionen ausgesprochen: „Sanktionen führen zu schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Mit besonderer Konsequenzen für Frauen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.“

Am 2. Nov. 2022 haben in der UN-Generalversammlung 185 Staaten für die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Lediglich zwei Staaten stimmten gegen die Resolution: die USA und Israel.

Am 15. Mai 2023 kritisierte der palästinensische Präsident Mahmud Abbas in New York vor der UNO die Nichtumsetzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung, die eine Beendigung der israelischen Besatzung seines Landes fordern. "In Wahrheit beläuft sich die Gesamtzahl der Resolutionen, die von der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und dem Menschenrechtsrat seit 1947 verabschiedet wurden, auf etwa 1.000 – und keine einzige davon wurde umgesetzt", sagte Abbas. Die Weltgemeinschaft sollte Israel nunmehr dazu zwingen, die UN-Resolutionen entweder zu respektieren oder die UNO zu verlassen, forderte Abbas abschliessend.

**„Wir kämpfen nicht für Werte, sondern für Interessen.
Die Werte passen wir dann den Interessen an.“**

Jacques Baud

6.5.1 Ethik und Moral als Waffe

„Im Zeitalter der Demokratie ist die Ethik eine Waffe, derer sich jedermann bedienen kann.“

Robert Michels, 1920

Vor allem starke Mächte müssen sich nicht fürchten wegen Kriegsverbrechen oder Vorstößen gegen die Menschenrechte bestraft zu werden. Fürchten davor müssen sich nur Kriegsverlierer und Vertreter von Kleinststaaten. US-Amerikaner und deren Söldner sind z.B. durch den ASPA geschützt (siehe Kap. 6.3). Notfalls würden sie gar durch einen Militäreinsatz befreit.

Die Rechtsbrüche in Afghanistan, im Kosovo, im Irak, Guantánamo, der Umgang mit Assange, etc. hatten für kein westliches Land oder deren Helfer Konsequenzen. China weist jegliche Kritik bezüglich Tibet, die Uiguren oder die Anwendung der Todesstrafe von sich. Bezüglich Nord-Korea haben wir uns längst daran gewöhnt, dass dort andere Rechte herrschen. Egal was für Rechte den Frauen in Saudi-Arabien zustehen, das Land ist weiterhin ein gern gesehener Öllieferant. Es gibt auch immer wieder Kreise, die von der Schweiz fordern ihre Neutralität aufzugeben – diese sei unethisch in Anbetracht aktueller Kriegsverbrechen. Es gibt auch Amerikaner, die der Schweiz Feigheit vorwarfen, dass sie im zweiten Weltkrieg nicht gegen Deutschland in den Krieg eingetreten sei.

Zur Erklärung der unterschiedlichen Erpressungsmethoden:

Der **gewalttätige Erpresser** droht: „Wenn du nicht tust, was ich will, werde ich dir gegenüber Gewalt anwenden.“

Der **ethische, oder moralische Erpresser** droht: „Wenn du nicht tust, was ich will, bist du eine unethischer Mensch – schäme dich, alle werden dich verachten und ich werde dafür sorgen, dass dich die andern verachten, ich werde dich auf eine **schwarze Liste** setzen!“

Der **emotionale Erpresser** droht: „Wenn du nicht tust, was ich will, liebe ich dich nicht mehr. Du wirst schuld sein, dass ich mich schlecht fühle. Du wirst auch schuld sein, wenn ich mich zu Tode hungere.“

Der **ans Gewissen und meine Ehre appellierende Erpresser** versucht mir einzureden, ich müsste eine Vorbildrolle übernehmen und hätte mit gutem Beispiel voranzugehen ...

Erpresser sind sie alle – nur die Methoden sind unterschiedlich.

Erfolgreiche Abwehrhaltung: Der selbstsichere Mensch sagt: „Ich will weder Vorbild sein noch als „guten Menschen“ bewundert oder geliebt werden. Ich fühle mich auch nicht für deine schlechten Gefühle verantwortlich. Und falls du gegen mich aktiv werden solltest, werde ich mich zur Wehr setzen.“

7. Der aktuelle Ukrainekrieg

7.1 Die Vorgeschichte

Die Ukraine selbst – ein Vielvölkerstaat – sah sich nach der Auflösung der Sowjetunion als Mittler zwischen dem Westen und Russland [24]. Die Ukraine wurde von den USA aber auch von Russland stets als für Russland strategisch sehr wichtig angesehen. Für die US-Strategen war es daher oberste Priorität die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Russland zu sabotieren. Dazu wurden antirussische Organisationen in der Ukraine massiv unterstützt. Viktoria Nuland (damals Aussenstaats-Sekretärin der USA) plante, organisierte und finanzierte einen Aufstand nach ihren Angaben mit 5 Milliarden US\$ (Milliarden, nicht Millionen!). Sie war erfolgreich. Die demokratisch gewählte Regierung Janukowytsch wurde 2014 mit dem Majdan-Protest gestürzt. Wiktor Janukowytsch flüchtete ins Exil. Die Nachfolgeregierung betrieb dann eine strikt antirussische Politik. Das Ukrainische wurde als alleinige Sprache im öffentlichen Raum vorgeschrieben – alle anderen Sprachen verboten. Speziell Russisch, aber auch Rumänisch, Ungarisch und Polnisch wird auch in den Minderheitsgebieten nicht mehr geduldet. Gegen pro-russische Demonstranten gingen die neuen Machthaber gewaltsam vor. Am 2. Mai 2014 verbrannten 42 pro-russische Aktivisten in Odessa. Sie hatten sich ins Gewerkschaftshaus geflüchtet, das dann in Flammen aufging. Eine strafrechtliche Aufarbeitung des Ereignisses hat bis heute nicht stattgefunden. Der Stützpunktvertrag mit Russland für den Flottenstützpunkt Sewastopol auf der Krim sollte nicht mehr verlängert werden. Das Resultat war eine Sezession der russischsprachigen Ostgebiete, und Russland annektierte die Krim (ohne einen einzigen Schuss abzugeben!). Im Donbass begann drauf ein blutiger Sezessionskrieg. Die ukrainische Armee war aber zu schwach, um diese Gebiete wieder unter Kiews Kontrolle zu bringen, und auch die Lust der Soldaten auf ihre Landsleute zu schießen war begrenzt. Deshalb arbeitete die Regierung in Kiew auch mit rechtsextremen Nationalisten zusammen – speziell mit dem ASOW-Regiment. Die abtrünnigen Provinzen wurden ihrerseits von Russland wirtschaftlich und logistisch – aber nicht mit Truppen – unterstützt. Auch die CIA stellte damals dazu fest: Russland ist nicht in den Donbass eingedrungen. Die USA hatten gehofft Sewastopol als Stützpunkt für ihre Flotte übernehmen zu können. Das russische Militär vertrieb dann aber die sich bereits auf dem Weg dorthin befindlichen US-Schiffe mit einem starken Aufgebot. Weitere Details siehe [17] und [18].

7.2 Das Minsker Abkommen

Die neue Regierung von US Gnaden in Kiew war zu schwach um die verlorenen Gebiete zurück zu erobern, und Russland (Putin) nicht interessiert den Bürgerkrieg in der Ukraine weiter eskalieren zu lassen. Nach einem ersten

Waffenstillstand im Sept. 2014, der nicht hielt, wurde im Feb. 2015 auf Initiative Frankreichs und Deutschlands ein weiteres Abkommen geschlossen. „Minsk II“ sah einen Waffenstillstand und Verhandlungen vor. Insgesamt umfasste das Abkommens 13 Punkte. Wichtigster Punkt: Waffenstillstand in den Gebieten Donetsk und Luhansk. Ausserdem wurde eine Pufferzone eingerichtet. Dort dürfen sich keine schweren Waffen befinden. Zwischen 50 und 140 Kilometer müssen diese hinter die Frontlinie gebracht werden. Die Entfernung hängt vom Kaliber der Waffen ab. Diese Grenze wurde bei einem ersten Treffen in Minsk im September 2014 beschlossen. Die OSZE sollte den Abzug der Waffen und die Waffenruhe überwachen. Auch ausländische Kämpfer und Söldner sollten nach dem Minsker Abkommens die Ukraine verlassen. Die beiden Regionen Donetsk und Luhansk sollten einen Sonderstatus bekommen. Ausserdem sollten Wahlen stattfinden, die international überwacht würden. Das Abkommen wurde nicht umgesetzt. Der Bürgerkrieg schwelte weiter und bis 2022 produzierte er ca. 15'000 Tote. Die USA rüsteten die Ukraine weiter auf. Das geschah nicht über die NATO, sondern verdeckt. Andernfalls wäre bei der NATO Einstimmigkeit erforderlich gewesen. Zudem unterhielten die USA in der Ukraine auch mehrere Biolabore für militärische Forschung. Nach dem Beginn der russischen „Sonderoperationen“ zeigte sich dann Viktoria Nuland besorgt, dass diese nicht den Russen in die Hände fallen dürften. Angela Merkel, François Hollande, Petro Poroschenko und dann auch Zelensky gaben später (2022) zu, dass sie gar nie daran gedacht hätten, das Abkommen umzusetzen – sie benötigten einfach mehr Zeit, um die Ukraine aufzurüsten. Nach diesem Vertrauensverlust wird es schwierig sein mit Russland je wieder Abkommen zu schliessen.

7.3 North Stream

Neben der bereits existierenden Nord Stream 1 Gas-Pipeline sollte eine zweite Pipeline gebaut werden. Diese Nord Stream 2 Gas-Pipeline (von Russland durch die Ostsee nach Deutschland) wurde von den USA – und natürlich auch von Polen und der Ukraine ab Beginn bekämpft, weil sie diese Länder um die Transitgebühren gebracht hätte. Den USA aber war jegliche Zusammenarbeit von Deutschland mit Russland ein Dorn im Auge. Sie warfen Deutschland vor, sich zu stark in russische Abhängigkeit zu bringen. Massive US-Sanktionen und weltweite Drohungen gegen alle Firmen, die sich am Bau der Pipeline beteiligten, führten beim Bau zu Verzögerungen. Die schweizerische Allseas S. A. wurde 2019 unter massivsten Sanktionsdrohungen von den USA gezwungen ihr Verlegeschiff abzu ziehen. Trotzdem gelang es Russland das Werk 2021 allein fertig zu stellen. Dann mischte sich die EU ein und befahl vor der Inbetriebnahme einen zusätzlichen Zertifizierungsprozess. Das führte zu weiteren Verzögerungen. US Präsident Biden drohte zudem, bei einem russischen Angriff auf die Ukraine werde er dafür sorgen, dass diese Leitung nie in Betrieb gehe. **(Zitat neben Deutschem Kanzler - und der blieb stumm.)** Am 26. Sept. 2022 wurden dann drei Stränge der beiden Pipelines (1 und 2) von „Unbe-

kannten“ gesprengt. Die Resultate staatlicher Nachforschungen über die Urheber werden bis heute nicht veröffentlicht.

Einen aufsehenerregenden Bericht über diese Sprengung publizierte der frühere CIA-Mitarbeiter Seymour Hersh am 8. Feb. 2023. Demnach handelte es sich um eine gemeinsame Aktion der USA mit Norwegen. Natürlich wurde das von offizieller Seite umgehend dementiert.

Im Juni 2023 werden wieder neue Geschichten verbreitet, die „beweisen“ sollen, dass die Ukraine hinter der Sprengung steckt, und die USA hätten versucht sie davon abzuhalten. Im August 2024 werden wieder andere Theorien aufgetischt. Demnach sei der deutsche Kanzler Olaf Scholz vorgängig darüber informiert worden. Dann hiess es wieder die Sprengung sei von Selensky befohlen worden. Der habe das wieder stoppen wollen, aber sein Befehl sei dann missachtet worden. Inzwischen hat Deutschland gegen einen angeblich Beteiligten einen Haftbefehl ausgestellt. Der ist aber untergetaucht. Die FAZ (Frankfurter Allgemeine) findet am 15.8.2024 Nord Stream sei ein legitimes Ziel gewesen [60]. Der polnische Präsident Tusk findet Deutschland solle sich entschuldigen, dass sie den Bau überhaupt zugelassen hätten. Berlin soll schweigen statt aufklären. [61]

Ob dieses Informationschaos als Zeichen gedeutet werden kann, dass die USA damit beginnt sich von Selensky abzuwenden und nun einen Schuldigen sucht, um nicht selber des Terrors verdächtigt zu werden? Die Wege der Propagandisten sind wunderbar. Wer erklärt sie mir?

7.4 Wolodimir Selensky

Dieser frühere Schauspieler und Komiker wurde 2019 in Kiew mit einem Rekordergebnis – allerdings bei niedriger Wahlbeteiligung – zum Präsidenten gewählt. Er hatte als Quereinsteiger eine dezidiert gegen das Establishment gerichtete Kampagne gefahren und dabei Frieden im Donbass versprochen sowie eine Ukraine ohne Korruption und ohne Armut. Die Ukraine bleibt aber auch unter seiner Präsidentschaft weiterhin ein korruptes Land. Auch die Kämpfe im Donbass gingen unvermindert weiter. Zudem wurde inzwischen bekannt, dass Selenski selber grosse eigene Vermögen ins Ausland geschafft hatte [19]. Das war nicht illegal, aber schlecht für das Vertrauen in ihn. Es scheint, dass er sehr stark unter dem Druck von ukrainischen Nationalisten steht, die alles Nicht-Ukrainische bekämpfen. Vom Westen wird er hofiert und zum Widerstand gegen Russland ermutigt. Seine Kritiker behaupten, er sei weiterhin Schauspieler. Er spiele jetzt „Präsident“, und das Drehbuch werde in den USA geschrieben. Inzwischen kursieren auch Gerüchte wonach die USA nach einen Ersatz für Selensky suchten.

Im Frühjahr 2024 lief seine Amtszeit ab. In Anbetracht des Krieges beschloss er jedoch, es könnten keine Wahlen abgehalten werden, und blieb weiter im Amt. Kritiker betrachten ihn daher nicht mehr als legitimen Präsidenten der Ukraine.

7.5 Schrittweise Eskalation

Im Verlaufe von 2021 nahmen die Provokationen und Gegenreaktionen in und um die Ukraine kontinuierlich zu. So führte die Ukraine im März 2021 eigentliche Rassengesetze ein, die anderen Ethnien bürgerliche Rechte aberkennt – speziell Russen. Zudem bereitete sich Kiew offiziell darauf vor den Donbass und die Krim zurückzuerobern. Gegen den Donbass marschierte die Ukraine mit ca. 110'000 Soldaten auf, und die Artillerieangriffe gegen die abtrünnigen Gebiete wurden verstärkt. Russland führte neben der Ukraine Manöver durch und zog ebenfalls Truppen zusammen. Putin forderte vom Westen Sicherheitsgarantien, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten werde und machte Vorschläge für ein friedliches Nebeneinander. Der Westen lehnte alle Gesprächsangebote ab. Putin wurde schlicht ignoriert und gedemütigt. Am 10. Nov. unterzeichnen der US Aussenminister Antony J. Blinken und der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba in Washington ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft gegen Russland, in dem die USA der Ukraine umfangreiche wirtschaftliche und militärische Unterstützung zusichert – insbesondere zur Rückgewinnung der Krim sowie Donetsk und Luhansk.

7.6 „Sonderoperationen“

Ab dem 16. Februar 2022 intensivierte die ukrainische Armee ihre Artillerieangriffe auf den Donbass, wobei sie viele zivile Einrichtungen zerstörte [20]. Acht Tage, nach den verstärkten ukrainischen Angriffen, startete Russland am 24. Februar 2022 den Angriff an mehreren Fronten auf die Ukraine und versuchte Kiew in einem Blitzkrieg einzukesseln. Putin rechnete dabei offenbar mit einem Aufstand der Ukrainer gegen die eigene korrupte Regierung Selenski. Dieser Aufstand fand aber nicht statt, und der russische Angriff kam ins Stocken. Für eine Eroberung der gesamten Ukraine hätte die russische Truppenstärke onehin nicht gereicht und das war auch nie beabsichtigt.

Im April 2022 kam es dank türkischer und israelischer Vermittlung zu geheimen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Ein fertiger Waffenstillstandsvertrag lag vor. Als Vorleistung zog sich die russische Armee aus einigen Gebieten, was im Westen als Flucht und militärisches Scheitern deklariert wurde. Die Welt wunderte sich über die Schwächen der russischen Armee. Die Ukrainer waren seit dem Minsker Abkommen (2015) von den USA gut vorbereitet worden und auch nachrichtendienstlich bestens unterstützt. Nach dem russischen Rückzug wurden die Russen mit dem Vorwurf von Kriegsverbrechen in Butscha konfrontiert – und mit Kriegsverbrechern verhandelt man nicht! Der Westen – allen voran der damalige britische Premier Minister Boris Johnson – nötigte Selenski den ausgehandelten Vertrag nicht zu unterzeichnen und versprach weitere militärische Hilfe „bis zum Sieg“. Siehe dazu J. Baud [43]. Bei den Vorwürfen bezüglich den Kriegsverbrechen in Butscha gibt es viele Hinweise, dass diese von der Ukraine selber konstruiert wurden.

Internationale Abklärungen wurden unterbunden. Die russische Armee zog sich rasch zurück. Sie konzentriert sich dann auf den Donbass und den Süden mit einer strategisch wichtigen Landverbindung zur Krim.

Putin berief sich für sein Handeln auf den Artikel 51 der UNO-Charta, der eine militärische Intervention als Schutzmassnahme vorsieht, nachdem alle anderen Massnahmen nichts nützen. Das sah er als erwiesen an, nachdem der Waffenstillstand (Minsk II) gebrochen, die russisch-sprachige Bevölkerung weiter sanktioniert, die Angriffe auf die abtrünnigen Gebiete im Donbass intensiviert, sowie alle Gesprächsangebote vom Westen ignoriert worden waren. Im Westen wird diese Argumentation allerdings nicht akzeptiert. Das russische Eingreifen wird als „Angriffskrieg“ und als „Bruch des Völkerrechts“ verurteilt.

Die USA und die NATO reagierten mit massiven Wirtschaftssanktionen und intensivierten die Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Nordstream-Pipeline wird gesprengt (siehe oben). Der Krieg entwickelte sich zu einem Abnützungs- und Grabenkrieg ähnlich demjenigen im ersten Weltkrieg. Putin hatte sich verspekuliert. Die Verteidigung der Ukraine war von den USA wesentlich besser vorbereitet worden, als das die Russen erwartet hatten. Dazu kam es, wie sich hinterher auch zeigte, zu Verrat in den eigenen Reihen. Den Amerikanern war es gelungen den Russischen Nachrichtendienst zu unterwandern [21]. Putin startete daher in der russischen Militärführung ein Köpferollen und setzte die Geheimdienstchefs ab. Als erfolgreichste Einheit, die rasch militärische Erfolge erzielen konnte, erwies sich dann die private Söldnereinheit Wagner.

Seither geht der Krieg mit verbissener Härte weiter. Der Westen liefert zwar umfangreiche Unterstützung, vermeidet es aber selbst formell in den Krieg verwickelt zu werden. 2023 scheiterten ukrainische Gegenoffensiven unter grossen Verlusten an Menschen und Material. Auch 2024 tobte der Krieg unvermindert weiter. Inzwischen gehen der Ukraine die Soldaten aus, und neu rekrutierte werden ohne gründliche Ausbildung an die Front geschickt. Vermehrt kommen jetzt auch Söldner zum Einsatz. Die bisherigen verlustreichen Einsätze, macht es aber schwierig solche zu gewinnen. Im August 2024 startete die Ukraine eine Offensive in Richtung Kursk und beginnt damit die Kampfhandlungen auf russisches Gebiet auszuweiten. Zur aktuellen Lage siehe das Kapitel 7.10.

Die Schrecken dieses Krieges beschreibt z.B. Patrik Baab in seinem Buch „Auf beiden Seiten der Front“ [47]. Seine Schilderungen erinnern an das Buch von Erich Maria Remarque „Im Westen nichts Neues“.

7.7 Ukrainische Korruption und Russophobie

Die Ukraine galt seit langem als das korrupteste Land in Europa. Das wurde auch von der EU kritisiert. Die ukrainischen Regierungen wurden jahrelang von der EU in ihrem Kampf gegen die Korruption unterstützt – ergebnislos! Auch die NATO befand noch 2021, dass die Ukraine zu korrupt sei um aufgenommen zu werden.

Innerhalb der Ukraine entwickelte sich das Regime zu einer korrupten Diktatur. Seit dem Ausbruch der Kampfhandlungen hat sich die Situation für die Opposition noch verschärft. Sie wird massiv unterdrückt und es herrscht eine fanatische Russophobie. In Odessa wurde z.B. sogar die Statue der ehemaligen Russischen Zarin Katharina der Grossen entfernt – der Gründerin der Stadt. In der Stadt Marzinkiw kündigt der Bürgermeister Sprachpatrouillen an, sowie eine Telefonhotline bei der sich die Bürger über Russischsprechende im öffentlichen Raum beschweren können (Meldung der Süddeutsche Zeitung vom 11.9.2024). Neben dem Verbot aller Nicht-Ukrainischen Sprachen wird auch die russische Kirche verfolgt. Beten auf Russisch ist nicht mehr erlaubt. Am 20.8.2024 stimmte das Parlament in der Ukraine dafür die Russisch Orthodoxe Kirche zu verbieten. Der Papst im Vatikan verurteilte das scharf als Eingriff in die Glaubensfreiheit.

7.8 Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die USA und Europa

Beachte dazu auch das Kapitel 4.3.2. Die US Regierung betrachtet diesen Krieg als eine sehr günstige Gelegenheit Russland zu schaden, ohne eigene Soldaten zu verlieren. Zudem ergeben sich für die amerikanische Rüstungsindustrie einmalige Geschäftsgelegenheiten, sowie die Möglichkeit neue Waffensysteme unter realen Gefechtsbedingungen zu testen. Durch die durch die Sprengungen der Nord Stream Pipelines verursachte Energieverknappung und die nachfolgende Preisexplosion auf dem Energiemarkt wurde die europäische, vor allem die deutsche Konkurrenzfähigkeit stark beeinträchtigt. Das ist gut für die US-Industrie. Deutsche Firmen wandern in andere Länder ab (USA, China ...). Die westlichen Länder unterstützen die Ukraine mit massiven Waffenlieferungen und finanziellen Zuwendungen. Allein die USA leisteten 2022 militärische und humanitäre Hilfe im Umfang von 113 Milliarden US\$. Ein Grossteil der europäischen Finanzhilfe fließt allerdings nicht in die Ukraine, sondern direkt zu den US Waffenschmiedern. Im Dezember 2022 forderte denn auch die US-Regierung Deutschland auf, die versprochenen Gelder endlich frei zu geben, damit die Ukraine die US Waffen bezahlen könne.

Westeuropa ist zudem mit ukrainischen Flüchtlingsströmen konfrontiert, die nicht nur finanzielle Belastung zur Folge haben, sondern auch zu sozialen Spannungen führen – speziell, wenn Einheimische ihre Wohnungen verlassen müssen, um Flüchtlingen Platz zu machen. Da die Ukrainer Sonderprivilegien erhielten, geben sich nun auch viele Migranten aus andern Teilen

der Welt als Ukrainer aus.

Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borell bestätigte am 3. Juni 2023 auf einem Sicherheitsforum in Singapur, dass von der EU 60 Milliarden Euro für Unterstützungsleistungen an die Ukraine geflossen sind. Zusammen mit der Sanktionspolitik seien der EU total 700 Milliarden Kosten entstanden. Neuere Daten zur Situation 2024 konnte ich bisher nicht finden.

7.8.1 Deindustrialisierung Deutschlands

Neben den Sanktionen und dem fehlenden Gas aus Russland hat die sich in Ideologien verrannte Politik der Ampelregierung – bar jeder Fachkompetenz – weitreichende Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft. Der folgende Ausspruch von Dr. Robert Habeck deutscher Minister für Wirtschaft und Klimaschutz dokumentiert das anschaulich: „Die Firmen gehen nicht bankrott – sie hören einfach auf zu produzieren.“ Auf Druck der USA begann jetzt die EU und in deren Schlepptau Deutschland auch noch China zu sanktionieren. Da die deutsche Autoindustrie inzwischen mehr in China produziert als in Deutschland, zerstörten die Sanktionen bzw. die deutsche Regierung ihre eigenen Betriebe.

**„Ein Feind Amerikas zu sein, kann gefährlich sein, aber ein Freund zu sein ist fatal.
Als Feind können sie dagegen kämpfen und als Freund haben sie dem Befehl des Big Brothers nur zu folgen.“**

Henry Kissinger

7.9 Friedensbemühungen im Ukrainekrieg

Friedensbemühungen im Zusammenhang mit der Ukraine wurden immer wieder sabotiert. Das Ziel der USA war und ist es Russland zu schaden und dazu muss der Krieg weitergehen.

- Das Maidan-Abkommen wurde gebrochen. Die Ukraine, aber auch Angela Merkel haben zugegeben, dass sie nie daran dachten es einzuhalten. Es ging nur darum Zeit zu gewinnen um die Ukraine aufzurüsten.
- Nach dem Russischen Angriff 2022 wurde unter Vermittlung der Türkei und Israels ein Abkommen ausgehandelt. Als Vorleistung zogen sich die Russen zurück. Dann zog Selensky auf Druck der USA und Grossbritannien (Boris Johnson) seine Zustimmung wieder zurück. Der Westen wollte weiterkämpfen bis zum letzten Ukrainer.
- Selensky verbot jegliche Verhandlungen mit Russland.
- China versuchte diskret zu vermitteln – Fehlanzeige.
- 2024 findet auf dem Bürgenstock in der Schweiz eine „Friedenskonferenz“ statt – ohne Russland. Der Papst offeriert seine Teilnahme, wenn auch Putin kommen würde. Das Ereignis entpuppt sich als PR-Aktion Selenskys. Die Bundesräte Cassis und Amherd lassen sich vorführen.
- Weitere Waffenstillstands- und Friedensbemühungen scheitern an unreali-

- stischen Vorstellungen Selenskys.
- Nachdem die ukrainische Offensive in Richtung Kursk auf dem Schlachtfeld keine Wende bringt, und die Russen im Donbass kontinuierlich vorrücken, steigt im Westen die Kompromissbereitschaft. Auch die USA wünschten sich jetzt eine Lösung. Der Krieg wird zu teuer und langsam realisieren auch die letzten Militärs, dass für die Ukraine nichts mehr zu gewinnen ist. Selensky hat jetzt einen „Siegesplan“, möchte noch mehr Waffen aber auch, dass jetzt andere mit den Russen reden.

7.10 Die aktuelle Entwicklungen auf dem Schlachtfeld

Detailliert beschreibt Jacques Baud [46] die militärischen Entwicklungen in der Ukraine. Die ukrainische Armee kämpfte zu Beginn des Krieges noch mit Waffen aus den Beständen der Sowjetzeit. Solche wurden nach den grossen Verlusten, die die Ukrainer erlitten, von den früheren Warschauerpakt-Mitgliedern ergänzt und ersetzt. Nachdem der Westen die alten Waffen (z.T. Schrott) aus der Sowjetzeit entsorgt hatte, wurden dann nach und nach auch neuere westliche Waffen geliefert – mit dem Nachteil, dass sie mit den bisherigen nicht kompatibel sind, und die Truppen erst den Umgang damit lernen mussten.

Die Ukraine war gezwungen immer mehr Soldaten zu rekrutieren und das löste wiederum eine Fluchtbewegung junger Männer ins Ausland aus. Der Westen wollte nicht zum Kriegsteilnehmer werden, bildete aber viele ukrainische Soldaten in Natostaaten aus und finanzierte Berater und Söldner. Die russische Armee zog sich kurz nach Beginn auf die bereits eroberten Gebiete im Süd-Osten zurück und baute in Erwartung ukrainischer Offensiven ein starkes, tief gestaffeltes Verteidigungssystem auf. Als die ukrainische Offensive dann 2023 dagegen anrannte, wurde sie zu einem blutigen Fehlschlag. Es gelang den Ukrainern an keiner Stelle die russische Verteidigung zu durchbrechen. Jacques Baud führt das auf professionelle russische Verteidigungsmethoden zurück, sowie den gekonnten Einsatz der verbundenen Waffen. Die Russen versuchten vorerst auch keine zusätzlichen Gebiete zu erobern. Es ging ihnen nur um die Vernichtung der Gegner. Die eigenen Soldaten will man schonen. Die Devise lautet: „Verlorene Gebiete kann man zurückerobert. Tote Soldaten bleiben tot.“ Die Verlustzahlen auf beiden Seiten sind schwierig abzuschätzen. Das Verhältnis zwischen den ukrainischen und russischen Verlusten wurde auch von westlichen Stellen auf bis zu 1 : 7 zuungunsten der Ukraine geschätzt. Der Ukraine gingen nicht nur die Waffen, sondern auch die Soldaten aus. Es zeigte sich, dass die Russen bei der Artillerie eine erdrückende Übermacht haben und auch stets genügend freiwillige Soldaten rekrutieren konnten.

Es wurde je länger je klarer, dass die Ukraine den Krieg auf dem Schlachtfeld nicht gewinnen kann. Für die USA musste der Krieg aber weitergehen. Er bot Gelegenheit neue Waffensysteme zu testen und man wollte den Russen schaden – koste es was es wolle. Mit neu gelieferten „Wunderwaf-

fen“ wollte Selensky das Kriegsglück wenden. Die westlichen Panzer und Raketen erwiesen sich aber als störungsanfällig und den alten Systemen aus der Sowjetzeit nicht überlegen. Trotzdem gelangen den Ukrainern von Zeit zu Zeit spektakuläre Einzelaktionen, die allerdings die Situation an der Front nicht änderten.

Langsam entwickelte sich der Krieg zu einem Drohnenkrieg. Der Einsatz von Drohnen wurde immer wichtiger und in diesem Zusammenhang auch die Fähigkeiten zur elektronischen Kriegführung (Aufklärung und Abwehr). 2024 begann die Russen die inzwischen stark geschwächte ukrainische Armee im Donbass zurückzudrängen. Die Gefahr besteht gegenwärtig, dass die ukrainischen Front zusammenbricht. In dieser Situation startete die Ukraine einen Angriff auf Russland in Richtung Kursk. Selensky wollte den Krieg im feindlichen Land führen und meinte, das russische Volk soll den Krieg zu fühlen bekommen. Die Überraschung gelang, und der Vorstoss kommt zu Beginn gut voran. Kursk und das nahe gelegene Atomkraftwerk, wird aber nicht erreicht. Selensky hoffte damit ein Pfand für Verhandlungen zuschaffen, und die Russen zu nötigen Kräfte aus dem Donbass abzuziehen. Beides misslang. Weder wurden die Russen kompromissbereiter, noch mussten sie Kräfte aus dem Donbass abziehen. Inzwischen werden die Ukrainer aus dem eroberten Gebiet unter grossen Verlusten wieder zurückgedrängt.

Seit einiger Zeit laufen in der NATO Diskussionen, ob man der Ukraine Langstreckenwaffen liefern, und ihnen erlauben soll tief in Russland liegende Ziele anzugreifen. Ohne logistische Unterstützung (Zieldaten, etc.) aus den USA geht das aber nicht, und man will auch eine direkte Kriegsbeteiligung der NATO am Krieg tunlichst ausschliessen. Russland hat zwar nicht genügend Soldaten für eine Eroberung der ganzen Ukraine, geschweige denn für einen Angriff auf Westeuropa. Eine direkte Auseinandersetzung der NATO mit Russland will man aber unbedingt vermeiden. Es könnte sonst sehr schmerzhaft werden, denn Russland besitzt nach wie vor die grösste Atomstreitmacht der Welt. Die USA gaben neuerdings eine Studie in Auftrag, die Auswirkungen eines auf Europa begrenzten Atomkrieges zu untersuchen. Die Ukraine begann inzwischen mit (offiziell!) selbst gebauten Langstreckendrohnen Ziele in Russland anzugreifen.

Gegenwärtig wird auf den Schlachtfeldern weiter gestorben. Die Kriegsbegeisterung im Westen hat zwar etwas gelitten, ist aber vorerst noch vorhanden. Man steckt weiter in der „Mehr-Desselben-Falle“ wie sie von Watzlawick in seinem Buch „Anleitung zum Unglücklich sein“ treffend beschrieben wurde:

1. Es gibt nur eine Lösung (Wir müssen Waffen liefern, damit Russland den Krieg nicht gewinnen kann.)
2. Wenn das Problem weiter besteht, haben wir die Lösung nur noch nicht genügend angewendet. (Wir müssen daher noch mehr Waffen liefern.)
3. Das Postulat, dass es nur eine Lösung gibt, darf nicht hinterfragt werden. (Es gibt keine andere Lösung, als dass wir Waffen liefern.)

8. Der Gaza-Libanon-Krieg

Am 7. Oktober 2023 überfielen Hamaskämpfer aus dem Gaza-Streifen eine jüdische Siedlung und nahmen Geiseln. Die Israelische Armee reagierte rasch und drängte die Angreifer zurück. Dabei wurden ca. 1'400 Menschen getötet. Diese Militäraktion der HAMAS war professionell vorbereitet. Ziel der Hamas war es möglichst viele Geiseln zu nehmen, um sie gegen in Israel inhaftierte Palästinenser auszutauschen. Tote nützen der HAMAS nichts. Inzwischen wurde bekannt, dass viele der Getöteten durch die eigene israelische Armee umkamen, die sich an die Hannibal-Direktive hielt. Dieser Überfall war der Auslöser des anschliessenden Gaza-Krieges. Für die USA ein Krieg zur Unzeit. Den hätten die USA neben dem Ukrainekrieg jetzt nicht auch noch gebraucht, denn auch hier müssen sie jetzt Waffen liefern. Zudem droht sich dieser Krieg im Nahen Osten zu einem Flächenbrand auszuweiten. Auch diesen Krieg kann man nur verstehen, wenn man seine Vorgeschichte kennt, die mit der Entstehung Israels beginnt.

8.1 Eine kurze Geschichte Israels

Eine ausführlichere Geschichte Israels findet sich z.B. in [49], [68], [71] und [72]. Die militärischen Aktionen im Zusammenhang mit dem politischen Geschehen sind in [80] sehr gut erklärt. Weitere Detailinformationen findet man im Internet. Im Folgenden eine sehr stark verkürzte Beschreibung wegweisender Ereignisse:

Die Idee für einen „jüdischen Staat“

Die Idee für einen „jüdischen Staat“ wurde von Theodor Herzl anlässlich des Zionistenkongresses 1897 in Basel verkündet. „Wenn ihr wollt ist es kein Traum,“ schrieb er danach. Er wollte einen jüdischen Staat, der jüdische Menschen vor Verfolgung und Diskriminierung schützt.

Nach dem Untergang des Osmanischen Reiches im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg teilten die Sieger England und Frankreich den Nahen Osten unter sich auf und zogen willkürlich neue Grenzen. England übernahm unter anderem das Gebiet Palästina, das es bereits 1917 erobert hatte. Das Zusammenleben von Juden und Arabern war anfänglich problemlos. Wegen der starken jüdischen Zuwanderung kam es dann aber in den Jahren 1936 - 1939 zu einem grossen bewaffneten arabischen Aufstand, der von den Engländern auch mit der Hilfe von Zionisten niedergeschlagen wurde. Die jüdische Zuwanderung ging zum Teil legal, zum Teil illegal weiter. Jüdische Untergrundbewegungen führten einen Guerillakrieg gegen die englische Besatzungsmacht. Ein Höhepunkt bildete dabei die Sprengung des Hotels David, wo sich das englische Hauptquartier befand. Siehe: [67] und [70].

Die Staatsgründung

Nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Holocaust kam es 1947 zur UNO-

Resolution 181 mit einer Zweistaatenlösung. Die arabischen UNO-Mitglieder lehnten den Plan geschlossen ab. Sie sahen darin eine Verletzung der Rechte der palästinensischen Mehrheitsbevölkerung.

Am 14. Mai 1948 endete das britische Mandat, und am 15. Mai rief Ben Gurion den Staat Israel aus. Diese einseitige Ausrufung des Staates Israel versties gegen die UNO-Resolution, die eine Zweistaatenlösung vorsah. Die umgebenden Staaten reagierten daher mit Krieg. Die Vertreibung der Palästinenser dokumentiert Ilan Pappé in seinem Buch „The Ethnic Cleansing of Palestine“ ausführlich [87].

„Unabhängigkeitskrieg“

Dieser „Unabhängigkeitskrieg“ – wie er in der Literatur genannt wird – dauerte bis Anfangs 1949 und war für Israel ein militärischer Erfolg. In der Folge schloss Israel separate Waffenstillstandsvereinbarungen mit den Konfliktparteien. 850'000 Palästinenser flüchteten aus ihrer Heimat. Seither gedenken die Palästinenser jeweils am Gründungstag Israels (15. Mai) der **Nakba** – der Vertreibung aus ihrer früheren Heimat.

Der Suez-Krieg 1956

Nachdem 1952 Gamel Abdel Nasser in Ägypten an die Macht kam, versuchte er das Land vom Einfluss Grossbritanniens zu befreien. Nach längerem Hin und Her zog Grossbritannien im Juni 1956 seine Truppen ab. Im Juli 1956 verstaatlichte Ägypten den Suezkanal, versuchte eine annehmbare Lösung zu finden und entschädigte die Aktionäre der Suezgesellschaft. Mit den Einnahmen aus dem Suezkanal plante Ägypten den Bau des Assuan-Staudamms zu finanzieren. Daraufhin schmiedete Grossbritannien mit Frankreich und Israel zusammen eine Angriffsallianz gegen Ägypten. Am 29. Oktober startete Israel einen Angriff, besetzte den Gazastreifen und marschierte bis an den Suezkanal.

Die USA zusammen mit der Sowjetunion stoppten die Angreifer. Am 6. Nov. 1956 kam es zu einem Waffenstillstand und am 7. März 1957 verliessen die letzten israelischen Truppen Ägypten. Ägypten näherte sich der UdSSR an, die in der Folge den Bau des Assuan-Staudammes unterstützte. Israel wird seither im Nahen Osten endgültig als Teil der westlichen Machtstrukturen wahrgenommen.

Der 6-Tage-Krieg 1967

Am 5. Juni 1967 startete die Israelische Luftwaffe einen überraschenden Angriff, bei dem sie die ägyptische Luftwaffe auf dem Sinai komplett zerstörte. Bis am 10. Juni eroberte Israel den Gazastreifen, die Sinaihalbinsel (bis an den Suezkanal), das Westjordanal (inkl. Ostjerusalem) und die Golanhöhen. Die Stimmung in der Schweiz war damals ganz klar auf der Seite Israels. Man freute sich über den kleinen David, der sich gegen den grossen, bösen Goliath durchsetzen konnte. Die Medien in der Schweiz überschlugen sich mit israelfreundlichen Kommentaren. Und auch der Schreiber dieser Zeilen nahm damals an einer Demonstration zur Unterstützung Israels teil.

Jom-Kipur-Krieg 1973

Ägypten und Syrien wollten natürlich ihre verlorenen Gebiete wieder zurück, rüsteten auf und starteten am 6. Oktober 1973 ihre Angriffe. Nach Anfangserfolgen wurde sie jedoch von den Israelis, dank massiver Unterstützung aus den USA, zurückgeschlagen. Am Ende der Kämpfe war Israels Position gefestigter denn je.

Camp David Abkommen 1979

Anwar as-Sadat, der Nachfolger Nassers orientierte sich politisch nach den USA. Henry Kissinger (amerikanischer Aussenminister) gelang es zwischen Israel und Ägypten ein Abkommen auszuhandeln. Darin verpflichtete sich Israel zur Räumung des Sinai und Ägypten garantiert die freie Passage durch den Suezkanal sowie die Offenhaltung der Strasse von Tirana. Mit diesem Abkommen verletzte Ägypten jedoch seine Verpflichtungen gegenüber der arabischen Liga und verriet seinen Verbündeten Syrien, der die Golanhöhen nicht zurückerhielt. Damit war die arabische Front gegen Israel geschwächt auf Kosten der Palästinenser und der übrigen arabischen Staaten. Ägypten wird von der arabischen Liga ausgeschlossen und erst 2023 wieder aufgenommen.

Der Libanon Krieg 1982

Als offiziellen Grund für dieses Eingreifen schob Israel zwei Attentate auf ihre Botschaften in Paris und London vor. Diese wurden der PLO zur Last gelegt, und als Bruch des Waffenstillstandsabkommen von 1981 interpretiert. Das Ziel war die Zerschlagung der Infrastruktur der PLO im gesamten Libanon. Darüber hinaus sollte der Einfluss Syriens beendet werden. Dieser Krieg wurde sehr rücksichtslos geführt – auch unter Mithilfe verbündeter Milizen. Es kam zu Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila. Israel behielt den Südlibanon noch bis 2000 besetzt. Libanon, das noch in den 60er Jahren eines der reichsten Länder der Region war, und „Schweiz des Nahen Ostens“ genannt wurde, ist bis heute destabilisiert. Gleichzeitig wurde das zur Voraussetzung für den Aufstieg der Hisbollah.

Die Erste Intifada 1987 - 1993 (Palästinenseraufstand) auch bekannt als *der „Krieg der Steine“*, entbrannte nach dem Zusammenstoss eines israelischen Militärlastwagens mit einem Taxi. Dabei starben 4 Palästinenser. Während der Begräbnisse der Toten im Gazastreifen kam es zu Ausschreitungen. Nach gewaltlosen Demonstrationen kam es auch zu gewaltsamen Aktionen. Da die Jugendlichen kaum über Waffen verfügten, kam es vor allem zu Steinwürfen gegen Israelische Soldaten und Panzer. Die Israelischen Soldaten reagierten darauf, indem sie den Steinwerfern Arme und Beine brachen. Der Israelische Verteidigungsminister Jitzchak Rabin rief die Armee auf mit „Macht, Kraft und Prügel“ die Ordnung wieder herzustellen. Im Sommer 1988 wurden von den israelischen Behörden als Strafaktion 8000 Oliven- und Obstbäume sowie Weizenfelder der Palästinenser abgebrannt. Bis Ende 1991 wurden zudem mehr als 300 Wohnungen zerstört und 2000 Palästinenser obdachlos gemacht. Auf palästinensischer Seite

kam es während der Intifada auch zu grausamer Lynchjustiz unter den Palästinensern gegen Personen, die mit den israelischen Behörden zusammenarbeiteten und als Kollaborateure angesehen wurden. Das erforderte insgesamt ähnlich viele Todesopfer wie die Angriffe israelischer Soldaten. Die Oslo-Abkommen 1993 stellten das Ende der Intifada dar.

Das Oslo-Abkommen 1993 und die Ermordung Rabins

Im September 1993 einigte sich die PLO unter Vermittlung der USA in Oslo auf ein vorläufiges Friedensabkommen mit dem Titel „Israel-PLO-Abkommen“. In diesem Abkommen anerkannte die PLO das Existenzrecht Israels. Für Israel war das ein ungemein wichtiger Schritt. Eine gleichzeitige Anerkennung des Existenzrechtes für einen palästinensischen Staates durch Israel gab es jedoch nicht. Obwohl das Abkommen für die Palästinenser nicht vorteilhaft war, reichten sich am 13. Sept. 1993 im Rosengarten des weissen Hauses in Washington Rabin und Arafath die Hände. Am 4. Nov. darauf wurde Rabin an einer Friedenskundgebung in Jaffa von einem jüdischen Extremisten, ermordet.

Dez. 1998 Eröffnung des palästinensischen Flughafens im Gazastreifen durch Bil Clinton und Jasser Arafath. Er wurde durch Spenden (86 Mio. USD) aus Europa, Arabien und Japan finanziert, und sollte zum Symbol palästinensischer Unabhängigkeit werden. Während der zweiten Intifada wurde der Flughafen von Israel geschlossen und später bombardiert. Heute ist nichts mehr davon übrig.

Die zweite Intifada 2000 -2005 (auch als „Al-Aksa-Intifada“ bezeichnet), begann, nachdem der Oppositionspolitiker Ariel Scharon den Tempelberg besucht hatte. Nachdem es in Gaza und im Westjordanland zu bewaffneten Ausschreitungen gegen israelisches Sicherheitspersonal gekommen war, riefen palästinensische Organisationen und moslemische Kreise die zweite Intifada aus. Diese war vor allem durch Selbstmordanschläge gekennzeichnet. Israel reagierte mit der gezielten Tötung von Anführern militanter Organisationen.

Am 8. Feb. 2005 endete die zweite Intifada mit einem Waffenstillstand der in Scharm El-Scheich zwischen Abbas und Scharon geschlossen wurde. Gastgeber waren der ägyptische Präsident Mubarak und Jordaniens König Abdullah II. Die Hamas erklärte dann, dass sie die Vereinbarung nur einhalten werde, wenn sich Israel zur Freilassung aller etwa 8000 palästinensischer Häftlinge verpflichte.

Im Rahmen der zweiten Intifada kam es zu 143 Selbstmordanschlägen. Nach israelischen Angaben wurden 1036 Israelis getötet. Nach palästinensischen Quellen gab es auf palästinensischer Seite 3336 Tote. Laut dem israelische Anti-Terror-Institut wurden 365 Palästinenser von ihren eigenen Landsleuten getötet.

Der wirtschaftliche Schaden für Israel aber auch für die palästinensischen Gebiete war immens. Am 18. März begann Israel mit der Räumung der besetzten palästinensischen Städte.

Eine **Sperranlage** begann Israel 2002 zu bauen – eine 700 km lange Mauer drei mal so hoch wie die Berliner Mauer. Damit sollten die jüdischen Siedlungen geschützt und Attentate verhindert werden. Bis zur Fertigstellung dürfte sie 2 - 3 Milliarden USD kosten. 2004 kam der internationale Gerichtshof in Den Haag zum Schluss, dass der Bau dieser Sperranlage nach internationalem Recht gesetzeswidrig sei. Sie beeinträchtigt die Bewegungsfreiheit der Palästinenser, denen es zum Teil nicht mehr möglich ist ihr Land auf der anderen Seite der Mauer zu bewirtschaften.

Der Libanon Krieg 2006

Im Juli 2006 kam es im Libanon zur Entführung von zwei israelischen Soldaten durch die Hisbollah. Das nahm Israel zum Anlass für eine – offenbar seit langem vorbereitete – umfassende Invasion des Libanons. Der Krieg dauerte vom 12. Juli bis am 14. August und verlief überhaupt nicht nach den Vorstellungen der Israelis. Die USA schickten eilig die Aussenministerin Condoleeza Rice ins Konfliktgebiet um einen Waffenstillstand auszuhandeln. Der Mythos von Israels Unbesiegbarkeit war gebrochen.

8.2 Die Gegner Israels

Neben den Nachbarstaaten, sind vor allem die folgenden Organisationen im Kampf gegen Israel aktiv:

Die **Fatah** wurde im Oktober 1959 als Guerillaorganisation in Kuwait gegründet. In der Folge verübte sie Anschläge in Israel. 1969 wurde sie zur stärksten Fraktion in der PLO. Ihr Anführer Jassir Arafat wurde zum Vorsitzenden der PLO gewählt.

Die **PLO** wurde im Mai 1964 konstituiert. Ab 1969 bis Nov. 2004 war Jassir Arafat PLO Vorsitzender. Sei grösster Erfolg war die Anerkennung als Repräsentant des palästinensischen Volkes durch die UNO im Jahr 1974. Seit seinem Tod ist Mahmud Abbas Präsident der Autonomiebehörden.

Die **HAMAS** wurde 1987 als Zweig der Moslebruderschaft in Gaza gegründet. Sie besteht aus einer politischen Partei, einem sozialen Hilfswerk und ihrem militärischen Flügel – den Quassam-Brigaden. Im Jahr 2006 nach Israels Rückzug aus dem Gazastreifen erhielt sie dort bei den Parlamentswahlen die Mehrheit. 2007 schaltete sie im Gazastreifen die konkurrierende säkulare Fatah aus und übernahm die alleinige Macht. Iran, Katar, und Saudi-Arabien sind die wichtigsten Geldgeber der Hamas. Netanjahus Regierung duldet das jahrelang und förderte das sogar selber verdeckt. Netanjahu hoffte auf diese Weise das palästinensische Lager zu spalten, und die Hamas als Gegengewicht zur palästinensischen Autonomiebehörde, die im Westjordanland regiert, zu etablieren. („Teile und herrsche!“) Die **Hisbollah** entstand ab 1982 durch den Zusammenschluss verschiedener schiitischer Gruppen zum Widerstand gegen die damalige israelische Invasion in den Libanon und wurde 1985 offiziell gegründet. Ihre Hochburgen sind im Süden Libanons und sie stellt auch 10% der libanesischen Parlamentsabgeordneten. Sie wird massgeblich vom Iran unterstützt.

Die **Huthi** entstand im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg im Jemen. Ihre ersten Kampfgruppen bildeten sich 1994.

Das 1949 gegründete Palästinenserhilfswerk **UNRWA** (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) mit Sitz in Gaza und Amman unterstützt aus Israel vertriebene bzw. geflohene hilfsbedürftige Flüchtlinge [69]. Israel bezichtigt diese Organisation der Unterstützung von Terroristen. Aus diesem Grund stellten zahlreiche Geldgeber ihre Unterstützung vorübergehend ein. Eine Untersuchung der UNO kam im April 2024 zum Schluss, dass es Verbesserungspotential gab, und dass die UNRWA inzwischen „robuste“ Massnahmen zur Wahrung der Neutralität etabliert habe. Mit Ausnahme der USA nahmen alle Länder die Zusammenarbeit mit der UNRWA wieder auf. Inzwischen hat das israelische Parlament die Tätigkeit der UNRWA ab Januar 2025 verboten. Wie es ab dann mit der Versorgung der Bevölkerung in Gaza weiter gehen soll, ist unklar.

8.3 Das bisherige Kriegsgeschehen in Gaza

In und um Israel kam es in den letzten Jahren immer wieder zu kleineren und grösseren Scharmützeln und die israelische Luftwaffe attackierte auch regelmässig Ziele im Libanon und Syrien. Fest steht, dass die Lage der Palästinenser je länger je unhaltbarer wurde. Der Gazastreifen war ein Freiluftgefängnis und im Westjordanland wurden die Palästinenser immer stärker verdrängt. Am 15.5.2023 kritisierte Mahmud Abbas, dass seit 1947 keine der 1'000 UNO-Resolutionen zugunsten der Palästinenser umgesetzt wurde. Er forderte die Weltgemeinschaft auf Israel zu zwingen entweder die UNO Resolutionen zu respektieren, oder die UNO zu verlassen. Im Verlaufe des Sommers zerstörten jüdische Siedler im Westjordanland den Palästinensern Olivenbäume und betonierten Brunnen zu. Siedler prügelten unter den Augen der Armee Palästinenser zusammen und wenige Tage vor dem 7. Oktober stürmten extremistische Juden die El Aksa Moschee in Jerusalem – dem wichtigsten Heiligtum der Moslems in Jerusalem. Das mag ein Auslöser zum Überfall am 7. Oktober gewesen sein. Sicher aber war dieser Überfall seit langem professionell vorbereitet.

8.3.1 Versagen der Geheimdienste?

Obwohl Ägypten Israel kurz vor dem Angriff der Hamas gewarnt hatte – der ägyptische Geheimdienstchef reiste dazu extra nach Israel – wurden auf israelischer Seite offenbar alle Vorsichtsmassnahmen vernachlässigt. Trotz allen Warnungen wurde ein Grossteil der Armee, die die stark gesicherte Grenze zum Gazastreifen bewacht hatte, wenige Tage zuvor ins Westjordanland abgezogen, um dort die Siedler zu unterstützen. Nahe der Grenze liess man trotz der Warnungen auch eine grosse Party zu – ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen. Man zeigte also der Hamas eine Blösse und diese nutzte die Gelegenheit. Offiziell hatte der Mossad (der „beste

Geheimdienst der Welt“) versagt – und er gibt das auch überraschend schnell zu. Natürlich entstanden sofort auch Spekulationen, dass Israel dieses Massaker bewusst zugelassen hätte, um einen weiteren Anlass zur Vertreibung der Palästinenser zu haben. Netanjahu ist aber auch persönlich an einem lange dauernden Krieg interessiert. Denn solange Krieg herrscht, muss er keine Neuwahlen fürchten und als Ministerpräsident geniesst er Immunität vor Strafverfolgung. Anschliessend drohen ihm verschiedene Gerichtsverfahren.

8.3.2 Die israelische Armee im Gazastreifen

Noch am 7. Okt. verschärfte Israel die Absperrung des Gazastreifens und am 10. Okt. begann die Aktion „Eiserne Schwerter“ mit Luftangriffen auf Gaza. Schliesslich drangen auch Bodentruppen in das Gebiet ein. Netanjahu erklärte das Ziel sei die Vernichtung der Hamas. Die Hamas konnte sich jedoch in ein sich über hunderte Kilometer weit erstreckendes Tunnelsystem zurückziehen und den israelischen Kräften empfindliche Verluste zufügen. Sehr grosse Verluste erlitt die palästinensische Zivilbevölkerung. Von beiden Seiten wird dieser Krieg gegenwärtig immer verbitterter weiter geführt.

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich äusserte sich zur Situation wie folgt (The Times of Israel, 5. Aug. 2024): „*Starving two million Gazans „to death“ may be the „right moral“ to do until Israeli hostages held in Gaza are released, but that the „world won’t let us.*“ [Zwei Millionen Gazaner zu Tode hungern lassen wäre „richtig und moralisch“, bis alle israelischen Geiseln befreit sind – aber die Welt lässt uns nicht.“]

Der Krieg in Gaza verläuft bisher nicht nach den Vorstellungen der israelischen Regierung. Die israelische Armee erlitt empfindliche Verluste und konnte weder die restlichen Geiseln befreien noch das Tunnelsystem vollständig zerstören. Selbst die israelische Armeeführung glaubt inzwischen nicht mehr daran, dass sie die Hamas in Gaza vollständig besiegen kann, obwohl sie inzwischen Bomben mit der gesamthaft doppelten Sprengkraft der Atombombe von Hiroshima abgeworfen hat. Inzwischen hat die Regierung entschieden sich gegen Norden (Libanon) zu konzentrieren.

8.3.3 Die Zerstörung von Gaza und Vorwurf des Völkermords

Schon vor dem aktuellen Krieg wurde Gaza als „grösstes Freiluftgefängnis“ der Welt bezeichnet. Und bereits 2017 beurteilte der UNO-Beauftragte Robert Piper die Gegend als „unbewohnbar“. Mit dem Einsatz der israelischen Armee hat sich die Situation noch dramatisch verschlechtert. Der Gazastreifen wurde zu einer Trümmerwüste. Am 17. Sept. 2024 meldet SRF bis jetzt 41'000 Tote und 95'000 verletzte Palästinenser.

Im Dezember 2023 leitete Südafrika beim internationalen Gerichtshof (IGH) ein Verfahren gegen Israel wegen Vorstoss gegen die Völkermordkonvention ein. Im Januar 2024 forderte das Gericht Israel auf, alles zu unternehmen, um einen Völkermord zu vermeiden.

Im Mai fordert Südafrika mit einem erneuten Eilantrag beim IGH den Rückzug der israelischen Armee, um einen Völkermord zu verhindern. 34 Länder unterstützen den Antrag 12 sind dagegen.

Im Mai 2024 beantragte die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu (Ministerpräsident), Joawa Galant (Verteidigungsminister), sowie gegen drei HAMAS-Führer (deren zwei sind inzwischen tot) wegen Kriegsverbrechen. Bis jetzt haben die Richter noch nicht entschieden.

Ein bisschen Kritik am israelischen Vorgehen in Gaza kam von den USA im September. Sie forderten von Israel die Versorgungslage in Gaza innerhalb eines Monats zu verbessern, liefern aber weiterhin Waffen und Bomben. Ob sich die Politik der USA gegenüber Israel nach den Präsidentschaftswahlen ändern wird, ist noch unklar. Auch Deutschland liefert weiterhin Sprengstoff. Oppositionelle in Deutschland wollen daher die Regierung wegen „Beihilfe zum Völkermord“ einklagen.

8.3.4 Verhandlungen zum Austausch der Geiseln

Verhandlungen führten zum Austausch einiger Geiseln. Dann aber kamen die Gespräche nicht mehr voran. Die Parteien machen sich gegenseitige Vorwürfe. Inzwischen starben mehrere Geiseln – zum Teil bei Befreiungsversuchen durch die Israelischen Armee, teilweise durch Bombardierung ihrer Verstecke in Gaza. Proteste in Israel, die weitere Verhandlungen und Kompromissbereitschaft fordern, prallten bisher an der Regierung Netanjahu ab.

8.3.5 Auswirkungen auf Israel

Die aktuellen Kriege in Gaza und im Libanon machen der Wirtschaft des Landes schwer zu schaffen. Nicht nur, dass viele Wehrdienstpflichtige der Wirtschaft entzogen werden, noch mehr haben das Land verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen, und/oder nicht zum Kriegsdienst eingezogen zu werden. Es wird nichts mehr investiert, und Startup-Firmen wandern ab. Der High-Tech-Standort Israel ist gefährdet. Das Land kann auch die hohen Kriegskosten kaum mehr stemmen und ist finanziell und militärisch total von den USA abhängig.

8.3.6 Ausweitung des Krieges auf den ganzen Nahen Osten

Zur Unterstützung der Palästinenser in Gaza sperren die Huti in Jemen die Durchfahrt für Schiffe durch das rote Meer, die einen Bezug zu Israel haben. Es ging ihnen dabei mehrere Schiffe zu zerstören. Die USA und die NATO reagierten mit Luftangriffen, konnten aber die Bedrohung bisher nicht aufheben. Die Schiffe der grossen Logistikfirmen fahren seither nicht mehr durch

den Suezkanal, sondern um das Kap der Guten Hoffnung, was die Transportdauer und Kosten empfindlich erhöht. Der israelische Hafen in Eilat verwaist und es droht Bankrott.

Am **1. April 2024** bombardierte Israel das iranische Konsulat in Damaskus. Dabei wurde 16 Menschen getötet. Darunter waren zwei Brigadegeneräle und fünf weitere Mitglieder der islamischen Revolutionsgarden. Auch das benachbarte kanadische Botschaftsgebäude wurde beschädigt. 50 Staaten verurteilten den Angriff, der als Vorstoss gegen das Völkerrecht beurteilt wurde. (Charta der Vereinten Nationen, das Wiener Protokoll über diplomatische Beziehungen und das Wiener Abkommen über konsularische Beziehungen.) Am **13. April** erfolgte ein iranischer Vergeltungsschlag gegen Israel. Zur Demonstration ihrer Fähigkeiten griffen die Iraner in Israel militärische Ziele mit hunderten von Drohnen und Hyperschallraketen an. Die von Israel getroffenen Vorsichtsmaßnahmen schaden der Wirtschaft. Iran aber hat Zeit. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges auf Israel sind verheerend. Seit dem 7. Oktober 2023 haben mehr als eine halbe Million Israelis das Land verlassen. Die Investitionstätigkeit kam zum Erliegen. Die finanzielle Elite transferierte ihr Geld ins Ausland.

Am **17. und 18. September** explodierten im Libanon tausende präparierter Pager und Spechfunkgeräte der Hisbolla, was deren Führung empfindlich schwächen sollte. (Eine Meisterleistung der israelischen Geheimdienste.) Es wurden aber auch zivile Strukturen der Hisbollah und Zivilisten getroffen, was man als Kriegsverbrechen einstufen kann.

Kurz darauf kündigt der israelische Verteidigungsminister an, dass jetzt die Nordfront Priorität habe. Am **23. September** startete Israel die Operation „Pfeile des Nordens“ und bombardiert seither den Süden des Libanons sowie auch Beirut. Der israelische Aussenminister Katz will die Operation „bis zum Sieg“ über die Hisbollah fortsetzen. Die Hisbolla soll über den Fluss Litani zurückgedrängt werden. Das ist nur durch den Einsatz von Bodentruppen möglich.

Am **28. Sept.** tötet die Israelische Luftwaffe des Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah mit einem massiven Luftangriff in Beirut, während dem Netanjahu in den USA bei der UNO eine Auftritt hat. Die USA geben bekannt, dass sie über den Angriff nicht informiert waren. Sie haben offenbar keinen Einfluss mehr auf das Verhalten Israels. (Sie liefern aber weiterhin Waffen.)

Am **29. Sept.** drohte Erdogan, falls Israel in den Libanon einfallt, würde die Türkei nicht tatenlos zusehen sondern sich militärisch einmischen.

Am **30. Sept.** beginnt Israelische Armee mit dem Einmarsch in den Libanon. Das löst umfangreiche Fluchbewegungen der ansässigen Bevölkerung aus.

Der Iranische Präsident Massud Peseschkian sagt, man hätte ihnen ein Waffenstillstandsabkommen versprochen, wenn sie auf eine Racheaktion für die Ermordung von Ismail Haniya gegen Israel verzichteten. Er sehe, er sei angelogen worden.

Am 1. Oktober greift die Iranischen Revolutionsgarden (nicht die Iranische Armee) Israel mit mehreren hundert Raketen an. Sie behaupten, sie hätten kurz vorher die USA über den bevorstehenden Angriff informiert. Netanjahu

droht dem Iran mit Vergeltung für den jüngsten Raketenangriff.

Ebenfalls am 1. Oktober besucht der Regierungspräsident Russlands Teheran und signalisiert damit, dass Russland zum Iran steht. Das ist ein starkes Signal in Richtung Israel und die USA.

Am **2. Oktober** erklärt Israel den UNO Generalsekretär Guterres zur Person non grata, weil er den Raketenangriff des Irans zu wenig scharf verurteile.

Die USA versuchen die Israelis von weiteren Aktionen gegen den Iran zurückzuhalten. Sie haben aber offenbar ihren Verbündeten nicht mehr unter Kontrolle.

Gegenwärtig deuten die Zeichen im Nahen Osten auf Eskalation.

9. Weltwirtschaftskrieg

Auch gegen ihre eigenen Verbündeten führen die USA einen Wirtschaftskrieg. Das „Zeitalter der Globalisierung“ ist vorbei. Insbesondere unter Präsident Trump (America First!) begannen sich die USA vom freien Handel, aber auch vom Völkerrecht, abzuwenden. Das bekamen neben den Chinesen auch die Europäer zu spüren. Handelshemmnisse wurden aufgebaut, Verträge gebrochen und die eigene Industrie mit Milliardensubventionen unterstützt. Mit dem im August 2022 beschlossenen „Inflation Reduction Act“, der eigentlich ein „Import Reduction Act“ ist, wollen die USA die heimischen gegenüber den ausländischen Produzenten bevorteilen. Das geschieht nicht über Zölle, sondern über Subventionen. Dem gegenüber wirkt die EU ratlos.

9.1 USA gegen die europäischen Rüstungsindustrie

Einige Beispiele: Australien wollte U-Boote kaufen und zwar solche mit konventionellem Antrieb. 2016 unterzeichneten es einen Vertrag mit Frankreich für 12 U-Boote für 56 Mia. Euro. Frankreich hatte ursprünglich Atom-U-Boote angeboten, war dann aber bereit diese auf konventionellen Antrieb umzurüsten. Nach dem Abschluss des Vertrags gelang es den USA jedoch – mit welchen Mitteln auch immer – Australien zum Kauf amerikanischer Atom-U-Boote zu bewegen. Australien trat vom Vertrag mit Frankreich zurück und bestellte 5 Atom-U-Boote in den USA. Das führte zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Frankreich und den USA. Die Schweiz aber auch andere europäische Länder planten in den letzten Jahren den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Die Schweiz evaluierte dabei mehrere Typen. In der Endphase ging es um ein französisches und ein US-Angebot. Die Franzosen lagen „gut im Rennen“. Die Verteidigungsministerin Amherd entschied sich dann aber zum Ärger anderer Departemente überraschend für das amerikanische Modell. Das amerikanische Angebot sei finanziell sehr günstig und das Flugzeug moderner. Dieser Entscheidung hatte auf andere europäische Länder Signalwirkung. Unter anderem entschied sich dann auch Deutschland für das amerikanische Modell – allerdings beinahe zum doppelten Preis. Die Schweiz fiel offenbar auf ein „Lockvogelangebot“ herein. Das „modernste“ Jagdflugzeug hat zudem einige Macken. Es existiert eine Liste mit ca. 800 Mängeln, die die Lieferfirma noch beheben müsse. Dann wurde auch bekannt, dass die Flugzeuge mit älteren schwachen Triebwerken geliefert werden. Deren Austausch geht dann auf Kosten der Schweiz. Inzwischen wurde zudem noch bekannt, dass die USA die Lieferfrist nicht einhalten werde, weil die Flugzeuge in anderen Ländern dringender benötigt würden. Die Europäer hatten nach dem kalten Krieg ihre Rüstungsindustrie vernachlässigt, und dazu kamen noch nationale Rivalitäten. Gemeinsame

Rüstungsprojekte zwischen Frankreich und Deutschland kamen nur sehr langsam voran, oder scheiterten ganz. Selbst innerhalb Deutschlands streiten sich Firmen wem der Panzer Leopard „gehöre“ (Kraus Maffei gegen Rheinmetall). Das alles kann der US-Rüstungsindustrie nur Recht sein.

9.2 Boykottpolitik und Erpressung

Das ist ein von der US Kriegsführung häufig eingesetztes Instrument . Es wurde immer wieder gegen unliebsame Regierungen angewendet. Als starke Wirtschaftsmacht sind die USA in der Lage auch andere Länder zur Heeresfolge zu zwingen. Andernfalls riskieren diese ebenfalls boykottiert zu werden. So trauen sich heute z.B. auch schweizerische Firmen nicht dem Iran zivile Güter zu liefern (z.B. Personenzüge), weil sie sonst von den USA boykottiert werden. Auch ist es heute allen westlichen Versicherungsgesellschaften verboten, russische Schiffe zu versichern. Firmen mit US-Niederlassungen sind dabei natürlich besonders gefährdet, riskieren sie doch sonst in den USA enteignet zu werden. Das gilt vor allem auch für die Banken und Versicherungen. Reiche Russen werden heute – auch wenn sich nichts mit Putin zu tun haben – boykottiert und enteignet. (Beispiele: Viktor Vekselberg, Roman Abramovitsch, Andrei Melnitschenko, ...)

9.2.1 Ausnützen von Notlagen

Noch während dem laufenden Ukrainekrieg haben ausländische Finanzgesellschaften (z.B. Black Rock, etc.) und US-Konzerne damit begonnen ukrainisches Land und Immobilien günstig zusammen zu kaufen. Die ukrainischen Bauern werden in Zukunft als Pächter auf dem Land ausländischer Besitzer wirtschaften müssen. [45]

9.2.2 Der UN Menschenrechtsrat gegen Sanktionspolitik

Seit 2017 haben die USA Finanz- und Exportsanktionen gegen Venezuela verhängt, um das Land von seiner Haupteinnahmequelle dem Erdöllexport abzuschneiden. 2021 berichtete Alena Doughan, die UN Sonderberichterstatterin zu den Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte, über „verheerende Auswirkungen“ dieser Sanktionen auf die Bevölkerung. Die Mehrheit der UNO Mitgliedstaaten fordert auch die Aufhebung der seit 1960 von den USA verhängten Sanktionen gegen Kuba. Sie scheitern dabei am Widerstand der USA und Israels [73].

9.2.3 Die Wirkung von Sanktionen

Nicht immer haben Sanktionen die gewünschte Wirkung. Die Geschichte lehrt, dass sie sich für die Sanktionierten längerfristig meist positiv auswirken. Sie werden gezwungen alternative Lösungen zu suchen und andere

Partner zu finden, und das macht sie letztlich unabhängiger und stärker. So entstand z.B. in der Schweiz im vorletzten Jahrhundert dank Napoleons Kontinentalsperre gegen England eine erfolgreiche Textilmaschinen-industrie. Als die Textilfirmen in der Schweiz keine Maschinen und Ersatz-teile mehr aus England bekommen konnten, machten sich lokale Handwer-ker daran solche nachzubauen. Dann verbesserten sie diese Maschinen. Nachdem die Engländer wieder liefern durften, stiessen sie im Textilmaschinenmarkt auf eine inzwischen entstandene starke Schweizer Konkurrenz.

Das Erdgasembargo gegen Russland führte zu einer weltweiten Verteuerung der Energie, so dass Russland am Ende trotz reduziertem Export mehr verdiente als vor dem Boykott. Den Schaden hatten die Europäer – vor allem Deutschland. Den Nutzen haben die USA, die jetzt teures LNG liefern können und deren Wirtschaft sich nun einer geschwächten deutschen Konkurrenz gegenüber sieht. Das Ölembargo gegen Russland hat zur Folge, dass Russland jetzt mehr günstiges Öl nach Indien exportiert. Indien arbeitet es auf und exportiert dann Diesel, Benzin und weitere Erdölproduk-te teuer nach Europa und vor allem in die USA. Zum grössten Abnehmer von russischem Öl ist inzwischen Saudi Arabien geworden. Es macht damit gute Geschäfte und kann seine eigenen Ölreserven schonen.

Russland und China, aber auch der Iran wurden durch die amerikanischen Handelssperren gezwungen eigene Kapazitäten aufzubauen. So entstand in Russland inzwischen eine starke Landwirtschaft, und auch weitere Industri-en entwickelten sich dank der ausbleibenden Konkurrenz aus dem Westen erfolgreich. In China entwickelte sich die sanktionierte Firma HUAWEI gezwungenermassen zum Technologieführer im Bereich Telekommunikati-on. Ebenfalls wurden eigene Betriebssystem und Softwarepakete entwick-elt, um unabhängig von westlichen Lieferanten zu werden (z.B. von Micro-soft). Hier gilt wohl der Satz von Nietzsche: „Was mich nicht umbringt, macht mich stärker.“ [74]

Die westlichen Sanktionen gegen Russland schaden dem Westen – vor allem den Europäern – mehr als Russland. Während im Westen die Wirt-schaft schrumpft, wächst sie in Russland. Europa – allen voran Deutsch-land – ist daran sich zu desindustrialisieren. Dazu trägt neben den Sanktio-nen zusätzlich die rot-grüne Politik der gegenwärtigen deutschen Regierung bei. Von den USA werden die Europäer nicht als ebenbürtige Partner ernst genommen.

10. Die Finanzierung der US Kriegsführung

10.1 Inflation

Die USA sind massiv verschuldet und der Schuldenberg vergrössert sich laufend. Wenn der Staat droht zahlungsunfähig zu werden, erhöht das Parlament jeweils einfach wieder die Schuldenobergrenze. Das ist immer auch eine Gelegenheit für die Opposition von der Regierung Zugeständnisse abzuverlangen. Ans Zurückzahlen der Schulden denkt niemand. Letztlich führt das zu Inflation, weil immer mehr Geld in den Umlauf kommt, obwohl nicht mehr produziert wird. Das wird letztlich von den Sparern und Kreditgebern finanziert. Die USA sind zwar absolut, gemessen am Bruttoinlandprodukt international nicht die grössten Schuldner. Dazu einige Zahlen des IWF für 2019:

Verschuldung in % des Bruttoinlandproduktes:

- Japan: 238%
- Griechenland: 181%
- Italien: 135%
- USA: 109%
- Frankreich 98%
- Deutschland 60%
- China 53%
- Schweiz: 21%
- Norwegen -115%

Im Jahr 2019 betrug Japans Staatsverschuldung 238 Prozent des BIP. Das heisst: Die gesamte Volkswirtschaft müsste 2.38 Jahre arbeiten und die Erlöse vollständig an die Gläubiger des japanischen Staats abgeben, um die Staatsschuld zu tilgen. Allerdings fallen während dieser Zeit natürlich weitere Schuldzinsen sowie staatliche Ausgaben an. Demgegenüber profiliert sich Norwegen. Dieses Land hat das grösste Vermögen angehäuft und könnte sich 1.15 Jahre Ferien leisten.

10.2 Gerichtsverfahren

Als „Weltpolizist“ verurteilen die USA immer wieder Firmen für begangene oder angebliche Verbrechen in anderen Teilen der Welt zu hohen Bussen – auch wenn die angeblichen Verbrechen nichts mit den USA zu tun haben. Banken sind in den USA besonders gefährdet. Kurz nach dem Ende des kalten Krieges, als die USA 1995 zur Ansicht kamen, dass die Schweiz für sie nicht mehr so relevant sei, startete der jüdische Weltkongress (JWC) eine Schlammschlacht gegen die Schweizer Banken. Diese sahen sich zur Zahlung von 1.2 Mia SFr. gezwungen und mussten zukünftig von den USA aufgezwungene Regeln akzeptieren. 2008 distanzierte sich dann Avram

Burg – der frühere Vorsitzende des JWC – von der Kampagne gegen die Schweizer Banken: „Ich bedaure, dass ich am Kampf gegen die Schweizer Banken teilgenommen habe.“ Es war ein Kuhhandel. Bei den Verhandlungen ging es um Geld, nicht um die Suche nach der historischen Wahrheit (NZZ vom 24.2.2008). Die Banken aber waren jetzt angeschlagen und gerieten immer wieder mit US-Gesetzen in Konflikt, die die USA weltweit durchsetzen will. Sicher verstecken kann man Geld nur noch in den USA in Delaware. Auch sehr viele Firmen haben ihre Hauptsitze nach Delaware verlegt.

Ein weiteres Beispiel: Zementkonzern Holcim: Die frühere Syrische Lafarge Tochterfirma liess sich 2013/14 in Syrien vom Islamischen Staat zu Abreden erpressen, damit sie ihre dortige Geschäftstätigkeit weiter führen konnte. 2022 wurde dann der schweizerische Zementkonzern Holcim nach der Übernahme von Lafarge in den USA zu einer Busse von 778 Mio. US\$ verurteilt.

10.3 Beschlagnahmung von Gütern und Devisen

Beispiele: Nach dem Rückzug aus Afghanistan beschlagnahmten die USA die **Devisenreserven der Afghanischen Nationalbank** und verteilte das Geld an Nachkommen von Opfern der Anschläge auf das World Trade-Centers. (Afghanistan hatte nachweislich nichts mit diesen Anschlägen zu tun.)

Vier Iranische Tanker wurden 2020 von den USA auf offener See geentert und in die USA entführt. Mehr als 1 Mio. Barrel Öl wurden dabei erbeutet. Die Tanker waren auf dem Weg vom Iran nach Venezuela. Gegen beide Länder hatten die USA in eigener Regie Sanktionen verhängt.

Diebstahl von Öl in Syrien: Im Nordosten von Syrien haben die USA Truppen stationiert (siehe Syrienkrieg). Das dort geförderte Öl exportieren sie via den Irak, wo sie ebenfalls Besatzungstruppen stationiert haben.

Beschlagnahmung von Gütern von Oligarchen: Seit dem Beginn der „Spezialoperationen“ haben die USA und die EU damit begonnen Vermögenswerte von russischen Firmen und Staatsbürgern zu sperren und teilweise zu beschlagnahmen. Sie sollen für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden. Länder, die diese Sanktionen nicht im Sinne der USA umsetzen, werden ebenfalls mit Sanktionen belegt. Das hat aber teilweise auch eine kontraproduktive Wirkung. Putin selbst stört das nicht. Er zeigt sich sogar schadenfreudig. Russen, die ihr Geld ins Ausland transferierten, statt in Russland anzulegen, waren ihm nie sympathisch. Inzwischen verbleiben auch wieder vermehrt Vermögenswerte in Russland. Die US-Sanktionen haben durch ihre Politik den Abfluss von Geldern aus Russland gestoppt

Beschlagnahmung blockierter Nationalbankguthaben

In diesem Zusammenhang ist man im Westen gegenwärtig noch zurückhal-

tend. Die weltweite Signalwirkung eines solchen Schrittes hätte zur Folge, dass kein Land mehr riskieren würde derartige Guthaben im Westen anzulegen. Die Saudis drohen nun den USA, dass wenn sie russische Gelder beschlagnahmten, sie alle US-Staatspapiere auf den Markt werfen würden. Inzwischen sollen jedoch die Erträge aus den blockierten russischen Guthaben zum Kauf von Waffen für die Ukraine verwendet werden. Auch dabei handelt es sich im Grunde genommen um Diebstahl.

10.4 Andere zahlen lassen

Im Ukrainekrieg zeichnet es sich gegenwärtig ab, dass sich die USA zurückziehen wollen. Die Europäer sollen jetzt übernehmen – und selbstverständlich zahlen. Der Präsidentschaftskandidat Trump fordert zudem, dass für den Wiederaufbau der Ukraine die Deutschen zahlen sollen. Siehe dazu auch das Kapitel 4.3.2.

11 Der Informationskrieg

11.1 Der Propagandakrieg

Das erste Kriegsoffer ist bekanntlich immer die Wahrheit. Beide Seiten verbreiten Propaganda, und es ist für den Einzelnen schwierig sich eine einigermaßen objektive Meinung zu bilden. Auch hier in der Schweiz sind wir einer intensiven Propaganda ausgesetzt. In unseren Medien läuft seit längerem eine intensive Kampagne gegen Russland – speziell gegen die Person Putin, und seit dem russischen Angriff im Februar 2022 wird besonders einseitig berichtet. Der Empfang russischer Informationskanäle wurde im Westen stark eingeschränkt, und in den Mainstream Medien werden „falsche“ Meinungen zensiert. In der Folge haben diese Medien daher stark an Glaubwürdigkeit verloren.

Wer nicht russlandkritisch argumentiert und/oder gar auf Ungereimtheiten hinweist, wird sehr rasch als „Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet, oder als „Putinverstehender“ abgekanzelt. Damit erübrigt es sich dann auf sachliche Argumente einzugehen.

Die Meinungsäusserungsfreiheit wird zunehmend eingeschränkt.

Künstler mit russischem Bezug dürfen nicht mehr auftreten, Professoren mit „falschen“ Ansichten, werden entlassen und viele Medien, die sich Ärger ersparen wollen, berichten nur noch russlandkritisch.

In Deutschland riskiert man inzwischen vor Gericht zu kommen, wenn man den „Angriffskrieg von Putin“ nicht verurteilt. So wurde z.B. ein Autofahrer zu einer Busse verurteilt, weil er mit einem Z-Symbol an der Heckscheibe durch Hamburg fuhr. Ein deutscher Reporter, der sich in russisch besetzte Gebiete begab und von dort berichtete, verlor nach seiner Rückkehr seine Stelle. Er hatte dabei den russischen Angriff nicht gutgeheissen, sondern versuchte sachlich über die dortige Situation zu berichten.

Ende Mai 2023 verurteilte das Amtsgericht in Köln eine Frau zu einer Strafe von 900.- Euro, weil sie den Krieg gegen die Ukraine befürwortet hat. Das Gericht befand, die Frau habe bei einer prorussischen Demonstration am 8. Mai 2022 in Köln den Krieg „für andere wahrnehmbar gutgeheissen und befürwortet.“

Die Russischen Medien (z.B.: Russia Today RT) kann man heute in den meisten NATO-Ländern nicht mehr empfangen. In der Schweiz ist das gegenwärtig aber noch möglich. Im Sept. 2024 machen die USA Druck auf Indien. Indien soll den Empfang von RT verbieten. Indien lehnte das ab. Im Gegensatz dazu soll Russland angeblich die westlichen Nachrichtenkanäle nicht blockieren. (Das soll sich allerdings inzwischen leider auch geändert haben.)

Bewährte Manipulationsmethoden:

Herrmann Göring sagte anlässlich des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses zum amerikanischen Gefängnispsychologen Gustave M. Gilbert: „Ob mit oder ohne Stimmrecht, das Volk kann immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“
Weitere bewährte Methoden:

a) Ausblenden der Vorgeschichte

Der andere hat angefangen! Der muss bestraft werden. Wir sind die Opfer und müssen uns mit allen Mitteln verteidigen. Dass man den „Angreifer“ so lange provoziert und gedemütigt hat, bis der keinen Ausweg mehr sah als Gewalt einzusetzen, wird verschwiegen.

Dieses Verfahren wendet der Westen im Ukrainekrieg an. Der von ihm organisierte Maidan-Umsturz 2014 und die Bekämpfung der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass wird ausgeblendet. Ebenfalls bedient sich Israel dieser Methode. Die jahrelange Unterdrückung und Vertreibung der Palästinenser, die Inhaftierung Tausender ohne Gerichtsverfahren, sowie die Angriffe jüdischer Siedler im Westjordanland betrachtet Israel als legitim. Dass die Hamas bei ihrem Angriff am 7. Oktober 2023 Geiseln nahm um Inhaftierte freizupressen, ist hingegen ein einzigartiges Verbrechen.

b) Rechtfertigung durch die Vorgeschichte

Wir haben alles versucht die Gegenseite an den Verhandlungstisch zu bewegen. Die gegnerischen Provokationen und Angriffe gingen aber immer weiter, so dass wir am Ende gezwungen wurden uns aktiv zur Wehr zu setzen. Wir verteidigen nur unsere Werte und die unterdrückten Opfer. Auf dieser Methode basiert die russische Argumentation im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg.

c) Schlecht machen der Gegner

Die Gegner handeln unethisch. Sie lügen und sind unglaubwürdig. Auf deren Argumente braucht man daher nicht einzugehen. Wir verteidigen die Menschenrechte. Zudem sind die Gegner dumm und ungebildet. Deren ungeschickte Äusserungen kann man genüsslich weiter verbreiten.

11.2 Aufklärung, Spionage, Desinformation und Zensur

Das sind Themen, die in jedem Krieg eine wichtige Rolle spielen. In diesem Bericht werden sie nicht weiter behandelt.

12. Mahnende Stimmen

12.1 Die Thukydides-Falle

Der Griechische Historiker Thukydides vertrat die Ansicht, dass der Krieg zwischen Sparta und Athen unvermeidlich war, weil Sparta seine Vormachtstellung durch das erstarkende Athen gefährdet sah. Zu dieser Theorie stellte eine Harvardstudie fest, dass wenn dominierende Mächte ihren Einfluss verloren, es wirklich selten ohne Krieg ging. Während den letzten 500 Jahren kam es dabei in 12 von 16 Fällen zu einem Krieg. Der Zerfall der Sowjetunion erfolgte überraschenderweise ohne Blutvergiessen. Der begonnene Niedergang der USA erscheint diesbezüglich aber viel gefährlicher.

12.2 Kritik aus den USA

Bill Burns, ursprünglich amerikanischer Botschafter in Moskau und ab 2021 CIA Direktor warnte bereits 1995 vor einer NATO Osterweiterung und 2008 warnte er Condolezza Rice, dass man mit einer Aufnahme der Ukraine in die NATO die roteste Linie der russischen Elite überschreiten würde.

Auch der Ex-CIA-Mitarbeiter **Raymond McGovern** ist ein scharfer Gegner der US-Aussenpolitik [27].

Der ehemalige US-Aussenminister **Henry Kissinger** warnte 2014 vor einer Osterweiterung der NATO: „Meine Einschätzung war damals, dass die Ukraine am besten neutral geblieben wäre.“ Er ist zudem nicht der Meinung, dass alle Schuld bei Putin liegt. Kissinger warnte auch vor einem Atomkrieg zwischen China und den USA. Der Konflikt um Taiwan könnte in einer Weise eskalieren, die niemand mehr kontrollieren kann [23].

Ganz scharf ins Gericht mit der US-Politik geht **Robert Kennedy** – der Neffe des früheren Präsidenten John F. Kennedy. In einem Video erklärte er am 17. Mai 2023 die Hintergründe des Krieges und warum „Hunderttausende junge Ukrainer ins Schlachthaus getrieben werden.“ Kennedy sieht den Ukrainekrieg als einen Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland, der von der NATO – speziell aber von den USA – provoziert wurde [23]. Die USA hatten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Abrüstungsverträge einseitig gekündigt, die NATO entgegen früheren Versprechungen schrittweise bis an die russische Grenze ausgeweitet und 14 frühere russische Satellitenstaaten aufgenommen. Selensky wurde als Friedenspräsident gewählt, dann aber von ukrainischen Ultranationalisten und den US-Neocons – speziell Victoria Nuland – dazu gebracht, auf Krieg zu setzen. Nuland war es auch, die dafür gesorgt hat, dass die USA aus den Nuklearverträgen ausgestiegen ist. Statt sich mit den Russen an den Verhandlungstisch zu setzen, hat die USA 130 Milliarden US\$ in diesen

Stellvertreterkrieg gepumpt. Präsident Biden hat zugegeben, dass es bei diesem Krieg darum gehe Russland zu schwächen, damit es nicht mehr in der Lage sei irgendwo anders auf der Welt zu kämpfen. Das Pentagon gibt zu, dass die Ukraine bis jetzt mehr als 300'000 Soldaten verloren hat. Die Russen töten die Ukrainer im Verhältnis 7:1. Sie haben 10 mal mehr Artillerie. Die ukrainische Infrastruktur ist zerstört, die Arbeitslosigkeit beträgt 60%, und das alles für die Phantasie der US Regierung. Soweit die Ausführungen von Robert Kennedy.

Ein weiterer scharfer Kritiker der US-Politik ist **John J. Mearsheimer**, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Chicago. Er bezeichnet diesen Krieg als mehrdimensionale Katastrophe, die sich in absehbarer Zeit noch erheblich verschlimmern wird. Er sieht die USA in erster Linie verantwortlich für die Verursachung der Ukrainekrise. [44]

Benjamin Abelow beschreibt in seinem Buch „Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte“ ausführlich die Vorgeschichte, die schliesslich die russischen „Sonderoperationen“ auslöste. [39]

Jefferey Sachs (US Ökonom) kritisiert Europa dafür, dass es gegenüber Russland und den USA zweierlei Mass anlege: „Russland hat seinen europäischen Verbündeten geholfen, Napoleon, den preussischen Militarismus und Nazi-Deutschland zu besiegen. Europa muss deshalb versuchen seine Beziehungen zu Moskau wieder zu normalisieren. Dazu muss es aber seine zweideutige Haltung gegenüber Russland aufgeben. Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten mehr Kriege vom Zaun gebrochen als jedes andere Land. Steht die Europäische Union noch in Kontakt mit den Vereinigten Staaten? Ja. Sollte sie planen, ihre Beziehungen zu Russland wieder zu normalisieren? Selbstverständlich!“ [26], [43]

Am 16. Mai 2023 veröffentlichte die „**New York Times**“ eine ganzseitige Anzeige. Der Text ist von 14 hochrangigen US-Sicherheitsexperten unterzeichnet. Die Überschrift lautet „Die USA sollten eine Kraft für den Frieden in der Welt sein“. Die Autoren rufen Präsident Biden auf, seine „volle Macht zu nutzen, um den Russland-Ukraine-Krieg schnell und diplomatisch zu beenden, insbesondere angesichts der ernststen Gefahren einer militärischen Eskalation, die ausser Kontrolle geraten könnte“.

Die US-Sicherheitsexperten erinnern: „Die unmittelbare Ursache für diesen katastrophalen Krieg in der Ukraine ist die russische Invasion. Doch die Pläne und Aktionen, die Nato bis an die Grenzen Russlands auszudehnen, haben dazu geführt, russische Ängste zu schüren. Und die russische Führung hat diesen Punkt 30 Jahre lang immer wieder betont. Ein Versagen der Diplomatie hat deshalb zu diesem Krieg geführt. Jetzt ist Diplomatie dringend gefragt, um den Russland-Ukraine-Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine ganz zerstört, und das Überleben der Menschheit in Gefahr bringt.“

12.3 Weitere Stimmen

Der ungarische Ministerpräsident **Viktor Orban** rebelliert immer wieder erfolgreich gegen die Vorgaben, die ihm Brüssel macht [25]. Er kritisiert die Sanktionen gegen Russland als unwirksam und selbstschädigend. Er setzt sich primär für sein eigenes Land ein und kritisiert die EU-Politik als nicht nachhaltig und gefährlich. Nachdem er EU-Ratspräsident wurde, entwickelte er sofort eine Reisetätigkeit zu den Konfliktparteien. Das kam bei den anderen EU-Gewaltigen schlecht an. Auch als E-Ratspräsident sei er nicht befugt die EU nach aussen zu vertreten.

Auch der französische Ministerpräsident **Emanuel Macron**, weicht von der Kriegsrhetorik der NATO ab – lässt es aber bei Worten bleiben.

Der **Papst** in Rom hat sich bisher sehr staatsmännisch verhalten. Er ruft im Ukrainekrieg zu Verhandlungen auf und stellt fest, dass nicht nur Russland die Schuld trifft. Er sei bereit beide Seiten zu besuchen – Kiew und Moskau.

China hält sich zurück und publizierte einen Friedensplan mit Waffenstillstand und Verhandlungen.

Eine **Friedensbewegung hat sich in Deutschland** mit den Aushängeschildern Sarah Wagenknecht, Alice Schwarzer und Ex-Brigadegeneral Erich Vad gebildet. Sie hat im Parlament aber kaum Einfluss und wird von den Medien wenig beachtet.

13. Gegenreaktionen anderer Mächte

13.1 Russlands Gegenstrategie

Natürlich nehmen die Russen die amerikanischen Weltherrschaftspläne ernst. Deshalb bereiteten sie sich seit Jahren auf mögliche Boykottmassnahmen und kriegerische Auseinandersetzungen vor. Die Armee wurde modernisiert und die Entwicklung neuer Waffen forciert. Insbesondere wurden Hyperschallwaffen entwickelt und bei den Streitkräften eingeführt, denen der Westen bis jetzt nichts entgegen zu setzen hatte. Das Bankwesen wurde ebenfalls darauf vorbereitet auch abgeschnitten von westlichen System weiter funktionsfähig zu bleiben. Russland engagiert sich auch sehr aktiv bei BRICS (siehe dazu das Kapitel 14.6. Bezüglich Rohstoffversorgung hatte Russland wenig zu fürchten. In diesem Bereich zeigt die Abhängigkeit in die andere Richtung. Schwerer wog die Technologieabhängigkeit. Aber auch hier hatte der Westen über deren Ausmass falsche Vorstellungen. Zudem flocht Russland engere Beziehungen zu anderen dem Westen gegenüber kritischen Ländern (China, Nordkorea, Iran, ...), und verstand es auch für boykottierte Waren eigne Kapazitäten aufzubauen und Umgehungswege zu etablieren.

13.2 Chinas Weg

Chinas Aufstieg basiert auf dem Prinzip Machtzuwachs durch Eigenleistung und Kooperation. Durch die „Neue Seidenstrasse“ hat China weltweit Zugriff auf Märkte und Rohstoffe. In vielen Bereichen ist der Westen heute mehr von China abhängig als umgekehrt (z.B. „seltene Erden“, Solarzellen, ...). Westliche Boykottmassnahmen können der chinesischen Wirtschaft am ehesten schaden, wenn ihr der Marktzugang zu den USA und Europa verwehrt wird. Lieferverbote für Software und hochkomplexe Halbleiterchips – die heute beinahe alle in Taiwan produziert werden – ermunterten China eigene Kapazitäten aufzubauen. Es wird wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis China auch auf diesem Gebiet führend sein wird.

Neben dem wirtschaftlichen Aufbau begann – in Anbetracht des Säbelras selns der USA um Taiwan – inzwischen auch China aufzurüsten. Dank der sehr leistungsfähigen Wirtschaft erfolgt das sehr rasch. China besitzt heute bereits mehr Kriegsschiffe als die USA und hat damit begonnen das Südchinesische Meer für sich in Anspruch zu nehmen. Selbstverständlich engagiert sich China auch sehr intensiv bei BRICS (siehe dazu Kap. 14).

13.3 Europa

Das Verhalten von Europa – insbesondere von der EU – gleicht einem Trauerspiel. Von einer eigenen Strategie kann man nicht reden. Europa hat sich den USA untergeordnet und lässt sich ausnehmen.

14. Weltwirtschaftliche Veränderungen

14.1 Ende der Globalisierung

Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater von Präsident Biden, kritisiert die wirtschaftspolitischen Ideen der letzten Dekaden scharf. Ganze Lieferketten strategischer Güter, Industrien und Arbeitsplätze seien ins Ausland abgewandert. An Stelle von Freihandel gilt jetzt das Zauberwort „Resilienz“ für die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Die Zeit der Deregulierung und des freien Handels scheint Geschichte zu sein. Hinter der neuen Politik steckt die Furcht vor dem Aufstieg Chinas. China und die USA distanzieren sich schrittweise vom Freihandel und verstossen inzwischen mehr oder weniger offen gegen die WTO-Regeln. Die USA will im Wettstreit gegen China auch Europa miteinbinden, und selbst USA-freundliche Stimmen sprechen von einer Vasallisierung Europas durch die USA. Die europäische Wirtschaft ist aber eng mit China verflochten, und Politiker warnen davor, dass Europas grüner Übergang ohne China nicht möglich sei. Die EU bezieht 98% der Rohstoffe, die für die Batterieherstellung benötigt werden, aus China und bei den Solarpanels hat China einen Marktanteil von 75%.

14.2 Mehr Distanz zu den USA

Nach dem bestialischen Mord am Journalisten Jamal Khashoggi – einem Kritiker des Saudi Arabischen Regimes – am 2. Oktober 2018 in Istanbul, bezeichnete Präsident Biden den Saudi-Arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman als „Mörder,“ und mit Mördern spricht man bekanntlich nicht. Nach den gegen Russland verhängten Sanktionen pilgerte Biden dann doch nach Saudi Arabien, um bei Salman um eine höhere Förderquote für Öl zu betteln. Salman bleibt aber auf Distanz. Inzwischen versöhnte sich Salman mit chinesischer Vermittlung auch wieder mit dem Iran und Syrien. Syrien wurde inzwischen sogar wieder in die Arabische Liga aufgenommen. Die USA haben sich im Nahen Osten viele Feinde gemacht, und nichts vereint so sehr wie ein gemeinsamer Feind.

Auch die Türkei pflegt vermehrt Distanz zu den USA. Nachdem sie russische Flugabwehrsysteme beschafft hatte, weigerten sich die USA bestellte F35 Kampfflugzeuge zu liefern. Dann blockierte die Türkei lange Zeit die Aufnahme von Schweden in die NATO. Die Türkei kann man wohl nur noch als Pro-Forma NATO-Mitglied bezeichnen.

Auch Ungarn will heute trotz EU-Mitgliedschaft gute Beziehungen mit Russland, weigert sich die Sanktionen der EU gegen Russland mitzutragen, und blockiert Waffenlieferungen an die Ukraine.

14.3 **Ausstieg aus dem Petrodollar-Vertrag**

1974 schlossen Henry Kissinger und der saudiarabische Prinz Fahd ibn Abd al-Aziz für 50 Jahre ein Wirtschaftsabkommen, das implizierte, dass arabisches Öl in Dollar gehandelt werde. 2024 entschied sich nun Saudi-Arabien den Vertrag auslaufen zu lassen.

Die Saudis machen jetzt nicht nur bei BRICS mit (siehe Kap. 14.6), sondern haben auch ihre Beteiligung am Projekt mBridge angekündigt. Bei diesem Projekt geht es um die Entwicklung einer digitalen Währungsplattform (CBDC), die von mehreren Zentralbanken und Geschäftsbanken gemeinsam genutzt werden kann.

14.4 **Zusammenarbeit zwischen Russland und China – und Nordkorea!**

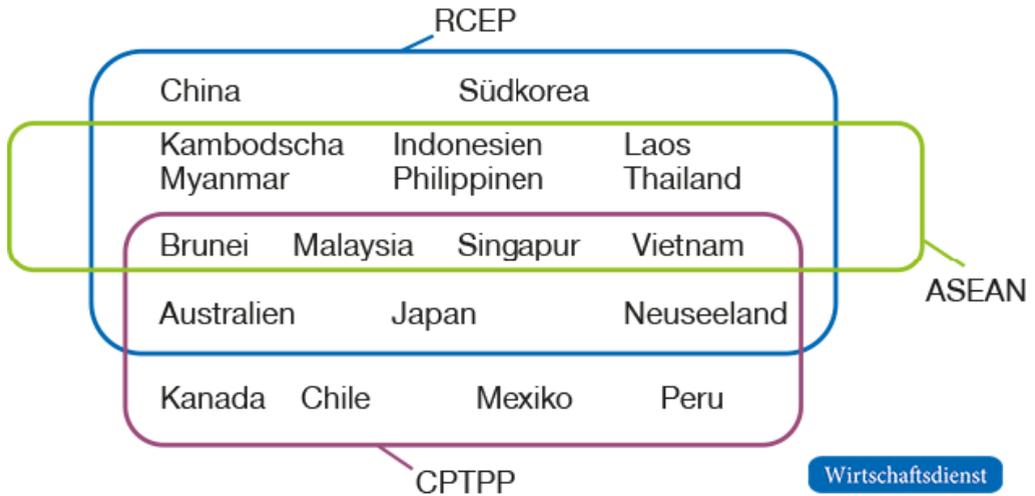
Genau das, was die USA eigentlich immer vermeiden wollten, ist inzwischen eingetreten: Russland wurde den Chinesen „förmlich in die Arme getrieben“, sagen Kritiker der US Politik. China unterstützt zwar Russland nicht militärisch, aber die Handelsbeziehungen werden immer enger, und die Transportwege werden ausgebaut. Beobachter sind der Ansicht, dass auch China nicht an einem zu starken Russland interessiert sei, sondern es sich als günstigen Rohstofflieferanten erhalten möchte. Zudem soll Russland den Chinesen in der kommenden militärischen Auseinandersetzung mit den USA den Rücken frei halten. Nordkorea hat sich inzwischen zu einem guten Handelspartner und Waffenlieferanten für Russland entwickelt.

14.5 **Neue starke Wirtschaftsblöcke sind entstanden**

Die USA haben sich mit ihrer Weltmachtspolitik viele Feinde gemacht. Andere Länder sind inzwischen wirtschaftlich stärker geworden und haben begonnen sich zusammenzuschliessen. Mit der Blockierung und Beschlagnahme russischer Vermögenswerte und dem Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr ist die Bereitschaft Vermögen bei US-Banken (aber auch bei Schweizer Banken!) anzulegen gesunken. Alternative Finanzsysteme sind am Entstehen. Der US-Dollar dürfte als Leitwährung in absehbarer Zeit an Bedeutung verlieren oder gar abgelöst werden.

14.5.1 **Wirtschafts-Abkommen im Asiatischen Raum**

Im Folgenden die heute wichtigsten Handelsabkommen. Man beachte: bei keinem dieser Abkommen sind die USA dabei.



Die **ASEAN** (Association of Southeast Asian Nations) wurde 1967 gegründet und ist bis heute auf zehn Mitgliedstaaten angewachsen: Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam. Diese zehn Mitgliedstaaten umfassen mit über 600 Millionen Einwohnern circa 8 % der Weltbevölkerung.

Das **RCEP** (Regional Comprehensive Economic Partnership) Handelsabkommen entstand, als die ASEAN Staaten mit China, Indien und weiteren Staaten eine Freihandelszone planten. Indien zog sich dann zurück. Das Abkommen trat im Januar 2022 in Kraft. Es wurde von 15 Staaten unterzeichnet und stellt das weltweit grösste derartige Abkommen dar. Es betrifft knapp 30% des Welthandels. Die USA und Europa sind nicht dabei.

Der Handelspakt **CPTPP** (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership) wurde 2018 von 6 Vertragsstaaten ratifiziert. Er umfasst derzeit elf Mitgliedsstaaten, dazu gehören Australien, Kanada, Chile, Mexiko, Japan, Brunei, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Diese Länder stehen für 13.4% des weltweiten BIP und 480 Mio. Menschen. Das Abkommen entstand, nach dem Austritt der USA aus dem TPP, der zwar im Februar 2016 unterzeichnet wurde, dann aber nach dem Rücktritt der USA nicht in Kraft trat. Inzwischen interessieren sich auch die folgenden Länder für einen Beitritt: Grossbritannien, Thailand, Kolumbien, Indonesien, Südkorea und Taiwan.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) (englisch Shanghai Cooperation Organisation, SCO) ist eine Internationale Organisation mit Sitz in Peking. Sie wurde 2001 gegründet und ging aus den 1996 gegründeten Shanghai Five hervor. Ihr gehören die Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan an. Die SOZ beschäftigt sich mit der sicherheitspolitischen

Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie Wirtschafts- und Handelsfragen und der Stabilität in der Region. Derzeit vertritt die SOZ circa 40% der Weltbevölkerung, und stellt damit die weltweit größte Regionalorganisation dar. Seit Dezember 2004 hat die SOZ Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen.

14.5.2 Das Eastern Economic Forum EEF

Noch wenig beachtet vom Westen hat sich seit 2015 im fernen Osten das EEF ein jährlich stattfindendes Forum ähnlich dem WEF in Davos entwickelt. Es ist eine Gelegenheit für Regierungen und Unternehmer aus verschiedenen Ländern einander zu treffen; Vereinbarungen und Verträge zu unterzeichnen – nicht gegen, aber ohne den Westen [75].

14.6 BRICS

BRICS wurde 2009 von **B**rasilien, **R**ussland, **I**ndien, **C**hina, **S**üdafrika (Total 3.1 Mia. Einwohner) gegründet. Diese Staaten versuchen sich möglichst aus der amerikanischen Umklammerung zu lösen und den Dollar als Leitwährung zu umgehen. Sie sehen sich als Gegengewicht zu den G7-Staaten und wollen eine eigene Entwicklungsbank sowie eine eigene Weltbank gründen. Als Ersatz für den IWF soll ein Pool von Währungsreserven geschaffen werden. Damit können zu attraktiven Konditionen Kredite gewährt werden ohne Forderung nach pro-westlichen Reformen oder Privatisierungen zu Gunsten westlicher Konzerne. Bis es BRICS gelingt den US Dollar abzulösen, wird es aber noch einige Zeit dauern. Die bisherige aggressive Politik der USA wird diesen Prozess beschleunigen. Gleichzeitig versuchen die USA BRICS aus Angst vor Machtverlust aktiv zu bekämpfen. Sie haben bereits begonnen BRICS-Mitgliedern und Kandidaten mit einem vollständigen hybriden Krieg zu drohen [76].

2024 sind die folgenden weiteren Länder beigetreten: Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, Äthiopien, und die Vereinigten Arabischen Emirate. 50 weitere Länder möchten ebenfalls beitreten – neustens auch die Türkei (ein NATO-Mitglied!). Bezüglich Wirtschaftsleistung haben die BRICS-Staaten die G7 bereits überholt.

Die Anwesenheit von Staats- und Regierungschefs der grössten Weltmächte wie China und Indien am BRICS-Gipfel der im Oktober 2024 in Kasan stattfand, unterstreicht die Bedeutung dieser Organisation. Auch der UNO Generalsekretär Guterres, machte der Konferenz seine Aufwartung, was im Westen kritisiert wurde.

Die folgenden Zahlen dokumentieren die Bedeutung von BRICS:

- 39% Anteil an der weltweiten Industrieproduktion
- 44% Anteil an der globalen Weizenproduktion
- 54% Anteil an der globalen Reisproduktion
- 74% Anteil an der globalen Aluminiumproduktion

15. Was in Europa die US-Strategie unterstützt, bewusst oder unbewusst, geplant oder ungeplant

„**Nützliche Idioten**“ Dieser Ausdruck stammt von Lenin. Damit meinte er alle Gutgläubigen, die seine Revolution unterstützten, obwohl sie darunter leiden werden. Damit meinte er insbesondere auch Geschäftemacher: „Die Kapitalisten werden sich darum reissen, uns die Stricke zu liefern, an denen wir sie dann aufhängen werden.“

Bei vielen emotional aufgeheizten Bewegungen ist es nicht immer klar, was dahinter steckt. Oft sind es ernstzunehmende Bedenken, oft aber auch gezielt angeheizte Emotionen, die für, oder gegen verdeckte Interessen instrumentalisiert werden. Manchmal braucht es auch nur einen Anstoss von Aussen, um eine bestimmte Bewegung zu aktivieren. Dann entwickelt sich eine Eigendynamik, die nicht mehr kontrollierbar ist. Wie das funktioniert, hat Peter Metzinger in seinem Buch Business Campaigning beschrieben.

Im Rahmen der sog. „hybriden Kriegsführung“ spielt neben den militärischen und wirtschaftlichen Massnahmen auch die psychologische Kriegsführung eine bedeutende Rolle. Kunst und Kultur kommen neben den Massenmedien wichtige Rollen zuteil. Nach Antonio Gramsci geht es darum die „Kulturelle Hegemonie“ zu erreichen.

15.1 Die Schwächung der europäischen Wirtschaft

15.1.1 Expansion, Bürokratisierung und Zentralisierung der EU

Die rasche Expansion der EU durch Länder, die die Aufnahmebedingungen eigentlich nicht erfüllten, vor allem aber die Einführung des Euros erzeugte viele Probleme, die Europa als Ganzes schwächen. Dazu entstand eine übermächtige Bürokratie, die vor allem die mittelständischen Betriebe stark belastet. Zyniker behaupteten früher: Die Franzosen und Engländer machen die Normen und Gesetze, die Italiener ignorieren sie, die Deutschen halten sie ein, und die Schweizer verschärfen sie noch.

15.1.2 Einführung des Euro

Mit der Einführung des Euros konnten die unterschiedlichen Volkswirtschaften ihre Handelsbilanzen nicht mehr durch unterschiedliche Wechselkurse ausgleichen. Das führte zur Verschuldung von wirtschaftlich schwachen Ländern z.B. Griechenland, und entsprechend politischen Spannungen. Dazu kommt die Verschuldungspolitik der Europäischen Zentralbank, was zu immer mehr Inflation führt.

15.1.3 Korruption und Kriminalität

Bei der Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) Christine Lagarde handelt es sich um eine gerichtlich verurteilte Straftäterin. Im Dezember 2016 wurde Lagarde – damals noch Präsidentin des IWF – vor Gericht des fahrlässigen Umgangs mit öffentlichen Geldern schuldig gesprochen. Die Richter in Paris verzichteten jedoch darauf, eine Strafe zu verhängen. Sie begründeten dies mit der "Persönlichkeit" Lagardes und ihrem "internationalen Ansehen". Das Urteil könnte eine neue Führungsdebatte beim IWF auslösen. 2019 wurde dann Lagarde Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB).

Ein weiterer Korruptionsskandal erschütterte die EU im Dezember 2022. Eine Vice-Präsidentin des EU-Parlaments, Eva Kaili, sowie drei weitere Personen wurden wegen des Verdachts auf Korruption und Geldwäsche in Untersuchungshaft gesetzt. Insider behaupten, das sei nur die Spitze eines Eisberges. Das EU-Parlament hat inzwischen einen ersten Reformplan für die Korruptionsprävention vorgelegt.

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde im April 2023 in Belgien strafrechtlich verklagt. Die Anzeige wirft ihr "Amtsanmassung und Titelmisbrauch", "Vernichtung öffentlicher Dokumente" sowie "illegale Interessenvertretung und Korruption" vor. Von der Leyen soll per SMS direkt mit Pfizer-CEO Albert Bourla an den Mitgliedsstaaten und der Kommission vorbei zusätzliche Pfizer-Impf-Dosen im Wert von 1,8 Milliarden Euro ausgehandelt haben. Mit dem "Pfizer-Deal" habe sich von der Leyen "ohne jegliches Mandat" angemasst, sich an die Stelle der Mitgliedsstaaten zu setzen. Sie habe "direkt und geheim" unter anderem per SMS mit dem CEO von Pfizer Impfstoffkaufverträge ausgehandelt.

Die Bürger sind im täglichen Leben mehr mit „Kleinkriminalität“ (Diebstahl, Überfälle, Vergewaltigung und Mord) konfrontiert, die im Zusammenhang mit den vielen Migranten aus fremden Kulturen anwuchs. Das wurde aber von vielen Politikern und teilweise auch von den Medien lange tabuisiert.

15.2 Politische Bewegungen

Die folgenden Bewegungen beeinträchtigen zum Teil die europäische Wirtschaft und zum Teil auch die politische Handlungsfähigkeit der Europäer.

15.2.1 Die Klimabewegung

Diese Bewegung engagiert sich für einschneidenden Massnahmen gegen die befürchtete Klimaerwärmung – speziell für die Eindämmung des CO₂-Ausstosses. Auf diesen Zug sind viele Parteien aufgesprungen und übertreffen sich heute mit zum Teil kontraproduktiven Forderungen. Politiker ohne jeden Sachverstand trafen Entscheide, die z.B. in Deutschland zur Folge haben, dass das Land heute mehr CO₂ produziert als früher, und viele Betriebe abwandern oder schliessen. Es ist nicht immer klar, welche Interessen dahinter stecken, wer diese Bewegungen finanziert, und wie viele

nützliche Idioten sich durch geschickte Kampagnen haben anstecken lassen. Neben Greta Thunbergs Bewegung „Fridays für Future“ treten die Klimakleber „The last Generation“ noch militanter auf. Die Klimakleber sind aus den USA gesteuert und finanziert. Der „**Climate Emergency Fund**“ (CEF), ist eine amerikanische Organisation, die Spenden sammelt und damit weltweit Gruppen fördert, die sich gegen die Erderwärmung einsetzen. Der CEF wird von der US-Steuerbehörde IRS als gemeinnützige, steuerbefreite Organisation anerkannt. Siehe dazu: <https://www.climateemergencyfund.org>. Als Direktorin amtiert Margaret Klein Salamon, PhD. Wie weit neokonservative Kräfte dahinter stecken ist unklar. Dieser kalifornische Fond unterstützt seit der Gründung 2019 laut offizieller Website Organisationen, die „zivilen Ungehorsam in ihrer Strategie verankert haben“. Die „Letzte Generation“ in Europa gibt an, den „Grossteil der Mittel für Recruitment, Training und Weiterbildung aus dem „Climate Emergency Fund“ zu erhalten.

Als die Berliner 2023 über ein Klimagesetz abstimmen konnten, das die Stadt bereits 2030 hätte Klimaneutral machen sollen, wurde dafür mit 1.2 Mio. Euro Spenden geworben. 380'000 Euro davon kamen aus den USA. (Das Gesetz fand dann trotzdem keine Zustimmung.)

Teilweise haben sich auch kirchliche Kreise durch die Klimabewegung instrumentalisiert lassen und fordern inzwischen: „Klimagerechtigkeit jetzt!“.

15.2.2 Die Anti-Atomkraft-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung wurde ursprünglich speziell in Deutschland von der DDR gefördert. Das beschreibt Bettina Röhl, die Tochter von Ulrike Meinhoff, in ihrem Buch „So macht Kommunismus Spass“. Die Abschaltung und die Verhinderung von Neubauten von Kernkraftwerken schwächt Deutschlands wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, und ist somit heute im Interesse der US-Industrie. Das Ausweichen auf viel teurere „nachhaltige“ Energien kostet enorme Summen und belastet dadurch die deutsche Wirtschaft. Am Ende kauft Deutschland die fehlende Energie aus französischen Kernkraftwerken, aus polnischen Kohlekraftwerken, oder es kauft teures Fracking-Gas aus den USA. Erstaunlicherweise ist die Anti-AKW-Bewegung vor allem in deutschsprachigen Ländern aktiv. Dass die Angst vor Kernkraftwerken nach den Unglücken in Tschernobyl und Fukushima angestiegen ist, ist nachvollziehbar. Inzwischen werden aber auf der ganzen Welt wieder AKWs gebaut – selbst in Japan. Nur Deutschland schaltet gute und sicher funktionierende AKWs ab und produziert wieder vermehrt Strom in Kohlekraftwerken. Natürlich wird auch die sogenannte „nachhaltige Energie“ (Sonne und Wind) ausgebaut. Deren Leistung ist aber unzuverlässig, und sie kann die enormen Energiemengen (Bandenergie), die bisher von Kernkraftwerken produziert wurden, nicht liefern. Das ist schlecht für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und daher im Interesse der US-Industrie. Erste Firmen ziehen nun von Deutschland weg in Richtung China und USA. Die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen möchte jetzt – wohl im Auftrag der USA? – den Wegzug nach China mit Investitionsverboten unterbinden.

15.3 Die schrankenlose Zuwanderung

Die schrankenlose Zuwanderung fremder Ethnien seit Jahren verursacht nicht nur sehr hohe Sozialkosten, sondern auch ethnische und religiöse Spannungen, sowie einen eklatanten Anstieg der Kriminalität. Die fremden „Fachkräfte“ fördern das Staatswachstum und schaden der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes. Wer Deutschland oder anderen Ländern schaden will, fördert das. Politiker, die sich dagegen stellen, werden diffamiert. Merkels Spruch „Wir schaffen das!“ hört man heute immer seltener. Das Problem ist aber da und verschärft sich täglich weiter. Ganz extrem hat sich in Schweden die Kriminalität unter Migranten entwickelt. Auch in deutschen Grossstädten gibt es inzwischen Quartiere, in denen die Scharia gilt und in die sich die Polizei nicht mehr hinein getraut. Seit eigenen Landsleuten Mitwohnungen gekündigt werden, um darin Migranten unterzubringen, steigt der Unmut gegen die Migranten zusätzlich. Um den Wegzug von Deutschen, die die Nase voll haben, zu erschweren, hat man inzwischen die happigen „Wegzugssteuern“ erhöht. Das erinnert in fataler Weise an die sog. „Reichs-Flucht-Steuer“ mit der das Nazi-Regime einst die zur Ausreise gezwungenen Juden zusätzlich ausnahm.

15.4 Kultureller Niedergang und Zerfall

„Reichtum führt nie zu Selbstvertrauen. Reichtum führt eine Zivilisation zu Selbstzweifeln und Willensschwäche.“

Branco Weiss, Unternehmer

15.4.1 Rückgang der Bildungsqualität

In allen Gegenden mit einem grossen Anteil an Migranten ist ein Rückgang des Bildungsniveaus zu beobachten. Wenn die Kinder in einer Schulklasse zu Hause nicht die Landessprache sprechen, hat das einen Einfluss auf die Schulleistungen. Dazu kommt, dass Lehrerinnen von islamischen Knaben und Eltern nicht akzeptiert werden.

Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten kommen teilweise noch praxisfremde Schulreformen, die kein Wissen, sondern nur noch Kompetenzen vermitteln wollen. Lehrmeister in der Wirtschaft sind dann mit Lehrlingen konfrontiert, die weder unsere Kulturtechniken Rechnen, Schreiben und Lesen noch die Sprache korrekt beherrschen und nach „alternativen“ Wertvorstellungen leben. Die PISA Studie stellte fest: **In der Schweiz kann jeder 4. Schulabgänger nicht richtig lesen.** Er versteht das Gelesene nicht!

Eine hohe Maturitätsquote erreichte man mit der Absenkung der Anforderungen. Dasselbe an den Fachhochschulen: In der Schweiz können heute Berufsleute – ohne Ingenieurdiplom – direkt in ein Nachdiplomstudium für Ingenieure einsteigen und ein Masterdiplom erwerben. Auf Dozenten, die

ungenügende Leistungen mit ungenügenden Noten bewerten, wird Druck ausgeübt. Die Kursteilnehmer hätten schliesslich Fr. 21'000.- Gebühren bezahlt und deshalb Anrecht auf ein Masterdiplom. (Das hat der Autor dieses Beitrages als Dozent selbst erlebt.)

Eine Demokratie funktioniert nur mit gut informierten Bürgern, die selber denken können. Dumme und Desinteressierte lassen sich leicht ausnützen und manipulieren. Sie lassen sich am Ende gar noch überzeugen, dass es für sie besser ist, andere für sie entscheiden zu lassen und auf ihre Freiheiten verzichten.

15.4.2 **Zerstörung der kulturellen Identität**

Die jungen Leute kennen heute die Geschichte und die Traditionen des eigenen Landes nicht mehr. Das scheint gewollt. Der Geschichtsunterricht wurde an den Schulen stark eingeschränkt, und Traditionen werden verdrängt. In der Schweiz soll jetzt z.B. noch ein zweiter Nationalfeiertag eingeführt werden. Damit könnte man die traditionelle 1. August-Feier abwerten.

15.4.3 **Umgang / Instrumentalisierung von Pandemien**

Der Umgang mit der Coronakrise und die inzwischen in diesem Zusammenhang an die Öffentlichkeit gelangten Skandale haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Staaten und Medien nachhaltig erschüttert. Viele haben heute das Gefühl nur noch angelogen zu werden.

15.4.4 **Geistige Orientierungskrise**

Herkömmliche Vorstellungen und Werte kommen ins Schleudern. Selbst physikalische und biologische Tatsachen sollen nicht mehr gelten. Ich kann jetzt für Fr. 75.- bei der Einwohnerkontrolle mein Geschlecht ändern. Kindern werden Hormone verabreicht, um die Pubertät hinauszuzögern, damit sie mehr Zeit hätten sich für ein Geschlecht zu entscheiden. Neu sieht das Gesetz in Deutschland jetzt allerdings vor, dass die Männer in Kriegszeiten ihr Geschlecht nicht mehr ändern dürfen, und auch Trans-Frauen eingezo-gen würden.

Dank der **Gender-Bewegung** werden nicht genderneutral formulierte Dokumente nicht mehr akzeptiert; an Schulen aus diesem Grund Diplomarbeiten zurückgewiesen. In Groningen (Holland) wurde kürzlich die Aufführung des bekannten Theaterstücks „Warten auf Godot“ verboten, weil darin nur Männer vorkommen.

Die **Woke-Bewegung** schafft es, dass unerwünschte Meinungen unterdrückt werden, und von ihr geächtete Künstler nicht mehr auftreten dürfen. Herkömmliche Bräuche werden verboten, wenn ihnen „Kulturelle Aneignung“ angedichtet wird.

Auch traditionelle Institutionen wie die Kirchen sehen sich in der Krise. Das mögen sie zum Teil selbst verschuldet haben, weil sie sich zu lange auf ihre Dogmen und Traditionen verlassen, sowie neue Erkenntnisse und Entwicklungen ignoriert haben. Zusätzlich rächt sich jetzt, dass jahrelang sexuelle Übergriffe von Geistlichen vertuscht, statt offen bekämpft wurden. Es mag aber auch Kreise geben, die darin eine weitere Gelegenheit sehen die Gesellschaft zusätzlich zu verunsichern. Das würde auch erklären, warum sexuelle Verfehlungen innerhalb linker Kreise kein Thema sind (z.B. jene in der Odenwaldschule).

Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen.

J. W. Goethe

In wirtschaftlich guten Zeiten beginnen sich die Leute mit Dingen zu beschäftigen, die sonst keine Themen waren und an den Universitäten dominieren Orchideen- und Papageien-Fächer. Gendergerechtigkeit und politische Korrektheit ist wichtiger als wirtschaftliche Leistung. Reichtum verachtet man, lässt sich aber vom Staat fürstlich bezahlen.

15.4.5 Unfähige Politiker

In vielen westlichen Ländern haben leider die wirklichen Leistungsträger der Gesellschaft die Politik jenen überlassen, die Zeit dafür haben. Sie hatten es auch satt, sich in den Parlamenten mit Ideologen auf Kindergarten Niveau zu streiten. Leute ohne abgeschlossene Ausbildung und solche, die in der Wirtschaft nie etwas geleistet haben, gelangen heute in höchste Partei- und Staatsämter. Auf die Aufzählung aktueller Beispiele wird hier verzichtet. Im Internet und in den Medien finden sich dazu täglich genügend kabarethafte Auftritte. Die wirklichen Leistungsträger in unserer Gesellschaft sehen sich immer häufiger mit von Ideologen und Gutmenschen erzeugten Problemen konfrontiert. Viele haben inzwischen resigniert und sich ins Private zurückgezogen.

15.4.6 Verpolitisierung der Justiz

Gerichte haben vermehrt damit begonnen nicht mehr die Gesetze anzuwenden sondern nach dem gerade aktuellen Zeitgeist moralisch zu entscheiden. So gab 2022 in Zürich ein Richter bekannt, dass er alle Klimakleber frei sprechen werde. Seither werden ihm keine derartigen Fälle mehr überwiesen. Weitere Konsequenzen hatte das für ihn aber nicht. Bürger beginnen sich jetzt zu fragen, warum sie sich an die Gesetze halten sollten, wenn Richter öffentlich deklarieren, Gesetze nicht mehr anwenden zu wollen. In Deutschland geht die Justiz „Gegen Rechts“ mit äusserster Härte

vor. Linke Aktivisten werden toleriert und höchstens mit Samthandschuhen angefasst. Vor dem Gesetz sind wir nicht mehr gleich. In der Schweiz und in Deutschland ist es nach der Übernahme von EU-Sanktionen verboten Rechtsberatung für in Russland niedergelassene juristische Personen zu erbringen. Der deutsche Anwaltsverein beurteilt das als „falsches Signal, für die Rechtsstaatlichkeit“. Nachdem in Deutschland der Verfassungsschutz die Klimaaktivisten als terroristische Vereinigung einschätzte, kam es zu Razzien bei diesen Organisationen. Das wiederum wurde von der UNO verurteilt. Die Klimakleber hätten Schutz verdient.

15.5 Desinteresse der Stimmbürger – und Unternehmer!

In der Schweiz darf das Volk nicht nur wählen, sondern auch über Sachvorlagen und Gesetze abstimmen. Das scheint leider immer weniger Stimmbürger zu interessieren. Wenn über 50% der Berechtigten nicht mehr von ihrem Recht Gebrauch machen, stellt sich die Frage, ob eine solche Demokratie noch funktioniert. Wenn sich die „Schweigende Mehrheit“ nicht mehr um den Staat kümmert, gelangen extreme Gruppen zu viel mehr Einfluss und Macht, als ihnen sonst zustehen würde. Natürlich könnten die Stimmbürger – sofern sie die negativen Auswirkungen erkennen – das bei den nächsten Wahlen und mit Initiativen theoretisch wieder rückgängig machen. Das dauert aber. Ist der Schaden einmal angerichtet, lässt er sich oft nur noch teilweise reparieren. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!“

15.6 Umgehung der Stimmbürger

Dass in der Schweiz Entscheide von Volksabstimmungen nicht umgesetzt werden, hat leider beinahe schon Tradition. Einige Beispiele:

- Die „Abzockerinitiative“ wurde vom Parlament so stark verwässert, dass von der Absicht des Initiators nur noch wenig übrig blieb.
- Die „Masseneinwanderungsinitiative“ (MEI) wurde vom Parlament und der Regierung aus Sicht der Initiatoren nicht umgesetzt.
- Die „Ausschaffungsinitiative“ wurde vom Parlament und anschliessend von den Gerichten so „umgesetzt“. dass sie unwirksam blieb.

Gegenwärtig versucht der Bundesrat mit der EU wieder einen „Rahmenvertrag“ abzuschliessen. Um den erwarteten Widerstand zu brechen, wurde zuerst behauptet, dass dazu kein Volksentscheid notwendig sei und der Bundesrat allein handeln könne. Inzwischen wird argumentiert, dass dafür kein Ständemehr, sondern nur ein Volksmehr notwendig sei.

Die „classe politique“ insbesondere der Bundesrat hat offenbar den Kontakt zum Volk verloren und agiert immer abgehobener.

Bundesrat Cassis hat mit seinem Agieren die Neutralität der Schweiz nachhaltig zerstört. Auch sollte die laufende Neutralitätsinitiative massiv angenommen werden, lässt sich kaum mehr alles Zerbrochene flicken. Und bis dann kann Cassis diesbezüglich noch mehr Unheil anrichten. Die NZZ argumentiert inzwischen bereits, dass die Schweizerische Neutralität nicht mehr zeitgemäss sei.

Bundesrätin Amherd macht keinen Hehl daraus, dass sie die Schweiz in die NATO führen will. Dafür hat sie bereits mehrere Abkommen für eine engere Zusammenarbeit mit der NATO geschlossen.

Das Desinteresse weiter Kreise (siehe Kap. 15.5) macht es den Regierenden einfach. Jean-Claude Juncker sagte einst (damals Präsident der Europäischen Kommission): *"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."*

Fazit: Die Bürger sind selber schuld, wenn sie sich nicht wehren. „Wer nicht handelt wird behandelt!“

15.7 Auswirkungen der Veränderungen

Bei **Vertrauensverlust** wenden sich die Menschen vermehrt vom Staat ab und viele ziehen sich ins Private zurück. Die Autorität von Regierungen, aber auch von Gerichten wird vermehrt hinterfragt. Auch die Mainstream-Medien haben vor allem seit der Corona-Krise viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüsst. Viele Politiker reagieren aufgeschreckt auf die sich abzeichnenden Veränderungen mit unüberlegten Massnahmen. Das untergräbt ihre Glaubwürdigkeit zusätzlich.

Studien zeigen: Wohlstand macht die Leute toleranter. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Krisen wird die **Toleranz abnehmen**. Es ist damit zu rechnen, dass es vermehrt zu Gewalteinsatz kommen wird – keine guten Aussichten für Europa.

16. Weitere Gefahren

Bei den folgenden Abkommen und Bewegungen befürchten vor allem bürgerliche Kreise Gefahren für die direkte Demokratie, die Unabhängigkeit und Freiheit, weil sie via internationalem Recht die direkte Demokratie aushebeln und auch den Einfluss der nationalen Parlamente reduzieren würden:

Der **UNO Migrationspakt** soll die Rechte von Migranten und Flüchtlingen stärken. Die Befürworter behaupten, diese Verträge seien nicht rechtlich bindend, sondern hätten nur den Charakter von Richtlinien. Das Parlament könnte immer noch anders entscheiden. Dann brauchen wir diese Verträge auch nicht, argumentieren die Gegner. Ein Antrag im Ständerat von Hannes Germann gegen eine Unterzeichnung wurde am 29.11.2018 abgelehnt.

Der **WHO Pandemievertrag** soll den Umgang mit Pandemien weltweit vereinheitlichen und dazu der WHO weitreichende Kompetenzen übertragen. Der Vertrag sollte ab Ende 2024 gelten. Die Gegner warnen, dass wir dadurch der WHO diktatorische Vollmachten übertragen würden. Die Versuchung für die Pharmaindustrie das zu beeinflussen und zu missbrauchen wäre immens. Wichtige Bestimmungen sind:

Der WHO Generaldirektor kann jederzeit ohne Konsultationen eine Pandemie ausrufen und die Anordnungen wären völkerrechtlich verbindlich. Die Durchsetzung würde polizeilich oder gar militärisch erfolgen. Er könnte zwangsweise Medikationen und Impfungen für alle Menschen anordnen. Einführung eines verpflichtenden weltweiten Impfpasses; wer nicht vollständig geimpft ist, wird als krank eingestuft.

Mit seinen Vorstellungen eines „**Great Reset**“ für die gesamte Weltwirtschaft und quasi einer „Weltregierung“, stösst Klaus Schwab (Gründer des WEF in Davos) in demokratischen Kreisen auf breite Ablehnung. Auch der Unternehmer Elon Musk äussert sich negativ. Er argumentiert, dass den Menschen und vor allem den Regierungen immer wieder Fehler unterlaufen. Wenn es aber nur noch eine Regierung gäbe, würden sich deren Fehler auf die ganze Menschheit auswirken und wären nicht mehr korrigierbar.

16.1 Faschistische Tendenzen

„Wir waren die ersten, die erklärt haben, dass die Freiheit des Individuums um so mehr beschränkt werden muss, je komplizierter die Zivilisation wird.“

Benito Mussolini

Die klassische Begründung für den Faschismus lautet: Was alle anderen Rechtsgüter schützt, ist das höchste zu schützende Rechtsgut. Da der Staat alle anderen Rechtsgüter schützt ist, er selbst das höchste zu

schützende Rechtsgut. Noch höher zu schützende Rechtsgüter sind heute angeblich die Gesundheit und das Klima. Bei diesen Themen, glauben sich daher selbst die Staaten, bzw. die Regierungen nicht mehr an die eigenen Gesetze halten zu müssen. Politiker versuchen dann ihre Machtinteressen hinter WHO, UNO, EU oder Menschenrechts-Regeln zu verstecken. Wenn es schliesslich um das Überleben der ganzen Menschheit geht, ist alles erlaubt. Die direkte Demokratie lässt sich so elegant aushebeln.

16.2 Sponsoren

Victoria Nuland ist stolz darauf, dass es ihr mit dem Einsatz von 5 Milliarden US\$ gelang, 2014 in der Ukraine einen Regime Change herbeizuführen. Wieviel Gelder aus dem Ausland in die Schweiz fliessen, um hier politische Entscheide zu beeinflussen, ist nicht bekannt. Gegen mehr Transparenz wehren sich Politiker aus unterschiedlichen Gründen von links bis rechts. Im Gegensatz zur Schweiz verbietet Deutschland grundsätzlich die Annahme von Spenden aus dem Ausland. So wurde z.B. Alice Weidel (AFD) nur schon dafür bestraft, weil sie Spenden, die sie aus der Schweiz erhielt, zwar ablehnte, aber zu spät zurückbezahlte.

Wer zahlt befiehlt! Auf Spender nimmt man auch Rücksicht, wenn diese keine Forderungen stellen. Man wird sich doch bestimmt so verhalten, dass man vor allem grosse Spender nicht verärgert. Der Spender befiehlt dann nicht – er „beeinflusst“ nur. Das ist legal, aber es sollte öffentlich bekannt sein.

16.3 Die Asylantenwaffe

Neben der „natürlichen“ Migration, wenn Leute aus Kriegs- und Elendsgebieten flüchten, existiert auch eine organisierte Migration mit dem Ziel den Zielländern Probleme zu schaffen. So transportierte z.B. die DDR einst mit Charterflügen TAMILIN nach Westberlin (aber auch in die Schweiz) mit dem Ziel dort Probleme und Kosten zu verursachen. Weissrussland versuchte in den vergangenen Jahren Migranten nach Polen zu schleusen, um Westeuropa zu schaden.

16.4 Der Einfluss grosser Konzerne

Investitionen grosser internationaler Firmen generieren Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wohlstand. Wenn solche Firmen jedoch ihre Gewinne ins Ausland abziehen und mit ihrem Einfluss auf die Politik die Demokratie aushebeln, wirken sie kontraproduktiv. Ausländischen Managern fehlt zudem oft das kulturelle Verständnis für das Gastland. Wenn sie nur daran interessiert sind ihr persönliches Einkommen zu maximieren und sich bei

erst bester Gelegenheit wieder davon machen, werden sie berechtigterweise mit „Heuschrecken“ verglichen. Langfristig erzeugt das Widerstand und schädigt das Investitionsklima von dem sie profitieren, wobei das ein wichtiger Grund war, sich hier niederzulassen.

16.5 Wachsender Staatsanteil

Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt hat in den vergangenen Jahren auch in der Schweiz kontinuierlich zugenommen. Wenn mehr als 50% der Beschäftigten ihren Lohn direkt oder indirekt vom Staat erhalten, handelt es sich nicht mehr um eine freie Marktwirtschaft. Die Lohnempfänger sorgen dann dafür, dass der Staat, da er ja ihr Lohngeber ist, weiter ungebremst expandieren wird.

17. Innenpolitische Probleme der USA

Wenn ein Land innenpolitische Probleme hat, haben diese auch Auswirkungen auf die Aussenpolitik. Bei der grössten Weltmacht, hat das dann Auswirkungen auf die ganze Welt. Viele dieser Themen spielten selbstverständlich beim Wahlkampf um die Präsidentschaft eine Rolle – andere wirken nur im Hintergrund.

Grenzenlose Zuwanderung: Die Auswirkungen sind vergleichbar mit der Situation in den europäischen Zielländern: Kriminalität und hohe Sozialkosten. Wie auch in Europa streiten sich die Parteien in den USA über den richtigen Umgang mit dem Ansturm: Die einen machen damit Geschäfte, erfreuen sich billiger Arbeitskräfte und guter Nachfrage (konjunkturfördernd) und sehen darin ein zusätzliches Wählerpotential. Die anderen hingegen fürchten Kriminalität, Verslumung der Grossstädte und hohe Sozialkosten. Spannungen entstehen an der Grenze zu den Zuwanderungsländern (speziell Mexiko).

Staatsverschuldung: Der Staat ist stark verschuldet. Wenn er sich der Schuldengrenze nähert, muss diese vom Parlament erhöht werden. Andernfalls ist der Staat zahlungsunfähig. Bei solchen Gelegenheiten kann jeweils die Opposition an die Regierung Forderungen stellen, weil ohne deren Zustimmung keine Erhöhung möglich wäre. An eine Rückzahlung der Schulden denkt momentan niemand. Das hat Auswirkungen auf die Notenbankpolitik. Bei einer Zinserhöhung droht der Staat wieder rascher Pleite zu gehen, weil er die Zinsen nicht mehr bedienen kann. Ein wichtiger Grund für die Staatsverschuldung sind wohl die hohen Rüstungsausgaben. Da bleibt wenig Geld für den Unterhalt der verrotteten Infrastruktur (Strassen, Brücken, etc.) oder das Bildungswesen.

Das politische System: Das Zweiparteiensystem und das Wahlverfahren mit den Elektoren stammt aus der Gründerzeit der USA und kann zu Verzerrungen führen. So ist es z.B. möglich, dass jemand Präsident wird, ohne die Volksmehrheit zu besitzen. Viel wichtiger sind aber die Lobbygruppen. Ohne ausreichendes Kapital kann kein Wahlkampf geführt werden. Wirtschaftsverbände und politische Institutionen haben daher sehr grossen Einfluss. Am einflussreichsten ist wohl die AIPAC (American Israel Public Affairs Committee). Diese sorgt dafür dass sich die USA stets hinter Israel stellen und das Land dauerhaft finanziell und militärisch grosszügig unterstützen. Kein Kandidat kann Israel kritisieren. Andernfalls verliert er nicht nur jüdische Wähler sondern auch wichtige Spender. Der „Deep State“ hat sehr grossen Einfluss. Die Verwaltung und einflussreiche Organisationen sind mit Vertretern von Lobbygruppen durchsetzt. In den USA kann die Verfassung auch durch Volksabstimmung nicht geändert werden. Sie kann höchstens ergänzt werden. Das macht es schwierig das Wahlsystem zu reformieren.

Schwacher Präsident: Gegenwärtig werden die USA noch von einem altersschwachen Präsidenten regiert, bei dem Anzeichen von Demenz zu beobachten sind. Das gibt seinen Beratern grosse Macht. Für den Wahlkampf wurde er daher durch seine Vizepräsidentin ersetzt. Dadurch ist sein Einfluss weiter geschwunden. Er gilt als „lahme Ente“. Der Einfluss der hinter ihm stehenden Lobbygruppe ist daher noch stärker. Nach dem Wahlsieg Trumps versucht die noch tätige Regierung noch Dinge durchzusetzen, die unter der neuen Regierung nicht mehr möglich sein werden: z.B. eine massive Unterstützung der Ukraine.

Schwächen der Industrie

Die Rand Corporation stellt in einem im Juli 2024 erschienen Report [91] fest, dass die amerikanische Industrie nicht fähig ist adäquate Produkte, Technologie und Munition herzustellen, die für einen grossen Konflikt benötigt würden. Dafür sei auch die Bürokratie des Verteidigungsministeriums verantwortlich. Für das Jahr 2025 fordert der Report eine starke Erhöhung des Verteidigungsbudgets.

Weitere Probleme, die gegenwärtig weniger in Fokus stehen, das Land aber trotzdem stark belasten:

- Drogenprobleme: Opioide, speziell Fentanyl forderten 2023 wegen Überdosierung 107'000 Tote
- Das schwache öffentliche Bildungswesen
- die politische Zerrissenheit – einander feindlich gegenüberstehende Bevölkerungsgruppen

18. Tendenzen und Prognosen am Vorabend eines grossen Krieges

„Prognosen sind schwierig – besonders, wenn sie die Zukunft betreffen,“ spottete Mark Twain, und unter Projektleitern gilt die Erkenntnis: „Wer exakter plant, wird vom Zufall härter getroffen.“ Trotzdem ist es sinnvoll mögliche Szenarien durchzudenken. Entsprechend denen kann man dann Vorkehrungen treffen, dass einen der Zufall weniger hart trifft. Dank der früheren Planung erkennt man auch rascher Zusammenhänge und kann die Auswirkungen abschätzen. „Das Glück trifft die Vorbereiteten!“

18.1 Beachtenwerte Aktivitäten

- Die USA gaben eine Studie in Auftrag, die die Auswirkungen eines begrenzten Atomkrieges in Europa auf die Landwirtschaft untersuchen soll.
- Die Zeitung Daily Mail berichtet über eine Planstudie der NATO für einen Krieg in Europa gegen Russland. Sie rechnen mit sehr vielen Verletzten.

18.2 Waffenentwicklung

- Die Entwicklung neuer Waffen verändert das Schlachtfeld stark:
 - Drohnen werden immer wichtiger. Mit relativ kostengünstigen Massenprodukten können heute teure Panzer zerstört werden.
 - moderne Gefechtsfeldradars können den Abschussort von Artilleriegranaten sofort errechnen und Gegenfeuer auslösen.
 - Der Einsatz von hochpräzisen Fernwaffen (Raketen und Drohnen) wird möglicherweise die bisherige Rohrartillerie zurückdrängen. Sie kann nur wenige Granaten feuern und muss nach jedem Einsatz sofort wieder verschwinden.
 - Die Bedeutung von elektronischen Aufklärungs- und Gegenmassnahmen wird zunehmen. Das gilt vor allem für die Drohnenabwehr aber auch für die Aufklärung.
 - Gegen Hyperschallwaffen kombiniert mit dem Massen-Einsatz von Drohnen gibt es heute keine wirksame Luftverteidigung. Bei einem heissen Krieg der Grossmächte gehen daher die USA davon aus, dass sie in den ersten zwei Tagen sämtliche Flugzeugträger und die meisten anderen Überwasserschiffe verlieren werden. Überlebenschancen hätten nur die U-Boote. Bei den Hyperschallwaffen sind die USA im Hintertreffen, sollen aber jetzt auch eine derartige Waffe zum Funktionieren gebracht haben.
 - Sabotage durch Geheimdienste und verdeckte Operationen auch

gegen die Infrastruktur unterhalb der Kriegsschwelle werden durch Technikeinsatz gefährlicher und können Kriege auslösen. (z.B. Pagerexplosion gegen die HAMAS, Nordstream-Sprengung, Cyberangriffe ...)

- Mustererkennung, selbstlernende System und künstliche Intelligenz werden in allen Waffengattungen Eingang finden. Der Krieg der Roboter ist in Entwicklung.
- Am Ende wird es zum Erobern und Halten von Gebieten aber immer noch gut trainierte und motivierte Infanteristen brauchen. Deren Erfahrung und Motivation lässt sich durch Technik nur bedingt ersetzen.

18.3 Nachkriegspläne der RAND-Corporation

In einer Studie [85] vergleichen die Autoren verschiedene Möglichkeiten zum Umgang mit Russland in der „Nachkriegszeit“ – abhängig davon wie der gegenwärtige Konflikt ausgeht. Interessant sind die folgenden Überlegungen und Forderungen: Einstellung der Ukraine-Hilfe durch die USA, sodass die EU nun allein die Kosten trägt. Für die längerfristige Entwicklung schlagen die Autoren vor die Kampfhandlungen in der Ukraine rasch zu beenden, und gegenüber Russland eine kompromissbereite Politik einzuschlagen.

18.4 Horror-Szenarien

Eskalation im Nahen Osten

Für Netanjahu und seine Anhänger besteht gegenwärtig eine gute Gelegenheit ihre Vorstellungen eines Gross-Israels vom Meer bis zum Fluss einen Schritt weiter zu verwirklichen. Die amerikanische Regierung ist durch den Wahlkampf geschwächt und der Einfluss der jüdischen Lobbygruppen stark. Die Bevölkerung in Gaza kann durch weitere Bombardierungen, die Blockade und im kommenden Winter zusätzlich durch Hunger und Krankheiten weiter dezimiert werden. Auf Vorwürfe des Völkermords muss Israel – solange die USA Unterstützung leisten – nicht eingehen. Von dort kommen zwar Mahnungen etwas rücksichtsvoller zu bombardieren – aber weiterhin Waffen. Auch Deutschland liefert Waffen. Dort lassen sich immer noch Schuldgefühle wegen der Judenvernichtung während der Nazi-Zeit instrumentalisieren. Mit dem Argument „Nie wieder!“ unterstützt jetzt Deutschland einen weiteren Völkermord mit Waffenlieferungen.

Der Krieg im Libanon lenkt gegenwärtig von Gaza ab. Netanjahu drohte noch vor kurzem, er werde Beirut so zerstören wie Gaza. Inzwischen hat er damit begonnen. Unterstützung bekommt er von den Religiösen. In der Jerusalem Post erschien am 25. September 2024 ein Beitrag [84] der den

Libanon als Teil des Biblischen Gross-Israels definiert. Möglicherweise plant man in Jerusalem mit den Angriffen auf den Libanon und auf Syrien auch den Iran zu weiteren Angriffen zu provozieren, um damit wiederum auch die USA zu einem direkten Eingreifen zu bewegen. Denn ohne US-Unterstützung wird Israel längerfristig kaum bestehen können.

Gegenwärtig besteht für Netanjahu eine gute Gelegenheit den von ihm seit langem gewünschten Krieg gegen den Iran zu intensivieren. Die Medien schüren gegenwärtig die Kriegsstimmung gegen den Iran weiter. Es wird nicht mehr über das „Ob“ diskutiert, sondern nur noch über das „Was“, das angegriffen werden soll: Die Ölanlagen oder die Nuklearanlagen. „Die Zeit der Mässigung ist vorbei“ verkündet Chefredaktor Eric Guyer am 5. Okt. 2024 in der NZZ.

Ein intensiver Schlagabtausch mit dem Iran könnte für Israel allerdings verheerende Folgen haben und die jüdischen Extremisten dazu verleiten das Szenario „Samson“ auszulösen. Im Alten Testament brachte Samson, als er keine Möglichkeit mehr sah seinen Feinden zu entkommen, das Gebäude in dem er gefangen war, zum Einsturz. Dabei starb er, tötete aber seine Feinde auch gleich mit. Wenn die gegenwärtige israelische Regierung die Existenz ihres Landes in Gefahr sähe, ist es ihr zuzutrauen mit Atombomben ihre Nachbarn mit zu vernichten. Lieber Selbstmord zu begehen, als sich zu ergeben, wird in Israel seit seiner Gründung mit dem Massada-Mythos gepflegt. Auch der Hannibal-Befehl entspringt dieser Mentalität. Die israelische Armee tötet lieber eigene Leute, als dass diese als Gefangene in die Hände des Feindes fallen.

Die Kombination von religiösem Wahn und militärischer Macht ist besonders gefährlich, weil sie die Protagonisten zu emotionalen Reaktionen verleitet, ohne Rücksicht auf eigene Verluste.

Gegenwärtig braucht Israel auf die Weltmeinung keine Rücksicht zu nehmen. In der UNO wird jegliche Kritik gegen das Land von den USA durch ihr Veto abgeschmettert. Und Netanjahu kann sich auch in der Schweiz auf seine Unterstützer verlassen. So berichtet z.B. die NZZ am 4.11.2023 über seine erfolgreiche Laufbahn und am 10.10.2024 vergleicht sie ihn gar mit Bismarck.

Ukraine

Im Ukraine-Krieg zeichnet sich gegenwärtig mit der sich abzeichnenden militärischen Niederlage der Ukraine eine Verhandlungslösung ab. Die USA haben langsam das Interesse verloren, sind aber daran interessiert, dass der Krieg – bis zum letzten Ukrainer – weitergeht. Das vor allem auch auf Kosten der Europäer. Mit der Lieferung weitreichender Waffen, mit denen die Ukraine Ziele tief im Inneren Russlands angreifen könnte, würde der Krieg weiter eskalieren. Wenn es gelingt Russland zu einem Angriff gegen die NATO zu provozieren, hätte wohl George Friedman sein Ziel erreicht, dass sich die Mächte in Europa gegenseitig vernichten, ohne dass die USA Soldaten verliert. Die AIPAC in den USA wird aber wohl darauf achten, dass gegenwärtig die US-Waffen in erster Priorität an Israel geliefert werden und nicht in die Ukraine.

Taiwan/China

Das Säbelrasseln gegen China wird gegenwärtig lauter. In den USA wird offen darüber gesprochen, dass ein Krieg gegen China unumgänglich sei. Wenn er ausbricht, wird er für beide Seiten verheerend sein, und auf die ganze Welt vor allem wirtschaftliche Auswirkungen haben. Der Nahe Osten und Europa stehen aber gegenwärtig für die USA noch mehr in Fokus. Nach George Friedman muss zuerst Russland geschwächt werden, bevor man sich China zuwendet.

Weltwirtschaftskrieg

Zuerst Sanktionen gegen Russland und jetzt noch gegen China zerstören die Europäische Wirtschaft vollständig. Das ist gut für die USA. Mit den neuesten Wirtschaftssanktionen der EU gegen chinesische Elektrofahrzeuge wird vor allem die deutsche Autoindustrie zerstört. Deutsche Firmen produzierten bisher mehr Autos in China als in Deutschland und viele Bauteile importieren sie ebenfalls aus China. Diese Sanktionen schaden Europa mehr als China.

China regiert mit seinen Gegenmassnahmen sehr viel geschickter. Sie richten sich gegen Europäische Luxusgüter. Das kostet die chinesische Wettbewerbsfähigkeit nichts, schmerzt aber die Europäer sehr. Lukrative Märkte z.B. für Luxusuhren und französischen Champagner brechen weg. Man muss sagen: „Europa begeht im Auftrag der USA wirtschaftlichen Selbstmord!“

Anzeichen, dass sich Europa aus der selbst verschuldeten Abhängigkeit der USA emanzipiert und beginnt seine eigenen Interessen zu verfolgen, sind gegenwärtig nur schwach erkennbar. Es muss wohl noch viel schlimmer kommen, bis es wieder besser wird. Bis dann wird aber noch vieles zerstört werden.

19. Die Schweiz im Strudel der Weltpolitik

Es stellt sich heute die Frage, wie sich die Schweiz als Kleinstaat möglichst gut durch die aktuellen Verwerfungen der Weltpolitik hindurch retten kann.

Mächte, die sich im Niedergang befinden, sind aggressiver. (Siehe dazu die Thukydides-Falle, Kap. 12.1) Es ist davon auszugehen, dass daher der Druck auf die Schweiz von der EU und den USA noch zunehmen wird. Viele Schweizer blenden das immer noch aus.

19.1 Bisherige Reaktionen auf die Veränderungen

Wehrwille

Nach dem Ende des kalten Krieges reduzierte die Schweiz ihre Wehrbereitschaft schrittweise bis zur Wehrlosigkeit. Obwohl das Volk die 1999 von linken Kreisen eingebrachte Volksinitiative zur Halbierung der Armee klar ablehnte, wurde die Armee finanziell ausgeblutet – auch mit bürgerlicher Hilfe. Von einer der stärksten Armeen in Europa, die zu Beginn der 90er Jahre noch in der Lage war innerhalb von nur 2 Tagen 600'000 voll ausgerüstete Soldaten zu mobilisieren, blieb, wie Kritiker sagen, nur noch ein Trachtenverein von bewaffneten Sozialarbeitern übrig. Die Armee wurde mehr als nur halbiert und ist schlicht nicht mehr kriegstauglich. Nicht nur die Armee, auch der Zivilschutz wurde abgebaut. Ebenfalls vernachlässigt wurden die Vorbereitungen für eine sichere Landesversorgung in Krisenzeiten. Das zeigte sich zu Beginn der Coronakrise, als es an Masken und Desinfektionsmitteln fehlte, die die Kantone entgegen den Vorgaben des Bundes nicht bevorrateten. Das ist aber auch nur ein weiteres Beispiel, für die Beliebigkeit mit der Volksentscheide und Gesetze heute nicht mehr – oder nur noch selektiv – umgesetzt werden.

Wirtschaft

Wirtschaftlich ist die Schweiz international stark verflochten und hat von der Globalisierung stark profitiert. Die Industrie ist heute wettbewerbsfähiger und innovativer, als viele Politiker annehmen. Problematischer sieht es bei den Banken aus. Diese kamen aus den USA unter Druck. Sie hatten einerseits von der Politik wenig Unterstützung und wurden andererseits von bonigeilen Schönwettermanagern geschädigt.

Aussenpolitik

Politisch ist die Schweiz von „Freunden“ umzingelt. Sie steht unter dem Druck der EU. Es gibt aber auch in der Schweiz Kreise, die das Land gerne in der EU – einige sogar in der NATO – sehen möchten. Gegenüber Forderungen aus Brüssel ist der Bundesrat immer wieder eingeknickt.

Neutralität

Dramatisch ist gegenwärtig die Aufgabe der Neutralität im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Dazu kommt noch das moralistische Engagement im Sicherheitsrat der UNO. Noch ein Jahr vor dem Ukrainekrieg gelang es Bundesrat Parmelin den amerikanischen Präsidenten Biden und den russischen Präsidenten Putin in Genf zu einem Gespräch zusammen zu bringen. Sein Nachfolger, ein Doppelbürger aus dem Tessin, hat durch sein einseitiges Engagement für die Ukraine und mit Sanktionen gegen Russland die Schweiz für eine Vermittlerrolle unmöglich gemacht. Der türkische Präsident Erdogan ist heute trotz NATO-Mitgliedschaft als Vermittler glaubwürdiger. Trotzdem propagiert die NZZ weiterhin: „Mehr Freiheit – weniger Neutralität!“ Der Regierung sollen damit mehr Möglichkeiten geschaffen werden, sich noch aktiver in die Weltpolitik einzumischen und sich für Frieden und Gerechtigkeit zu engagieren, statt abseits zu stehen.

Heeresfolge

Dass die Schweiz speziell von den USA im Wirtschaftskrieg zur Heeresfolge gezwungen wird, ist nachvollziehbar. Aber man könnte das auch nur minimal, widerstrebend und unter Protest mitmachen und nicht im vorausseilenden Gehorsam wie Bundesrat Cassis. Inzwischen verhängte die Schweiz mehr Sanktionen gegen Russland als die EU [92]. Die anpasserische Reaktion von Bundesrat Pilet-Golaz 1940 als Reaktion auf die deutschen Drohungen im zweiten Weltkrieg war im Vergleich mit dem heutigen Bundesrat direkt zurückhaltend.

Nationalistische Sanktionen

Der Bundesrat hat sich hinreissen lassen selbst gegen niedergelassene Ausländer Sanktionen zu ergreifen, nur weil sie einen „falschen“ Pass besitzen. Deren Vermögenswerte, die sie legal erworben hatten, wurden blockiert. Auf ausländische Forderungen, diese der Ukraine zu überweisen, wurde bisher glücklicherweise (noch?) nicht eingegangen. [42]

Schwächezeichen

Die bisherige Politik der Schweiz zeichnet sich aus durch Nachgeben, Zurückweichen, Tribut- und Lösegeldzahlungen und sich entschuldigen. Nur selten kam es zu Gegenmassnahmen.

Emotionsgesteuert

Oft bekommt man heute das Gefühl, dass Politiker rein emotional handeln, ohne die Auswirkungen ihres Handelns zu überlegen. Interessant ist, dass frühere Friedensaktivisten, Armee-Abschaffer und Kriegsdienstverweigerer heute diejenigen sind, die am lautesten Waffenlieferungen fordern.

Verdrängung der heutigen Realität

Vor allem bei der älteren Generation, die den kalten Krieg noch erlebt und damals Militärdienst geleistet hat, sehen viele die USA noch immer als Garant der freien Welt. Sie wollen nicht wahrhaben, dass dieses Land

inzwischen weltweit am meisten Kriege mit Millionen von Toten angezettelt hat. Die USA werden heute von Neo-Konservativen gesteuert, die mit missionarischem Eifer die ganze Welt beherrschen möchten. Es geht längst nicht mehr um Freiheit, Demokratie und die Abwehr des Sowjet-Kommunismus. Es geht schlicht um Macht und Profit. Auch die NATO ist heute kein reines Verteidigungsbündnis mehr. Sie hat sich ausserhalb ihres Gebietes an Angriffskriegen beteiligt und geographisch stark ausgedehnt. Natürlich sind auch andere Grossmächte keine Demokratien in unserem Sinne. Wir können aber auch feststellen, dass wir noch nie weder von Russland noch von China militärisch angegriffen oder wirtschaftlich sanktioniert wurden. Sie haben sich praktisch auch immer an die mit ihnen abgeschlossenen Verträge gehalten. Nur von unseren Nachbarländern und den USA kam unser Land immer wieder unter Druck.

Gleichgeschaltete Medien

Die Mainstream-Medien berichten längst nicht mehr neutral. Sie unterstützen die USA und verbreiten fast ausschliesslich die ukrainische- und israelische Sicht. Dazu kommen auch noch sehr einseitige Stellungnahmen von amtlichen Stellen (z.B. von der MILAK).

Zulassung von Abhängigkeiten

Noch zu Beginn des Ukrainekrieges entschied das Parlament die gesamte Munitionsproduktion ins Ausland zu verkaufen. Die Käuferfirma verpflichtet sich zwar, während fünf Jahren weiter in der Schweiz zu produzieren, will jetzt aber bereits nach zwei Jahren die hiesige Produktion abbauen. Kürzlich entschied die AHV ein Grossteil ihres Vermögens (40 Milliarden) nicht mehr in der Schweiz, sondern in den USA von einer amerikanischen Bank verwalten zu lassen. Wie man nach den Erfahrungen mit den USA im Umgang mit schweizer Banken auf eine derartige Idee kommt, ist für mich nicht nachvollziehbar.

19.2 Erste Auswirkungen

Erste Auswirkungen der bundesrätlichen Parteinahme im Ukraine Konflikt zeigten sich im Finanzwesen:

Die Schweiz galt früher als sicherer Hafen für legal erworbene Vermögen. Ausländische Investoren werden es sich in Zukunft jedoch zweimal überlegen, ob sie ihr Vermögen einer Schweizer Bank anvertrauen möchten. Sie haben keine Sicherheiten mehr, wenn ihr Heimatland bei der Schweizer Regierung in Ungnade fällt. Ob diese Zurückhaltung beim Absturz der CS bereits eine Rolle gespielt hat?

Während der Nazi-Zeit konnten viele Verfolgte ihre Vermögen via Schweizer Banken vor dem Zugriff der Nazis retten. Mit den heutigen Regeln wäre das nicht mehr möglich.

Das internationale Ansehen der Schweiz als neutraler Staat ist zerstört.

Andere Länder sind jetzt als Vermittler gefragt. Für das Internationale Rote Kreuz (IKRK) mit Sitz in Genf stellt das ein Problem dar. Russland hat die Schweiz auf die Liste der „unfreundlichen Staaten“ gesetzt.

19.3 Stärken der Schweiz

Die Geographie: Die Schweiz liegt im Zentrum Europas und ist durch eine sehr vielfältige Landschaft geprägt: Hochgebirge, Hügellandschaft, Landwirtschaftliche Zonen, Flüsse, Seen und eine noch einigermaßen intakte Landschaft.

Kulturelle Vielfalt: Wie die vielfältige Landschaft sind auch unterschiedliche Volksgemeinschaften – zum Teil durch die Landschaft geprägt – entstanden. Ohne Aufgabe ihrer Eigenheiten sind sie im Verlauf der Geschichte zu einem mehrsprachigen Bundes-Staat zusammengewachsen.

Weltverbundenheit: Weil das Land wenig hergab, waren unsere Vorfahren gezwungen auszuwandern, oder in fremden Armeen zu dienen. So gelangten immer wieder fremde Kultureinflüsse ins Land. Das förderte die Vielsprachigkeit, und auch neue Ideen und Techniken wurden importiert. Das und die Neutralität des Landes hat auch zur Folge, dass heute viele internationale Organisationen ihre Hauptsitze in der Schweiz haben.

Neutralitätspolitik: Nach der Niederlage bei Marignano 1515 verabschiedete sich die Eidgenossenschaft von der früheren Grossmacht- und Expansionspolitik. Nach der Niederlage Napoleons wurde die Schweiz 1815 am Wienerkongress nicht unter den Siegermächten aufgeteilt, sondern sie blieb quasi als Pufferstaat zwischen den damaligen beiden Grossmächten Frankreich und Habsburg erhalten. Es wurde ihr die bewaffnete Neutralität aufgezwungen. In vielen Auseinandersetzungen konnte die Schweiz seither immer wieder Vermittlerdienste und humanitäre Hilfe leisten. Mit seiner glaubwürdigen Verteidigungsarmee eignete sich unser Land auch nicht als Durchmarschgebiet für fremde Truppen. Und dank dieser Politik wurde das Land nicht in grosse Kriege hineingezogen. Bundesrat Cassis hat das leider nachhaltig zerstört. Ohne personelle Konsequenzen in der Regierung lässt sich das kaum mehr rückgängig machen.

Keine koloniale Vergangenheit: Die Schweiz besass nie Kolonien und beteiligte sich auch nicht an Kolonialkriegen. Das heisst nicht, dass einzelne Schweizer nicht für andere Länder in Kolonialkriegen mitmachten. Aber die Schweiz als Nation war nie darin verstrickt. Das ist ein wichtiges Plus für die Schweiz als neutrale Vermittlerin.

Erschliessung: Das Land hat wenig abbauwürdige Rohstoffe, jedoch ist die Wasserkraft gut erschlossen. Es existiert eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für den gewerblichen, privaten und öffentlichen Verkehr. Zudem ist das Land für den Tourismus gut erschlossen. Die intakte Landschaft, die Verkehrsinfrastruktur und die Vielsprachigkeit sind eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Hotellerie und das Gastgewerbe.

Politisches System: Die historisch entwickelte direkte Demokratie ist

etwas Einmaliges und ermöglicht es, dass sich die Appenzeller und die Genfer unterschiedlich organisieren können – eben so, wie sie es für gut finden. Es ist sogar für einen einzelnen Mitbürger möglich, ohne dass eine politische Partei dahinter steht, eine Verfassungsänderung zu fordern und darüber eine Abstimmung zu gewinnen. So geschehen bei Thomas Minders „Abzockerinitiative“. Die Möglichkeiten jedes einzelnen Bürgers sich in die Politik einzubringen trägt viel zur Stabilität des politischen Systems bei. Wenn sich Parlament und Regierung zu weit vom Volkswillen entfernen, riskieren sie Abwahl.

Starke Wirtschaft: In der Schweiz konnten sich über die Jahrhunderte hinweg international tätige erfolgreiche Industrien und leistungsfähige Dienstleistungsbetriebe (Banken, Versicherungen, Gesundheitsdienste, ...) entwickeln. Bezüglich internationaler Wettbewerbsfähigkeit rangiert die Schweiz bei den von der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), dem IMD (International Institute for Management Development) sowie weiteren Institutionen angestellten Untersuchungen jeweils in den vorderen Rängen. So positioniert das IMD die Schweiz nach Singapur, Hongkong und den USA bezüglich Wettbewerbsfähigkeit auf dem 4. Platz. Die Schweiz hat eine vergleichsweise sehr hohe Arbeitsproduktivität und belegt bezüglich Innovation einen Spitzenplatz.

Stabile, zuverlässige Energieversorgung (bisher!): Insbesondere für die Industrie ist die zuverlässige Stromversorgung ein Standortvorteil. Dank der Einbindung in das Europäische Verbundnetz und den eigenen Speicherkraftwerken, die in der Lage sind kurzfristig Spitzenenergie zu liefern, besteht eine hohe Ausfallsicherheit. Mit der Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg, ist allerdings die Auslandabhängigkeit gestiegen.

Eigene starke Währung: Der Schweizerfranken gehört weltweit zu den stabilsten Währungen. Das ermöglicht dem Land eine eigenständige Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Sozialer Friede: Die Schweiz ist dafür bekannt, dass wenig gestreikt wird. Differenzen werden zwischen den Sozialpartnern „friedlich“ ausgehandelt. Dazu kommt ein gut ausgebautes System der Altersvorsorge und ein funktionierendes Gesundheitswesen.

Durchgängiges Bildungssystem: Alle hier aufgezählten Stärken basieren auf einem guten Bildungssystem – allem voran einer guten **Lehrlingsausbildung**. Aber auch unter den Universitäten liegt die Schweiz in den vorderen Rängen. Die ETH gilt auf dem Europäischen Kontinent gar als beste Universität. Wir tun gut daran die Ausbildungsqualität hoch zu halten. Das ist aber im Moment aus verschiedenen Gründen gefährdet.

Die Kombination macht es aus. Es sind nicht einzelne Stärken, die die Schweiz attraktiv machen – es ist deren Kombination.

Am eigenen Erfolg scheitern?

Jedes System läuft Gefahr, dass es nach einiger Zeit am eigenen Erfolg scheitert, weil es träge und selbstgefällig wird und zu spät oder falsch auf Veränderungen im Umfeld reagiert. Es kann auch sein, dass das durch den

Erfolg erzeugte Wachstum Nebenwirkungen erzeugt, die die früheren Vorteile zunichte machen.

Die Schweiz läuft gegenwärtig Gefahr an der unkontrollierten Zuwanderung zu ersticken. In meiner Jugend habe ich in einer Schweiz mit 4.5 Mio. Einwohnern gelebt. Wir hatten noch Platz zum Spielen. Inzwischen leben hier 9 Mio. und der Bundesrat plant bereits mit 10 Mio. Es gibt auch Planer, die meinen, in unserem Land hätten sogar 16 Mio. Einwohner Platz. Das versprache rosige Zeiten für die Bauindustrie! Wir müssten nur etwas näher zusammenrücken und verdichtet bauen. Damals mit 4.5 Mio. Einwohner hatten wir noch etwas weniger Wohlstand, aber auch mehr Freiheiten. (Es gab z.B. noch die „Handels- und Gewerbefreiheit“.) Heute ist alles geregelt, und wir lassen uns immer noch mehr Regeln aus Brüssel aufzwingen. Ob das Leben in einer 16 Mio. Schweiz noch lebenswert sein wird? Leute, die es sich leisten können, werden dann wahrscheinlich wegziehen. Die Attraktivität wird sinken und das Wachstum auch. Sollen wir auf diesen Regelmechanismus hoffen?

19.4 Zielsetzung

„Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will,
für den ist kein Wind ein guter.“

Seneca

19.4.1 Übergeordnete Ziele

Die Bundesverfassung formuliert in Artikel 2 den Zweck wie folgt:

- 1. Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.*
- 2. Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.*
- 3. Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.*
- 4. Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.*

Bezüglich Aussenpolitik ist Abschnitt 1 wesentlich:

„wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“

sowie Abschnitt 4:

„Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.“

Auf diese Zielen hin sollten daher alle Aktivitäten der Schweizer Aussenpolitik ausgerichtet werden. Dabei steht die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes an oberster Stelle. Wenn diese nicht mehr gewährleistet ist, sind alle weiteren Ziel gefährdet, bzw. deren Erreichung ist nicht mehr in unserer Macht.

19.4.2 Vermeidungsziele

Neben den anzustrebenden Zielen, gibt es auch Dinge und Nebenwirkungen, die man vermeiden will und vermeiden muss.

- Probleme durch eine unbegrenzte Zuwanderung sind zu vermeiden:
 - Überbevölkerung führt zu Dichtestress und einer Umweltbelastung, die die Lebensqualität im Land beeinträchtigt. Daher ist das Wachstum zu beschränken.
 - Humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung für Verfolgte darf die eigene Wirtschaft und die stabilen sozialen Strukturen nicht so stark beeinträchtigen, dass diese Unterstützung nicht mehr geleistet werden kann.
 - Ethnische Spannungen und Kriminalität sind zu bekämpfen.
- Wirtschaftliche Abhängigkeiten sind möglichst klein zu halten (z.B. durch unterschiedliche Lieferanten und weltweit verzweigte Netzwerke).
- Einmischung in fremde Händel ist zu vermeiden. Verträge, die uns zu wirtschaftlicher oder militärischer Heeresfolge verpflichten, dürfen nicht abgeschlossen werden.
- Unterstellung unter „fremde Richter“ sowie Abkommen mit „Dynamischer Rechtsübernahme“ sind zu vermeiden.
- Zunahme der Regelungsdichte vermeiden. Kein neues Gesetz, wenn es ohne geht! Gesetze und Vorschriften reduzieren die Selbstverantwortung der Bürger. (Ich habe mich ans Gesetz gehalten – ich bin daher nicht verantwortlich!)

Die Schweiz ist nicht dazu da die ganze Welt zu retten!

Unsere Regierung ist für unser Land mit seinen Bewohnern verantwortlich. Nur soweit es unsere Möglichkeiten erlauben, wollen und können wir uns für ein weltweite Gerechtigkeit und ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Aufopfern für andere Länder wollen wir uns nicht! (Das ist der Schweiz während dem 2. Weltkrieg mit etwas Glück gelungen.) Wenn wir uns für andere opfern und darob die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einbüßen, oder gar zugrunde gehen, können wir anderen auch nicht mehr helfen.

19.4.3 Verdeckte Ziele und verdeckte Agenden

Natürlich wird niemand in der Schweiz diese Ziele offen in Frage stellen. Man kann sein Handeln immer so interpretieren, als ob es letztlich diesen Zielen dienen würde. Misstrauen ist geboten! Die Kenntnisse der 36 chinesischen Strategeme ist gelegentlich hilfreich.

19.5 Möglichkeiten für die Schweiz

19.5.1 Es gibt immer Alternativen!

Ein beliebter Trick die eigenen Interessen durchzusetzen, ist vorläufig nichts zu tun, eine schwierige Situation entstehen zu lassen, oder gar gezielt herbeizuführen, dann Dringlichkeit vorzutäuschen und alsdann eine **alternativlose Lösung** zu präsentieren. (In Deutschland wurde speziell Angela Merkel für ihre „alternativlosen“ Lösungen bekannt.)

Lassen wir uns aber nicht ins Bockshorn jagen! Jagen sollten wir bestenfalls die Leute, die solche Methoden einsetzen. Weitsichtige Politiker denken im Voraus in Varianten. Sie treffen „vorbehaltene Entscheide“, die sie dann ausführen, wenn das Erwartete eintrifft. Auch falls es etwas anders kommt als vorausgeplant, sind sie trotzdem fähig in einer veränderten Lage kaltblütig zu entscheiden. Weil sie die Zusammenhänge durchschauen, sind sie fähig zu improvisieren und verlieren den Kopf nicht. Solche Planungs- und Entscheidungssituationen werden in militärischen Kaderkursen geübt. Vielen unserer heutigen Politikern, die nie Militärdienst geleistet haben, fehlen heute leider solcher Fähigkeiten. Es wäre sinnvoll die Übernahme eines politischen Amtes an die Absolvierung derartiger Planungskurse zu knüpfen.

19.5.2 Beitritt zur EU

Seit es die EU gibt, gibt es Druck auf die Schweiz diesem Staatenbund beizutreten. Der Druck kommt teilweise von aussen, aber auch in der Schweiz selber gibt es Kreise, die bereit sind, einen Grossteil der Eigenstaatlichkeit an Brüssel abzutreten. Ein Beitritt brächte wirtschaftliche Vorteile (einfacherer Marktzugang, Teilnahme an EU Programmen, etc.), wäre aber mit der direkten Demokratie nicht kompatibel. Über viele Gesetze könnten wir nicht mehr selber bestimmen, sondern müssten sie diskussionslos von Brüssel übernehmen. Natürlich hätten wir dann im EU Parlament mitzureden. Der Einfluss den die Schweiz dort hätte, wäre aber marginal. Mit einigen bereits abgeschlossenen Verträgen haben wir bereits Souveränität abgegeben und müssen jetzt Bestimmungen aus Brüssel nachvollziehen. Mit dem chinesischen Strategem Nr. 28: „Auf das Dach locken und dann die Leiter wegziehen,“ wurden die Stimmbürger „über den Tisch gezogen“. Beispiele „Schengenabkommen“, Mit dem Beitritt zur EU bestünde auch die Möglichkeit den Schweizer Franken durch den Euro abzulösen. Darüber diskutiert heute aber niemand mehr ernsthaft.

Dass sich ein Volk mitten in Europa der EU widersetzt, stört in Brüssel sehr. Das „Loch im Donut“ wird als „Rosinenpicker“ diffamiert, das von den EU Errungenschaften profitiert, ohne etwas dazu beizutragen. Inzwischen leisten wir auch Tributzahlungen („Kohäsionsbeiträge“ genannt). Die Verträge mit Brüssel wurden aber gemeinsam so ausgehandelt, dass auch Brüssel von der „Rosinenpickerei“ profitiert.

19.5.3 Beitritt zur NATO

Ein Beitritt zur NATO ist aus neutralitätspolitischen Gründen nicht möglich. Es laufen aber Bestrebungen sich der NATO anzunähern. Über die „Partnerschaft für den Frieden“ arbeitet man in verschiedenen Bereichen zusammen und beim Ausbau der Rüstung achtete man auf „Interoperabilität“.

Es wird argumentiert, dass heute ein Land wie die Schweiz gar nicht mehr in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen. Das trifft natürlich seit dem massiven Armeeabbau nach dem Kalten Krieg zu. Eine wirksame Verteidigung wäre nur noch in Zusammenarbeit mit der NATO möglich. Dabei wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass die Neutralität der Schweiz nie absolut gewesen sei. Während dem zweiten Weltkrieg und während dem Kalten Krieg gab es jeweils Absprachen mit den Alliierten und später mit der NATO. Bei einem militärischen Angriff auf die Schweiz wäre die Neutralität sowieso hinfällig.

Ein NATO-Beitritt hätte zur Folge, dass die Schweiz den Verteidigungshaushalt auf 2% des Bruttosozialproduktes erhöhen müsste. Zudem müssten Schweizer Soldaten an NATO-Einsätzen im Ausland teilnehmen. Und bei einem Angriff auf ein NATO-Land wären wir sofort Kriegspartei und damit ein Angriffsziel. Dafür lebten wir unter dem „Schutzschirm“ der NATO. Finnland hat sich dafür entschieden, und auch das bisher neutrale Schweden ist der NATO beigetreten.

19.5.4 Alleingang und bewaffnete strikte Neutralität

Ein Zitat aus Schillers Wilhelm Tell lautet: „**Der Starke ist am mächtigsten allein.**“ Wer sich selber verteidigen kann, muss sich nicht mit anderen absprechen und auch nicht auf andere warten. Er verfolgt seinen eigenen Weg. Er fällt auch niemandem zur Last, auf deren Hilfe er sonst angewiesen wäre. Damit ist er auch ein gerne gesehener Partner. Wir alle haben gern starke Partner.

Wer sich gegen alles versichern will, zahlt einen hohen Preis. Wer sich überhaupt nicht versichert, ist jedem Unbill wehrlos ausgesetzt, verliert sein Hab und Gut, schlimmstenfalls sein Leben und fällt selbst bei kleinen Problemen anderen zur Last.

Der pragmatische Weg besteht darin für sich selber möglichst gut vorzusorgen und nur für die allergrössten Risiken Versicherungen – aber mit einem grossen Selbstbehalt – abzuschliessen. Solchen Überlegungen wären gute Leitplanken für den Aufbau und Erhalt unserer Wehrbereitschaft. Alternativ dazu kann man die Risikoprognose den vorhandenen finanziellen Mitteln anpassen. Das ergibt angenehme Lösungen für Politiker, die sich in Friedenszeiten beliebt machen wollen.

Die in den bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa erfolgreich praktizierte schweizerische Abwehrstrategie bestand jeweils darin, den Preis für einen potentiellen Angreifer höher zu gestalten, als den möglichen Gewinn nach einer Eroberung. Dass eine Söldnerarmee oder

eine fremde Truppe nur bedingt die Interessen der eigenen Bürger verteidigt, demonstrierte in Russland wieder die „Gruppe Wagner“.

„Auch wird eine Republik, die sich mit den eigenen Waffen verteidigt, weit schwerer von einem ihrer Bürger unterjocht als eine, die sich mit fremden Söldnern verteidigt.“

Niccolò Machiavelli

19.5.5 Ausbau der weltweiten Vernetzung

„Sich mit einem fernen Feind verbünden, um einen nahen Feind anzugreifen,“ empfiehlt das Chinesische Strategem Nr. 23 (siehe [29]). Je mehr Druck auf die Schweiz ausgeübt wird, um so mehr sind wir auf andere Partner angewiesen. Abhängigkeiten von bisherigen Handelspartnern kann man mit guten Beziehungen zu andern vermindern. Einige Ideen dazu:

- Beitritt zu den BRICS-Staaten, bzw. deren Entwicklungsbank. Damit reduzieren wir unsere Abhängigkeit vom Euro, aber vor allem vom US Dollar. Aufgeben müssten wir dazu die gegenwärtige Sanktionspolitik.
- Handelsverträge mit andern Organisationen und Staaten ausserhalb der EU.
- Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung mit Partnern ausserhalb der EU. Die Beiträge, die wir früher in HORIZON gesteckt haben, direkt in schweizerische Forschungsprojekte investieren. Es soll für andere von grossem Interesse sein mit unseren Institutionen zusammen zu arbeiten.
- Zurückhaltung mit Investitionen in den USA. Firmen mit grossen Investitionsvolumen in den USA laufen Gefahr boykottiert und/oder erpresst zu werden, der US Politik zu folgen. Zudem drohen Sammelklagen, die, wenn man Glück hat, nur hohe Anwaltskosten nach sich ziehen. Das gilt natürlich auch für andere Länder – ganz speziell aber für die USA.

19.5.6 „Flexible Response“

Patentlösungen gibt es nicht, und stures Festhalten an einmal getroffenen Entscheiden hilft oft nicht weiter. Wenn gute Lösungen auf zu grossen Widerstand stossen, sind sie nicht umsetzbar – und damit keine Lösungen. Es gibt aber auch Situationen, die unangenehm sind, und die man aushalten muss, will man nicht seine Unabhängigkeit und Zukunft aufgeben. Manchmal gilt es Geduld zu üben, bis die Zeit für eine gute Lösung kommt. Wer für seinen Weg kämpft und daran zerbricht, gilt als zu „stur“. Wer flexibel ist und sein Ziel verfehlt, dem „fehlt es an Durchhaltewille“. Erfolgrei-

che haben die Fähigkeit Situationen realistisch einzuschätzen, und sie verfolgen einen Mittelweg.

Natürlich gibt es in der Schweiz auch Kreise, die sich in der EU und der NATO am wohlsten und sichersten fühlen würden. Wir brauchten dann nicht mehr selber zu entscheiden, sondern könnten alles von Brüssel übernehmen und uns von der NATO kostengünstig (?) schützen lassen. Viktoria Nuland und Ursula von der Leyen würden das sicher auch finanziell unterstützen (die Ukraine war Nuland 5 Milliarden US\$ wert!). Zudem: für Politiker und Beamte gäbe es viele interessante und gut bezahlte Pöstchen bei diesen Organisationen.

Wer bereit ist für mehr Wohlstand auf Freiheit und Unabhängigkeit zu verzichten, wird eines Tages feststellen, dass er beides verloren hat.

19.6 Massnahmen zur Stärkung der Schweiz

Schwierigkeiten begegnet man am ehesten, wenn man seine Stärken und Schwächen kennt und mit einer gewissen Dreistigkeit Gelegenheiten nutzt, um seine Interessen durchzusetzen. Dazu kommt der Wille in erster Linie für das eigene Land und Volk zu sorgen, und sich von keiner Seite moralisch erpressen zu lassen. Es geht dabei um die Abwehr von moralischen, wirtschaftlichen und kriegerischen Angriffen – um „hybride Kriegsführung“.

Abwehr besteht aus einer Kombination von Verteidigung und Angriff.

In erster Priorität muss die Unabhängigkeit des Landes erhalten bleiben. Das bedeutet:

- Meinungsäusserungsfreiheit hochhalten, keine Zensur, Medienvielfalt!
- Neutralitätspolitik – auch wenn es unangenehm ist
- Keine fremden Richter
- Keine einseitigen Verträge
- Gegenpropaganda gegen verbale Angriffe auf die Schweiz – eigene Sicht vertreten
- Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen in alle Richtungen
- Sanktionspolitik nur wenn von der UNO verordnet
- Gegenmassnahmen, wenn die Schweiz sanktioniert wird
- Eine glaubwürdige militärische und wirtschaftliche Landesverteidigung
- Eine möglichst unabhängige und sichere Energieversorgung
- Massnahmen gegen finanzielle Unterstützung von politischen Bewegungen in der Schweiz (auch NGO's) aus dem Ausland
- Massnahmen gegen das Desinteresse und die Abstinenz der Stimmbürger (z.B. Stimmzwang)

Das Studium der 36 chinesischen Strategeme kann helfen sich in kritischen Situationen geschickt zu verhalten und nicht einfach emotional zu reagieren. Zum Beispiel das Strategem Nr. 23. „Sich mit einem fernen Feind verbünden um einen nahen Feind anzugreifen.“ Oder das Strategem Nr. 9: „Die Feuersbrunst am gegenüberliegenden Ufer beobachten.“ Das heisst, sich aus dem Konflikt heraushalten, oder wie Dürrenmatt es ausdrückt: „Die kühle, berechnende List eines Volkes, das seine Freiheit behalten will.“ Immer auch daran denken: **Staaten haben keine Freunde – nur gemeinsame Interessen!** (Regierungen können rascher wechseln als Interessen.) Man darf nie darin erlahmen die eigene Sicht und die eigenen Interessen zu verbreiten.

Stärken pflegen:

Als rohstoffarmes Land ist die Schweiz gezwungen ihren Wohlstand durch wissens- und könnensbasierte Dienstleistungen und Produkte zu generieren. Die Basis dazu ist ein hochstehendes Bildungssystem. Egal in welcher Richtung sich unser Land bewegt, gut ausgebildete und leistungsbereite Leute werden auch die kommenden Herausforderungen meistern. Die Feststellung, dass heute laut PISA-Studie jeder 4. Schulabgänger nicht richtig lesen kann, sollte uns daher aufschrecken. Leute mit derartigen Defiziten werden Mühe haben sich in unserer Gesellschaft zurecht zu finden. Sie laufen auch Gefahr unsere Sozialsysteme zu belasten. Ohne Pauken der Basisfächer (Lesen, Schreiben und Rechnen) geht es nicht. Eine solide Grundlagenausbildung sowie die Förderung von Selbstdisziplin und Leistungsbereitschaft sind zwingend. Selbstverantwortung und Unternehmertum sind die Basis für wirtschaftlichen Erfolg. Sie sollen nicht durch staatliche Regelungen und Eingriffe gebremst werden. Egal in welche Richtungen sich unser Land entwickelt, diesbezügliche Massnahmen werden jede Entwicklung positiv unterstützen.

19.7 Geistige Landesverteidigung – den eigenen Weg verteidigen

Ein System, das keine Abwehrkräfte besitzt, hat keine Überlebenschance. Resilienz *) ist gefragt! Als Gegenmassnahme zum deutschen Nationalismus während der Nazizeit pflegte man in der Schweiz vermehrt typisch Schweizerische Traditionen und Werte, um sich von der Grossdeutschen Kultur abzugrenzen. Auch während dem kalten Krieg pochte man auf unsere schweizerischen Eigenarten – speziell die demokratischen Errun-

**) Resiliente Personen haben gelernt, dass sie selbst es sind, die über ihr eigenes Schicksal bestimmen. Sie vertrauen nicht auf Glück und Zufall, sondern nehmen die Dinge selbst in die Hand, und sie haben ein realistisches Bild ihrer Fähigkeiten.*

enschaften, wie z.B. die Handels- und Gewerbefreiheit (die gibt es übrigens heute nicht mehr). In den Schulen wurde auch noch Schweizer Geschichte unterrichtet – wenn auch zum Glück nicht mehr mit so vielen Mythen, wie noch während dem 2. Weltkrieg. Die heutige junge Generation hat aber kaum mehr eine Ahnung über die Geschichte unseres Landes, und wie unsere früheren Generationen den heutigen Wohlstand geschaffen haben. Dieser Wohlstand ist nicht garantiert. Wir müssen etwas dafür tun ihn zu erhalten.

Es geht hier um Patriotismus – nicht um Nationalismus. Der Patriot engagiert sich für die Institutionen und die Kultur seines Landes. Er ist stolz darauf, wenn sie funktionieren. In der Schweiz sind das Vielfalt und Meinungsfreiheit. Der Patriot, hat nichts gegen andere Nationen.

19.8 Was kann ich als Einzelner tun?

**„Es ist besser eine Kerze anzuzünden,
als die Dunkelheit zu verfluchen.“**

Konfuzius

19.8.1 Global denken – lokal handeln

Dieser alte Managementgrundsatz bedeutet im Alltag: Ich kann hier und jetzt etwas tun und mich mit dem Menschen austauschen, mit dem ich gerade zu tun habe. Das beginnt im privaten Umfeld. *„Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland“* schrieb einst der Dichter Jeremias Gotthelf. Und das gilt heute und in jedem Land der Erde immer noch. Es beginnt mit der Erziehung der Kinder, denen wir zu Hause unsere Wertvorstellungen vorleben. Dann müssen wir uns als Eltern, Lehrer oder Behördenvertreter dafür einsetzen, dass unsere Kinder gut ausgebildet werden. Im Berufsleben haben wir Gelegenheiten uns dafür einzusetzen, dass produktive Arbeit geleistet wird, und die Zusammenarbeit erspriesslich ist. Als Führungsperson können wir dafür sorgen, dass sich Leistung lohnt und honoriert wird und je nach Position, dass sich der Betrieb in eine gute Richtung entwickelt. Als Medienmitarbeiter können wir dafür sorgen, dass möglichst objektiv informiert wird und die Meinungsvielfalt fördern, statt Propaganda betreiben. Als Stimmbürger können wir dafür sorgen, dass demokratisch gesinnte Politiker gewählt werden, die Volksentscheide auch umsetzen und nicht verwässern. Als Politiker und Manager können wir dafür sorgen, dass sich Leistung lohnt und Unrecht nicht geduldet wird. Wir können dann unsere Macht verantwortungsvoll als Schutzmacht einsetzen. Zivilcourage wird von jedem von uns erwartet – auch wenn es manchmal Mut erfordert.

„Wer Unrecht duldet, wenn er es verhindern könnte, der befiehlt es.“

Marc Aurel

19.8.2 Emotionale Distanz wahren

Ein entfernt Verwandter, den ich leider erst kurz vor seinem Tod kennen lernte, erzählte mir, wie er 1914 als 17-jähriger für „Gott, Kaiser und Vaterland“ freiwillig in den 1. Weltkrieg eingerückt ist. Er hoffte Weihnachten in Paris feiern zu können. Er hatte aber doch noch Glück. Er hat die Schlacht von Verdun überlebt. Im 2. Weltkrieg ist er nicht mehr freiwillig eingerückt. Er hat auch diesen Krieg überlebt, aber sein Sohn ist in Russland verschollen. „Identifikation erzeugt Leiden!“ wusste bereits Konfuzius. Natürlich sollen wir uns für etwas, das wir gut finden, engagieren – aber nie identifizieren! Wir sollen helfen Probleme zu lösen, aber nicht selber Teil des Problems werden, und uns schon gar nicht dafür opfern. Tote Helden können keine Probleme mehr lösen.

„Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Encyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“

J. W. Goethe

20. Nachwort

„**There is always a bigger game!**“ sagen die Amerikaner und meinen damit, dass man nicht nur die lokale Situation beachten, sondern sich auch bewusst werden soll, was für eine Rolle man im übergeordneten Rahmen spielt. Diese übergeordneten Zusammenhänge versuchte ich in diesem Dokument nach bestem Wissen und Gewissen darzustellen. Sicher ist es teilweise eine einseitige Sicht und der Leser tut gut daran, das hier präsentierte zu hinterfragen und selber weiter zu recherchieren.

Dank einer geschickten Politik, der Leidenschaft des Volkes und auch etwas Glück hat die Schweiz zwei Weltkriege relativ unbeschadet überstanden. Dank Fleiss und seriösem Wirtschaften hat sie es zu Wohlstand gebracht. Rückblickend kann man die damaligen Politiker für das Eine oder Andere kritisieren. Sie waren gezwungen auf Grund der damals aktuellen Lage und den damals vorhanden Informationen schicksalhafte Entscheide zu fällen. Wir können nur hoffen, dass das unseren heutigen Politikern in den aktuellen und kommenden Auseinandersetzung auch wieder gelingen wird. Nehmen wir als Stimmbürger aber auch die Gelegenheiten wahr das zu beeinflussen, soweit das möglich ist.

Es gibt immer Möglichkeit etwas gutes zu tun – und sei das auch nur, dass wir in unserer Umgebung gute Laune verbreiten. Das Erleben der eigenen Wirksamkeit erzeugt Glücksgefühle. Das fördert nicht nur die Stimmung, sondern aktiviert auch Energie für produktive Tätigkeiten – in uns selbst und in anderen. Packen wir's an!

Es gibt nichts Gutes – ausser man tut es!

Erich Kästner

Neuhausen, 8.11.2024
Peter Schweizer
peter.schweizer@methosys.ch

A1 Iran / erster Golfkrieg

Iran litt immer wieder unter den Einfällen ausländischer Armeen. Am schlimmsten war die Zeit unter britischer Besatzung 1917-1919. Trotz Ernteaussfällen konfiszierten die Briten grosse Teile der Ernte und unterbanden zusätzlich den Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Die Lebensmitteleinfuhr aus dem Ausland wurde dadurch verhindert. Ca. 40% der Bevölkerung (8-10 Mio. Iraner) verhungerten. In der westlichen Welt wird das totgeschwiegen. (Zum Vergleich: Im 1. Weltkrieg starben total 9 Mio. Menschen.) Nach dem zweiten Weltkrieg lösten dann die USA die britischen Kolonialherren ab. Der Historiker Jürgen Martschukat schrieb in der Zeit: „Die Amerikaner hatten im Laufe der Irankrise im Nahen Osten das Heft in die Hand genommen – mehr als drei Jahre vor dem Konflikt um die Besetzung des Suezkanals in Ägypten. Im Iran errichteten sie 1953 das Paradebeispiel eines korrupten und brutalen Marionettenregimes. Die frühere demokratisch gewählte Regierung wurde gestürzt. M

it hoher Militär- und Wirtschaftshilfe sowie gestützt durch einen rücksichtslosen Geheimdienst (SAVAK) machten sie den Schah für die nächsten fünfundzwanzig Jahre zur starken Figur im Land – und zu einem der verhasstesten Diktatoren der islamischen Welt.“

1979 übernahmen islamische Revolutionäre die Macht und besetzten die US-Botschaft in Teheran. Als Reaktion rüsteten die USA den Irak auf, und motivierten ihn zum Angriff auf den Iran. Der Krieg („erster Golfkrieg“) dauerte von 1980 bis 1988, und erforderte nach unterschiedlichen Schätzungen bis zu 1 Mio. Tote. Das Ziel der USA war Iran zu schwächen. Der Krieg wurde von beiden Seiten äusserst brutal geführt. Der Irak setzte dabei mit Unterstützung der USA auch chemische Waffen ein. Der Krieg wurde zu einem grossen Geschäft für die Rüstungsindustrie in Ost und West. Die USA verstanden es beide Seiten zu beliefern. Über die später an die Öffentlichkeit gelangte sog. „Iran-Contra-Affäre“ belieferten sie auch den Iran mit Waffen.

Der Nutzen für die USA: Das Resultat bestand in riesigen Gewinnen für die Rüstungsindustrie, einer Schwächung des Irans und einer grossen Verschuldung des Iraks. Den USA gelang es ohne Einsatz von eigenen Soldaten starke Mächte gegeneinander auszuspielen und selber gute Geschäfte zu machen.

A2 Irak / zweiter Golfkrieg

Nach dem Ende des Krieges gegen den Iran, ergab sich für den Irak die Gelegenheit gegenüber Kuwait fordernd aufzutreten. Sie warfen dem Land vor, sich nicht an die vertraglichen Ölfördermengen zu halten und unter Irakischem Gebiet Öl zu fördern. Die US Aussenministerin Madelaine Albright signalisierten dem Irak (Saddam Hussein), dass sie nicht planten Kuwait zu verteidigen. Damit lockten sie Saddam Hussein quasi in die Falle. Am 2. August 1990 startete der zweite Golfkrieg mit dem Einmarsch der Irakis in Kuwait. Der Irak annektierte das Land und machte grosse

Beute. Russland war damals nach der Wende zu schwach und mit sich selbst beschäftigt. Ein Eingreifen war nicht zu befürchten.

Der Sicherheitsrat verabschiedete eine Resolution gegen den Irak und die USA schmiedeten nun ein Militärbündnis an dem sich 34 Nationen beteiligten. Die UNO verhängte zudem gegen den Irak einschneidende Wirtschaftsanktionen. Diese trafen vor allem die Zivilbevölkerung im Irak sehr hart. Auf Grund verweigerter Medikamentenlieferungen sollen deshalb rund 500'000 Kinder gestorben sein. Die US Aussenministerin Madeleine Albright in einem Interview auf die Frage: "Wie wir hören, starben (im Irak) eine halbe Million Kinder... ist das den Preis wert?" Albrights Antwort: "Wir glauben, es ist den Preis wert." Später distanzierte sie sich wieder von dieser Aussage. Es sei das Dümme, was sie jemals gesagt habe. Der Satz blieb aber an ihr hängen und gilt als Zeichen der menschenverachtenden Politik der USA. Im Januar 1991 startete der Angriff „Desert Storm“ unter der Leitung von General Schwarzkopf. Er begann mit intensiven Bombardierungen. Der Bodenkrieg war nach vier Tagen vorbei. Nach der Eroberung Kuwaits erklärte Präsident Bush eine Waffenruhe. Im Irak kam es nun – von den USA ermuntert – zu Aufständen von Kurden und Schiiten gegen Saddam Hussein. Die Unterstützung der USA blieb dann jedoch aus, und Saddam konnte seine Gegner abschlagen. Das verursachte mehr Tote als die vorangehende Aktion Desert Storm.

Der Nutzen für die USA war mehrfach: Sie konnten diesen Krieg nicht nur zum Testen neuer Waffensysteme nutzen, sondern der ganzen Welt ihre militärische Macht demonstrieren – sich quasi als Weltpolizist präsentieren. Der Irak wurde geschwächt und ebenfalls sehr wichtig: der Graben zwischen Schiiten und Sunniten war vertieft. Der nahe Osten blieb ein Pulverfass. Saddam sass nach der Vernichtung seiner Gegner noch sicherer im Sattel als vor dem Krieg. Da er von den umliegenden Ländern weiterhin als Gefahr wahrgenommen wurde, konnten die USA weiterhin Truppen auch in Saudi-Arabien stationieren – und Waffen verkaufen.

A2.1 Öl für Lebensmittel

Um es dem Irak trotz den einschneidenden Wirtschaftssanktionen zu ermöglichen Lebensmittel zu kaufen lancierte die UNO 1995 das Öl-für-Lebensmittel-Programm. Das sollte die Auswirkungen der Sanktionen auf die Irakischen Bürger reduzieren. Die Erträge aus diesen Ölverkäufen wurden von einem UNO-Treuhandbüro verwaltet und für Lebensmittel- und Medikamentenkäufe sowie für Reparationszahlungen an Kuwait freigegeben. Dabei soll es zu grössten Korruptionsfällen gekommen sein.

A3 9/11 und der „Krieg gegen den Terror“

Die Terroranschläge am 11. September 2001 waren vier koordinierte Flugzeugentführungen mit nachfolgenden Selbstmordattentaten auf symbolträchtige zivile und militärische Gebäude in den USA. Sie wurden dem

islamistischen Terrornetzwerk Al-Qaida unter der Führung von Osama bin Laden zugeschrieben und von 19 seiner Mitgliedern verübt, darunter 15 Staatsangehörige Saudi-Arabiens. Die Anschläge forderten 2996 Todesopfer und werden mitunter als Zäsur in der Geschichte der Auseinandersetzung zwischen der westlichen und der arabischen Welt gedeutet.

Die offiziellen Berichte über den Ablauf und die Hintergründe der Anschläge enthalten allerdings viele Ungereimtheiten, und geben bis heute zu Spekulationen Anlass, die als Verschwörungstheorien abgetan werden. Präsident Bush nutzte dieses Ereignis als Anlass zu einer Kriegserklärung gegen den Terror. Das war das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, dass ein Krieg nicht gegen einen Staat, oder eine Organisation, sondern gegen eine Methode erklärt wurde.

Mit dem Segen der UNO intervenierten die USA dann mit der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika im „Krieg gegen den Terror“.

Auswirkungen auf die USA: Kein anderes Ereignis nach dem zweiten Weltkrieg einigte die USA vergleichsweise so sehr wie der Angriff auf Pearl Harbor 1941. Die westliche Welt, vor allem aber die USA rückte zusammen. Die zunehmende Überwachung der Bürger und die weitere militärische Aufrüstung fand breite Zustimmung. Die Anschläge führten zu einer vorher nie dagewesenen Ausweitung der präsidentiellen Macht und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung in den Vereinigten Staaten. Letztlich festigten die Anschläge die Macht der USA mehr als, dass sie den Angreifern nützten und boten auch die Legitimation für weitere Interventionen gegen die „Achse des Bösen“.

A4 Afghanistan

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center (9/11) die die USA Osama Bin Laden zuschrieben, forderten sie von den Taliban in Afghanistan dessen Auslieferung. Da diese nicht darauf eingingen, intervenierten die USA zusammen mit den Britten am 7. Oktober 2002. Sie besiegten die Taliban und eroberten Kabul. Osama Bin Laden konnte aber fliehen. Das war der Start eines Engagements in Afghanistan. Neben den USA engagierte sich auch die NATO. Für die NATO war das zum ersten Mal eine Aktion ausserhalb ihres Vertragsgebietes. Es wurde für die NATO ein aufreibender Krieg, der bis im August 2021 dauerte, und mit einer überstürzten Flucht endete.

Auswirkungen auf die USA:

Der Afghanistankrieg brachte den USA und ihren Verbündeten nicht nur sehr grosse Verluste, sondern schadete auch ihrem Ansehen. Als es ihnen zu teuer wurde, liessen sie ihre Verbündeten schmählich im Stich, und überliessen das Land den Taliban. Die Taliban erbeuteten Unmengen an Waffen und galten dann als eine der bestgerüsteten Armeen.

A5 Guantánamo

Präsident Bush entschied am 7. Februar 2002 (nach dem Anschlag auf das World Trade Center), den Taliban den Kombattantenstatus zu verweigern und damit die Geltung des Kriegsvölkerrechts auszusetzen. Die Gegner der USA konnten dann ohne Gerichtsverfahren in Guantánamo und anderen geheimen Gefängnissen („Black Sites“) ausserhalb den USA (Polen, Rumänien, Litauen, Diego Garcia), eingesperrt und gefoltert werden. Die US-Geheimdienste sind der Ansicht, dass man dank dem Einsatz von Foltermethoden (z.B. Waterboarding) Terrorakte hätte verhindern können [32]. Strafrechtsexperten und Geheimdienstkreise bezweifeln das. Im Januar 2002 ging in Kuba auf dem US-Stützpunkt Guantánamo das erste Gefangenenlager in Betrieb. Hier gelten die US-Gesetze nicht. Den Insassen werden weder die Rechte von Kriegsgefangenen noch irgendwelche Menschenrechte gewährt. Insgesamt wurden nach der US-amerikanischen Invasion in Afghanistan 779 Personen aus mehr als 40 Ländern als mutmassliche Mitglieder der Taliban und der Al-Qaida nach Guantánamo gebracht. Das Gefangenenlager wurde von verschiedensten Seiten – auch innerhalb den USA – immer wieder kritisiert und dessen Aufhebung gefordert. Barack Obama machte gar die Schliessung von Guantánamo zu einem seiner Wahlkampfthemen. In seiner Rede zur nationalen Sicherheit vom 21. Mai 2009 sagte er, „dass Guantánamo der moralischen Autorität der USA geschadet hat“ und: „Guantánamo ist kein Instrument für die Terrorismusbekämpfung, sondern wurde zu einem Symbol, das der Al Kaida half, Terroristen für ihre Sache zu rekrutieren. Die Existenz von Guantánamo hat wahrscheinlich mehr Terroristen auf der Welt geschaffen, als jemals dort inhaftiert wurden.“

Die Pressesprecherin des Weissen Hauses Jen Psaki gab am 12. Februar 2021 bekannt, dass US-Präsident Joe Biden die Schliessung bis zum Ende seiner Amtszeit anstrebt. Im März 2023 sind im Gefangenenlager Guantánamo immer noch 31 Häftlingen inhaftiert. Warum es den US-Regierungen bis heute nicht gelang dieses Gefängnis zu schliessen, ist unklar.

Auswirkungen für die USA: Guantánamo hat dem Ansehen der USA stark geschadet. Ob jemals ein Nutzen entstand, wird selbst von der US-Regierung bezweifelt.

A6 Irak / dritter Golfkrieg

Die USA begründete diesen Krieg als notwendigen „Präventivkrieg“, um einen angeblich bevorstehenden Angriff des Iraks mit Massenvernichtungsmitteln auf die USA zu verhindern. Dazu wurde eine intensive Medienkampagne gestartet mit Vorwürfen an den Irak, die sich hinterher alle als falsch erwiesen. Aus juristischer Sicht handelte es sich um einen **völkerrechtswidrigen Angriffskrieg**. Die USA und Großbritannien verhinderten

mit ihrem Vetorecht jedoch, dass der UN-Sicherheitsrat den Irakkrieg verurteilte.

Der Krieg startete am 20. März 2003 mit einem intensiven Bombardement der gesamten Infrastruktur. Am 1. Mai wurde dann der Krieg von Präsident Bush mit der Eroberung von Bagdad und dem Sturz Saddam Husseins als siegreich beendet erklärt.

Viele Europäische Staaten verurteilten das Vorgehen der USA. Speziell Frankreich, aber auch Deutschland machte nicht mit. Während, und nach dem Krieg kam es zu Verbrechen und Folterungen an Gefangenen durch amerikanische Soldaten – speziell im berüchtigten Gefängnis von Abu Ghraib. Dabei tat sich die Militärpolizistin Lynndie England besonders hervor. Sie wurde dafür unehrenhaft aus der Armee entlassen und zu 3 Jahren Haft verurteilt. Der Imageschaden für die USA blieb aber gewaltig. Im Irak kehrte keine Ruhe ein. Eine neue Bewegung – der Islamische Staat (IS) – fand genügend Nahrung unter den gedemütigten Moslems, um sich in der ganzen Region auszubreiten.

Der Nutzen für die Eroberer: Die eigenen Verluste hielten sich in Grenzen. Amerikanische Firmen konnten sich für den Aufbau lukrative Aufträge ergattern. Die Ölquellen konnten von den Eroberern weiter benutzt werden. Die USA hatten der ganzen Welt ihre militärische Stärke demonstriert. Auch 2023 haben die USA immer noch Truppen im Irak stationiert.

A7 Arabischer Frühling

Ab 2010 entstehen in vielen arabischen, bzw. islamischen Ländern Unruhen. Ursachen für die erhöhte Protestbereitschaft sind der Unmut über die autoritären Regimes mit ihren repressiven Sicherheitsapparaten, fehlende Mitbestimmung der Bürger, sowie Korruption in Staat, Wirtschaft und Verwaltung. Dazu kommt die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere der jüngeren Bevölkerung, sowie weltweit steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise, die große Teile der Bevölkerung belasten. Ein wichtige Rolle werden auch die moderne Kommunikationstechnologien (Mobiltelefone, Internet, aber auch der Empfang vom Satellitenfernsehen, insbesondere Al Jazeera) gespielt haben, die die Proteste förderten.

A8 Jemen ab 2015

2004 begann ein Aufstand der Huthi (Schiiten) gegen die Regierung. Es kam zu einem Bürgerkrieg. Im Februar 2015 übernahmen die Huthi-Milizen offiziell die Macht über den Jemen und lösten das Parlament auf. Im März 2015 startete Saudi-Arabien (Sunniten) in Abstimmung mit Ägypten die erste Offensive gegen sie. Seither läuft ein brutaler Krieg mit starker ausländischer Einmischung. Man kann ihn als Stellvertreterkrieg zwischen Saudi

Arabien und dem Iran betrachten. Der Westen – allen voran die USA – unterstützen dabei Saudi Arabien; der Iran die Huthi. Als sehr reiches Land sind die Saudis bei der amerikanischen Rüstungsindustrie willkommene Kunden. Laut der UNO sind bis Ende 2022 im Jemenkrieg 380'000 Tote zu beklagen. Die UNO betrachtet das als gegenwärtig grösste humanitäre Katastrophe. Der grösste Profiteur ist die westliche Rüstungsindustrie, die Saudi-Arabien beliefern kann. 2023 kommt es dank chinesischer Vermittlung wieder zu einer Annäherung zwischen Saudi Arabien und dem Iran. Eine Beilegung des Jemenkonflikts gerät in den Bereich des Möglichen. Inzwischen blockieren die Hutis zur Unterstützung der Palästinenser die Durchfahrt zum roten Meer. (Siehe dazu das Kapitel 8.3.5)

A9 Die Jugoslawienkriege ab 1991

Nach Titos Tod und dem Zerfall der Sowjetunion brachen die Gegensätze im Vielvölkerstaat Jugoslawien hervor. Das Land zerfiel in einzelne durch unterschiedliche Ethnien geprägte Teile. Das geschah teilweise unter grosser Gewaltanwendung. Auch die NATO mischte sich ein. Inzwischen hat sich die Gegend beruhigt – bis auf den Kosovo.

A 9.1 Bosnien

Der Bosnienkrieg dauerte von 1992 – 1995 und endete mit der Abspaltung Bosniens. Er zeichnete sich aus durch grosse Brutalität, Massenvergewaltigungen, ethnischen Säuberungen und weitere Kriegsverbrechen. In dessen Verlauf wurden 77 Waffenstillstandsvereinbarungen gebrochen. Auch UNO und NATO mischten sich ein ohne überzeugend zu wirken. Der Krieg endete 1995 mit dem Vertrag von Dayton.

A 9.2 Serbien / Kosovo

1945 war Kosovo zur autonomen Provinz innerhalb der Republik Serbien geworden. Nach Titos Tod und dem Zerfall von Jugoslawien stiegen die Spannungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen (speziell Serben und Albaner). Am schnellsten und mit nur einer kurzen militärischen Auseinandersetzung konnte sich Slowenien ablösen. Die Abspaltung von Kroatien erfolgte blutiger. Im Februar 1989 stimmte das serbische Parlament Zusatzbestimmungen für die serbische Verfassung zu, welche die Autonomie des Kosovo schrittweise einschränkten. Danach entwickelte sich der Widerstand im Kosovo gegen Belgrad schrittweise bis zum Bürgerkrieg.

NATO-Bombardierungen: Am 24. März 1999 begann die Nato ihren Luftkrieg gegen Serbien. Ausgerechnet der grüne Aussenminister Joschka Fischer heizte mit seinem Kollegen Rudolf Scharping die Kriegsstimmung an. Um „ethnische Säuberungen“, weitere „Vertreibungen“ und eine „humani-

täre Katastrophe“ zu verhindern, sei es dringend nötig einzugreifen. Im Rahmen der "Operation Allied Forces" zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 führten NATO-Flugzeuge rund 2500 Luftschläge gegen Ziele in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien aus und warfen dabei mehr als 50.000 Bomben und Raketen ab. Das dauerte so lange, bis Serbiens Machthaber Slobodan Milošević einlenkte und die serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo zurückzog. Die Zahl der Opfer des Luftkrieges werden auf 1.200 bis 2.500 geschätzt, darunter 79 Kinder. Die "Operation Allied Forces" ist der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. 14 deutsche Tornados werden für die Luftaufklärung eingesetzt und bekämpfen serbische Flugabwehrstellungen. Insgesamt nahmen 19 NATO-Mitgliedsstaaten an der Operation teil – und das ohne UNO-Mandat. Der Einsatz ist daher bis heute völkerrechtlich höchst umstritten.

Völkerrechtlich fragwürdige Anerkennung des Kosovos: Eines der ersten Länder, das den Kosovo anerkannte, war die Schweiz. Bis heute wird der Kosovo von vielen Staaten aber nicht anerkannt. Im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg wird immer wieder auf die Doppelmoral des Westens hingewiesen, der die Abspaltung des Donbass aus völkerrechtlichen Gründen nicht akzeptiert, wohl aber jene des Kosovos. In Spanien weisen auch die Katalonier auf die Doppelmoral der EU hin, die die Eigenstaatlichkeit des Kosovos anerkennt, die Autonomiebestrebungen der Katalonier von Spanien aber nicht.

Nutzen für die USA: Sie unterhalten heute im Kosovo eine sehr grosse Militärbasis. Für Kosovo sind sie so Schutzmacht und für deren Wirtschaft ein guter Kunde.

A10 Kriege im Nahen Osten

Mit der Gründung Israels nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Nahe Osten ein Pulverfass und blieb es bis heute. Immer wieder gab es Kriege in und um Israel herum und immer spielten die USA dabei eine wichtige Rolle. Ein kurzer Überblick über die laufenden Konflikte:

Palästina: Siehe dazu das Kapitel 8.

Libanon: Der Libanon war einst ein blühendes Land und galt als „die Schweiz des Nahen Ostens“. Im Rahmen mehrerer Kriege mit Palästinensern und Israel wurde das Land zerstört. Seither ist das Land destabilisiert. Ein neuer Krieg hat begonnen (siehe Kapitel 8.3.6).

Libyen wurde vom eigenwilligen Diktator Muammar al-Gaddafi von 1969 bis 2011 dominiert. Das Land war im Vergleich mit seinen Nachbarn sehr reich und dehnte seinen Einfluss in Afrika aus. Gaddafi investierte viel in den Ausbau der Telekommunikation in Afrika. Insbesondere plante er aber

zusammen mit anderen Staaten eine gemeinsame afrikanische Währung und begann zudem Öl in andern Währungen statt in Dollars zu verkaufen. Das wollten die USA natürlich nicht dulden. Gaddafi betrieb eine strikt gegen die USA und Israel gerichtete Politik. Er versuchte auch zu Atomwaffen zu gelangen und produzierte angeblich Giftgas. Zudem wurde er mehrfach mit Terroranschlägen in Verbindung gebracht. 2011 kam es zu einem Aufstand, der von anderen arabischen Staaten und der NATO militärisch unterstützt wurde, und zum Sturz Gaddafis führte. Die französische Luftwaffe führte umfangreiche Bombardierungen durch, was ein Bruch des Völkerrechts darstellt. Seither ist das Land instabil. Gaddafi hatte auch ein Abkommen mit Italien (Berlusconi), dass er (gegen Bezahlung!) die Auswanderung nach Europa unterband. Seit Gaddafi weg ist, machen die Schlepper – unterstützt durch die „Seenotretter“ – sehr gute Geschäfte, und nicht nur Italien leidet unter tausenden illegaler Migranten,

Syrien: Im Rahmen des 6-Tage-Krieges (1967) besetzte Israel die Golanhöhen und annektierte sie später (völkerrechtswidrig). 1970 gelangte Hafiz al-Assad durch einen Staatsstreich an die Macht. 2000 wurde er durch seinen Sohn Baschar Hafiz al-Assad abgelöst. Syrien ist ein multi-ethnisches Land – eine Diktatur – aber ohne grosse Konflikte zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Religionen. Der Westen plante indessen einen „Regime Change“ und begann zusammen mit verschiedenen Golfstaaten Islamisten und Terroristen zu finanzieren und zu bewaffnen. Seit 2011 versuchen diese Aufständischen das Syrische Regime zu stürzen. Assad wusste sich zu wehren, rief dann aber vier Jahre später (2015) Russland zu Hilfe. Dank der russischen Unterstützung konnte sich Assad bis heute an der Macht halten. Teile des Landes sind weiter von Aufständischen und der Türkei besetzt. Ende 2019 haben die USA die Syrischen Ölfelder besetzt, angeblich damit sie nicht in die Hände des IS fallen. Seither wird das geförderte Öl von den US-Truppen mit Lastwagen in den Irak gebracht und dort verkauft. Der IS ist in Syrien zwar bereits besiegt, aber 2023 erklärte das Weisse Haus, dass die USA beabsichtigen ihre Truppen weiterhin in Syrien zu behalten. Auch Israel greift regelmässig mit Luftschlägen gegen Hisbolla-Milizen ein. Kurz: Die Situation in Syrien ist sehr undurchsichtig und verwickelt. Bisher kam es zu keiner direkten Konfrontation zwischen russischen- US- und Israelischen Truppen. Nach Schätzungen der UNO gab es bis 2022 mehr als 630'000 tote Zivilisten. Die Hälfte der Bevölkerung hat inzwischen das Land verlassen. Inzwischen nähern sich aber die arabischen Staaten Syrien wieder an. Das Land soll wieder in die arabische Liga aufgenommen werden.

A11 Brandherde in Afrika

Etwas abseits des Medieninteresses laufen auch in Afrika militärische Auseinandersetzungen. Viele der lokalen Kriege haben ihren Ursprung in ethnischen Gegensätzen und andere sind das Erbe aus früheren Kolonialherrschaften. Einige stehen aber auch im Zusammenhang mit dem Kampf um Ressourcen bzw. die Weltherrschaft und werden von aussen angefacht.

A11.1 Sahelzone

2024 wurden die Franzosen nach Regierungswechseln aus **Mali** und **Niger** wegkomplementiert. Als ehemalige Kolonialmacht hatte Frankreich und französische Firmen hier bisher immer noch grossen Einfluss. Dann musste auch das US-Militär Niger verlassen. Sie hatten dort eine grosse Drohnenbasis aufgebaut, von der sie in Afrika eingreifen konnten.

In Niger und Mali gibt es beachtliche Rohstoffvorkommen, die allerdings bisher nur in Niger in grosser Menge abgebaut werden. Für Frankreich ist vor allem das Uran aus Niger von Bedeutung. Es deckt 40% des Bedarfs der französischen Kernkraftwerke.

In Mali hatte die Französische Armee und zeitweise auch die Deutsche Bundeswehr gegen Terroristen gekämpft. In Wirklichkeit ging es aber wohl mehr um die Sicherung des Urannachschubes, dessen Abbaurechte sich die ehemalige Kolonialmacht Frankreich gesichert hatte. Siehe auch [88].

In Mali holten die neuen Malischen Machthaber, die sich 2021 an die Macht geputscht hatten, russische **Wagnertruppen** ins Land. Diese sollten die Malische Armee im Norden des Landes gegen Rebellen unterstützen. Sie erlitten aber an der Grenze zu Algerien herbe Verluste. Von ukrainischer Seite wird behauptet, der Ukrainische Militärgeheimdienst HUR hätte die Wagners in einen Hinterhalt gelockt. Das war für Mali und später auch für Niger Grund die Beziehungen zur Ukraine abzubrechen.

In Niger erhofften sich die Franzosen von den USA Unterstützung gegen die neue Regierung. Die USA sind aber daran interessiert, dass Frankreich von anderen Uranlieferanten abhängig wird. Zur Erklärung siehe dazu das Kapitel 4.3.2.

In **Burkina Faso** putschte sich die aktuelle Regierung 2022 an die Macht. Wie in Mali und Niger wandten sich auch hier die neuen Machthaber von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich ab.

Burkina Faso, Mali und Niger verliessen die ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und gründeten zusammen am 6.7.2024 die „**Konföderation der Sahelstaaten**“. Sie haben gute Beziehungen zu Russland und auch zu Saddam Haftar, der Befehlshaber der libyschen Nationalarmee, der wiederum ebenfalls gute Beziehungen zu Russland

unterhält. Haftar verfolgt vermutlich den Plan, einen „Korridor“ unter seiner Kontrolle zu schaffen, der sich von Mali bis zur Mittelmeerküste Libyens erstreckt.

A11.2 Sudan

Die Bürgerkriegsparteien:

Der aktuelle Bürgerkrieg ist zwischen der sudanesischen Armee und den Rapid Support Forces (RSF) im April 2023 ausgebrochen und hat seither die **weltweit grösste Binnenvertreibung** ausgelöst, bei der mehr als 10,8 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen mussten.

Gegensätzliche ausländische Interessen:

Die (RSF) ist vor allem in der Region Darfur verankert. Sie wird von der Russischen Söldnertruppe Wagner unterstützt, aber auch von Libyen und dem Südsudan. Auch die arabischen Golfstaaten wollen ihre Macht in der Region ausbauen. Die Vereinigten Arabischen Emirate, selbst eine aufstrebende Militärmacht, haben ebenfalls enge Verbindungen zur RSF. Schon früher plante Russland, einen Marinestützpunkt in Port Sudan am Roten Meer zu errichten. Nach Libyen und der Zentralafrikanischen Republik galt der Sudan für Russland bislang als eines der strategisch wichtigsten Länder auf dem afrikanischen Kontinent. Russlands Regierung möchte an Sudans Küste am Roten Meer einen Marinestützpunkt bauen, um die Transportschifffahrt in Richtung Europa zu kontrollieren. Aus den zahlreichen Minen Sudans, vor allem aus der Bürgerkriegsregion Darfur, wurde bislang über Wagner-Kanäle Gold im grossen Stil nach Libyen geschmuggelt und gelangte von dort aus mutmasslich über Syrien oder die Vereinigten Arabischen Emirate nach Moskau. Im Gegenzug soll Russland die RSF-Miliz mit Waffen, Munition, aber auch bei der Abwehr der Luftangriffe und bei der Ausbildung der Kämpfer unterstützen.

Länder wie Ägypten, die Türkei und Saudi-Arabien haben sich hingegen auf die Seite der sudanesischen Armee gestellt. Die Ukraine engagiert sich mit Geheimoperationen gegen die Gruppe Wagner.

Ein wichtiger Partner für den Sudan war bislang China. Mit Import- und Export-Geschäften, aber auch mit hohen Investitionen in die Infrastruktur hat sich China als neue Macht und Gegenpol zu den USA etabliert.

Referenzen/Literatur

- [1] Andrew Ross Sorkin: How Mandela Shifted Views on Freedom of Markets, The New York Times, Dec 9, 2013
- [2] Nils Werner: Wurde die Sowjetunion über den Tisch gezogen? mdr.de 30. März 2022
- [3] Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, Hoffmann und Campe, 1989
- [4] Videop : Hillary Clinton & Condoleezza Rice on America's Global Role | The Problem With Jon Stewart Podcast : <https://www.youtube.com/watch?v=xutIA4HzGqA>
- [5] Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Kopp Verlag, 2015
- [6] John Bolton: Amerika bleibt unersetzlich, Weltwoche Nr. 04.23, Seiten 12 – 14
- [7] George Friedman: Die nächsten 100 Jahre: Campus Verlag, Frankfurt / New York 2008
- [8] George Friedman: Vortrag vor dem The Chicago Council US-Denkfabrik STRATFOR:
<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=IBYcuJb6Qb0&t=617s>
<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=IBYcuJb6Qb0&t=617s>
- [9] Atlantic Council: GLOBAL STRATEGY 2022: Thwarting Kremlin Aggression today for constructive relations tomorrow (Im Internet abrufbar)
- [10] Andrea Christen: Der schmutzige Drohnekrieg der USA, Echo der Zeit, 20.12.2021
- [11] Keith Kellogg: Die Beseitigung des Gegners ohne Einsatz eigener Truppen: <https://www.youtube.com/watch?v=SM7xXixtZk4>
- [12] Pierre Heumann: Wir haben keine Demokratie mehr, die es wert ist verteidigt zu werden. Interview mit der taiwanesischen Oppositionsführerin Joanna Lei, Weltwoche Nr. 07.23
- [13] Dan Lamothe: U.S. general warns troops that war with China is possible in two years, The Washington Post, January 27, 2023
- [14] Ibraim Warde: Wer sind die Oligarchen? Le Monde Diplomatique – September 2022 (Übersetzung von Nicola Liebert)

- [15] Naomi Klein: Die Schock Strategie, Hoffmann und Campe, Hamburg 2021
- [16] Stefan Baron: Supermacht des Unfriedens, Weltwoche, Nr. 05.23
- [17] Gottfried Frick: Russland wird als Feind aufgebaut, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ) 08/2021
- [18] Jacques Baud: Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten, Interview
- [19] Seymour Hersh „Selensky und Co. veruntreuten im Vorjahr 400 Millionen Dollar“. RT 13. April 2023
- [20] Jacques Baud: „Hintergründe und Elemente des Ukrainekrieges“, Schweizer Standpunkt, 30. Mai 2023 www.schweizer-standpunkt.ch
- [21] Jonas Bucher: „So tief wurden Putins Geheimdienste von den USA infiltriert“, 20 minuten, 9. April 2023
- [22] Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen, Goldmann, 2002
- [23] Henry Kissinger: „Ich bin übrigens nicht der Meinung, dass alle Schuld bei Putin liegt“, www.welt.de/politik/ausland/article245512784
- [23] Kennedy: „Die Ukraine wird für geopolitische Fantasien der USA geopfert – Sie wollen keinen Frieden“, 17. Mai 2023: Video <https://de.rt.com/kurzclips/video/170346-kennedy-ukraine-wird-fuer-geopolitische/>
- [24] Petr Pelzin: So ist der Krieg in der Ukraine entstanden - aus Sicht eines westlichen Geheimdienst-Generals (publiziert auf www.globalbridge.ch)
- [25] Köppel Roger: Wir beten und vertrauen auf den lieben Gott – Interview mit Ungarns Premier Minister, Weltwoche Nr. 09.23
- [26] John J. Mersheimer RATING KREMLIN AGGRESSION, Video:<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=qciVozNtCDM>
- [27] Raymond McGovern Video (mit deutscher Übersetzung): <https://www.youtube.com/watch?v=CZyi4BjnJlg>
- [28] The Cradle (News Desk) 19 Nationen sind bereit den BRICS beizutreten, Schweizer Standpunkt, 16. Mai 2023
- [29] Von Senger Harro: Die Kunst der List, Verlag C.H. Beck, München 2001 (Die chinesischen Kriegstricks, die vor ca. 500 Jahren beschrieben wurden.)

- [30] Rand Corporation : Avoiding a Long War – U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict, Januar 2023
- [31] USA/Ukraine Abkommen vom 10.Nov. 2021
- [32] Senton Hall University School, Center for Policy and Research: American Torturers, FBI and CIA Abuses Dark Sites and Guantánamo
- [33] Florian Pfaff, Major a.D.: Die USA führen Krieg gegen Deutschland, Interview in Zeitgeschehen im Fokus
- [34] Thomas Kaiser: Gerade in heutiger Zeit ist ein neutraler Staat gefragt denn je,
- [35] Gustav Däniker: Strategie des Kleinstaats, Verlag Huber & Co, Frauenfeld 1966
- [36] Nicolò Machiavelli: Der Fürst, Insel Taschenbuch Nr 1207
- [37] Bedrettin Bölükbasi: Netanjahu besorgt: Westliche Waffen aus der Ukraine wohl in iranischen Händen, Frankfurter Rundschau, 23.6.2023
- [38] Rebuilding America's Defences - Strategy, Forces and Resources For a New Century, September 2000
- [39] Benjamin Abelow: Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte, Ingram Publisher Services 08. 2022, und Weltwoche Sonderdruck 17.2.2023
- [40] Daniele Ganser: Imperium USA, Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2023
- [41] Jaques Baud: Putin Herr des Geschehens?, Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2023
- [42] Reza Rafi: Die Schweiz will ihren berühmtesten Oligarchen loswerden, Sonntagsblick, 29.8.2023
- [43] Jeffrey D. Sachs: „Eine der schlimmsten Ideen besagt, dass man mit Putin nicht reden könne“ Interview mit Roger Köppel, Weltwoche Nr 33.23, Seiten 23 - 30
- [44] John J. Mearsheimer: „Der Westen hat den Krieg provoziert“ Interview mit Roger Köppel, Weltwoche N. 08.23 Seiten 22 - 25
- [45] Infosperber: „Der Krieg macht die Ukraine zum Vasallenstaat des Westens“, 26.07.2023

- [46] Jacques Baud: The Russian Art of War - How the West led Ukraine to Defeat, Max Milo Verlag, Paris 2024
- [47] Patrik Baab: Auf beiden Seiten der Front - Meine Reisen in die Ukraine, Fifty-Fifty-Verlag, Frankfurt/Main 2023
- [48] Evelyn Hecht-Galinski: „Das Elfte Gebot: Israel darf Alles“ - Klartext über Antisemitismus und Israel-Kritik, Palmyre Verlag, Heidelberg 2012
- [49] Hänsele/Zittlau: Israel vom Opfer zum Täter zum Opfer, pad-Verlag, 2024
- [50] Hänsele Peter: Pflichtlektüre: BRICS - das Jahrhundertprojekt, auf www.voicefromrussia.ch , 22. März 2024
- [51] Koydl Wolfgang: Elon Musk entlarvt brillant, wie die USA ihre Gegner mit Militärstützpunkten umzingeln, Weltwoche, 30. Okt. 2023
- [52] Rand Corp: Extending Russia, Rand Corporation, Santa Monica, 2019
- [53] Rand Corp: Overextending and Unbalancing Russia, Rand Corporation, Santa Monica, 2019
- [54] James Patras: The Power of Israel in the United States, Clarity Press, Inc. Atlanta, USA, 2006
- [55] Jonas Roth/Adina Renner: Der Krieg macht den Gazastreifen wieder zur Wüste, NZZ, 6. Aug. 2024
- [56] Thomas Lattanzio: Verkrüppelte Soldaten, versehrte Wirtschaft: NZZ, 5. Aug. 2024
- [59] Ursula von der Leyen „Europ's Choice - Political Guidelines for the next European Commission 2024 – 2029, Strassbourg, 18. Juli 2024
- [60] Reinhard Müller: Ist Nord Stream ein legitimes militärisches Ziel? FAZ, 15.8.2024
- [61] Paul Flückiger: Polens Regierungschef Donald Tusk fordert von Berlin Schweigen statt Aufklärung in Fall Nord Stream, NZZ, 18.8.2024
- [62] Wikipedia: Beteiligung der Vereinigten Staaten an Regierungswechseln im Ausland (Eintrag gefunden am 20.9.2024)
- [63] Lindsey A. O'Rourke: The Strategic Logic of Covert Regime Change: US-Backed Regime Change Campaigns during the Cold War. In: Security Studies. Band 29, Nr. 1, 1. Januar 2020, ISSN 0963-6412, S. 92–127, doi:10.1080/09636412.2020.1693620 (englisch).

[64] Scott Shane: Russia Isn't the Only One Meddling in Elections. We Do It, Too. In: The New York Times. 17. Februar 2018, ISSN 0362-4331 (nytimes.com [abgerufen am 22. September 2022]).

[65] Thierry Meyssan: Farbrevolution in Bangladesch, Voltaire Netzwerk, 3.sept. 2024

[66] Jeffrey D. Sachs: UNO kann weltweit US Regimechanges beenden, Schweizer Standpunkt, 3. August 2024

[67] Maher Charif: The Roots of Zionist Terrorism, Institute for Palestine Studies, Beirut, 2023

[68] Andreas Zumach: Was nach dem Teilungsplan der UNO von 1947 bis 2002 geschah, Infosperber, 25.7.2024

[69] Andreas Zumach: Millionen Palästinenser überleben dank UNO Hilfswerk UNRWA, Infosperber, 6.8.2024

[70] Patrick Lawrence: Israel und seine terroristischen Kriegsmethoden, Globalbridge, 25.Sept. 2024

[71] Peter Hänseler: Weltkrieg als Folge eines Genozids?, voicefromrussia.ch,

[72] antispiegel: Die Hintergründe und die Vorgeschichte des israelischen Krieges, 24. Sept. 2024

[73] Edgar Göll: Kuba: Internationales Tribunal fordert Ende der US-Blockade, Infosperber 27.9.2024

[74] Felix Abt: Der Wirtschaftskrieg gegen China macht Chinesen zu Patrioten, infosperber, 26.09.2024

[75] Stefan di Lorenzo: Nicht gegen den Westen, aber ohne ihn – der erfolgreiche Abschluss des Eastern Economic Forum EEF, Globalbridge.ch 9. Sept. 2024

[76] Pepe Escobar: Die USA werden einen vollständigen hybriden Krieg gegen die BRICS+ führen, Globalbridge, 13. Juni 2023

[77] Was ist von dem BRICS-Gipfel in einem Monat zu erwarten? Anti-Spiegel, 25. Sept. 2024

[78] Udo Ulfkotte: Gekaufte Journalisten, Kopp Verlag 2014

[79] Peter Metzinger: Business Campaigning, Springer Verlag, Berlin, Heidelberg 2004

[80] Ralf Bosshard: Sieg des Realitätssinns über die Arroganz an Jom Kippur, www.globalbridge.ch, 1. Oktober 2024

[81] Rand Corporation: Executive Summary, January 25, 2022 Auszug aus einem Geheimdokument; dessen Echtheit ist unklar.

[82] Thomas Röper: Mit Hilfe der Grünen: Die USA planen die Zerstörung der deutschen Wirtschaft, Anti-Spiegel, 1. Sept. 2022

[83] Thomas Röper: Wie die USA die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und der EU geplant haben, Anti-Spiegel, 14. Sept. 2024

[84] Mark Fish: Is Libanon part of Israel's promized territory?, The Jerusalem Post, Sept. 25, 2024

[85] Samuel Charap, Miranda Priebe: Planning for the Aftermath - Assessing Options for U.S. Strategy Toward Russia After the Ukraine War, Rand Research Report 2024

[86] Israel Shahak: Jewish History, Jewish Religion – The Weight of Zhree Thousand Years, Pluto Press London, 2002

[87] Ilan Pappé: The Ethnic Cleansing of Palestine, oneworld publications, London 2007

[88] Thomas Röper: Frankreich verbündet sich mit Terroristen gegen Russland, Anti-Spiegel, 5. Okt. 2004

[89] Patrick Lawrencein: Eine historische Wende in Westasien, Globalbridge, 5. Okt. 2024

[90] Ilan Pappé: The Collaps of Zionism, New Left, onlineausgabe, 21. Juni 2024

[91] Commission on the National Defense Strategy: An „All Element of National Power“ Approach to Defense, (im Auftrag durch Rand erstellt) Juli 29, 2024

[92] Oliver Stock: Die Schweiz ist Sanktionsweltmeister, Die Weltwoche, 7.10.2024

**„Der Weg zum Glauben ist kurz und bequem.
Der Weg zum Wissen ist lang und steinig.“**

Ernst Stuhlinger